

**Die programmatische Entwicklung der SPD von 1989 bis 2007:  
Eine vergleichende Analyse der Grundsatzprogramme von 1989  
(Berliner Programm) und 2007 (Hamburger Programm)**



Vorgelegt von  
Tor Kristian Brände

Masterarbeit in Europäischen und Amerikanischen Studien,  
Studienrichtung Deutsche Kulturkunde.

Betreuer: Prof. Dr. Thomas Sirges

## **Vorwort und Danksagung**

Im Herbst 2005 war ich Praktikant an einer Schule in Berlin und konnte daher den damaligen Bundestagswahlkampf aus unmittelbarer Nähe verfolgen. Zu dieser Zeit wurde die Entwicklung der SPD heftig in den Medien debattiert. Der Wahlkampf und ein späterer Besuch im Willy Brandt Haus haben mein Interesse für die SPD geweckt und mich dazu inspiriert, eine Masterarbeit über die programmatische Entwicklung der SPD in Rahmen einer Programmanalyse zu schreiben.

Für das Zustandekommen meiner Arbeit möchte ich besonders meinem Betreuer, Professor Dr. Thomas Sirges danken. Er hat die Aufgabe hilfreich und kritisch betreut. Außerdem möchte ich Heidrun Bubik danken, die die Arbeit durchgelesen hat. Nicht zuletzt möchte ich der Friedrich Ebert Stiftung und dem Willy Brandt Haus herzlich danken, wo mir Quellen und Sekundärliteratur vorgeschlagen wurden.

Oslo, im November 2009.

# Inhalt

Vorwort und Danksagung.....	2
1 Einleitung.....	5
1.1 Material und Quellen .....	7
1.2 Fragestellung und Ausgangspunkt.....	9
1.3 Methode.....	9
2. Geschichtlicher Hintergrund .....	11
2.1 Die SPD – Eine Programmpartei.....	11
2.2 Die SPD in den westlichen Besatzungszonen seit 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland.....	11
2.3 Die SPD in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ).....	14
2.4 Programmatische Neuorientierung durch das Godesberger Programm – Entwicklung von einer linken Arbeiterpartei zu einer pragmatischen Volkspartei.....	15
2.5 Die SPD an die Regierungsmacht 1959-1969.....	17
2.6 Die Ära Willy Brandt und die Regierungsjahre 1969 – 1982.....	19
2.7 Der Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm: Neue soziale Bewegungen in den Jahren 1982-1989.....	20
2.8 Die SDP in der DDR und ihre Umwandlung in die SPD.....	22
2.9 Die SPD in den ersten Jahren nach dem Vereinigungsparteitag.....	24
2.10 1998 – die Revidierung des Berliner Programms .....	25
3 Der Hintergrund der programmatischen Entwicklung .....	27
3.1 Die SPD in der Opposition 1982-1998.....	27
3.2 Ein überforderter Sozialstaat und die Agenda 2010 .....	29
3.3 Die innerparteilichen Strömungen in der SPD-Bundesfraktion .....	31
4 Die Organisation der SPD und ihre Mitglieder.....	34
4.1 Die zentralen Führungsgremien .....	34
4.2 Regionale Strukturen.....	35
4.3 Mitgliederzahlen.....	35
4.4 Sozialstruktur der Mitglieder.....	36
5. Analyse der Parteiprogramme von 1989 und 2007.....	37
5.1 Typographie und Aufbau der Programme .....	37
5.2 Die ideologische Basis der SPD.....	37

5.3 Der Sozialstaat.....	48
5.4 Gleichstellung und Familienpolitik .....	61
5.5 Außenpolitik .....	64
6 Zusammenfassende Betrachtungen.....	77
7 Literatur und Quellenverzeichnis.....	83

# 1 Einleitung

Nach dem Fall der Berliner Mauer und der folgenden Wiedervereinigung Deutschlands erlebt Deutschland, sowie auch der Rest der Welt, im 21. Jahrhundert den tiefsten geschichtlichen Umbruch seit der industriellen Revolution – politisch und wirtschaftlich, kulturell und sozial. Durch die Globalisierung ergeben sich ungeheure Chancen, aber zugleich entstehen beträchtliche Gefahren. Mehr Handel führt zu Wirtschaftsaufschwung und mehr Wohlstand, aber auch zu möglichen sozialen Problemen, indem zum Beispiel Arbeitsplätze verloren gehen, weil Industriebetriebe in Billiglohnländer verlagert werden. Es gibt kaum einen Lebensbereich, der nicht von den Umwälzungen betroffen ist und die Menschen reagieren mit Verunsicherung. In dieser Situation muss die SPD beweisen, dass sie sich an diese grundlegend veränderte Situation anpassen kann, ohne auf ihre traditionellen Werte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – zu verzichten. Ich werde mich hier mit der programmatischen Entwicklung der Partei im Zeitraum von 1989 bis 2007 beschäftigen. Gegenstand meiner Untersuchung sind zwei Grundsatzprogramme: das Berliner Programm von 1989, das im Jahr 1998 revidiert wurde, und das Hamburger Programm von 2007.

Im ersten Teil der Arbeit werde ich die ideologisch-politische Entwicklung der SPD seit Ende des zweiten Weltkrieges besprechen, um die beiden Grundsatzprogramme in einem geschichtlichen Kontext verstehen zu können. Ich werde mich auf jene Aspekte beschränken, die für die Analyse relevant sind.

Die beiden Grundsatzprogramme, die hier untersucht werden, hatten verschiedene Ausgangspunkte und wurden unter unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen ausgearbeitet. In meiner Analyse werde ich untersuchen, wie sich die Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in den Programmen widerspiegeln. Es ist daher notwendig auf die praktische Politik und konkrete Äußerungen führender SPD-Politiker einzugehen.

Das fünfte Grundsatzprogramm der SPD, das Berliner Programm, wurde auf dem außerordentlichen Parteitag von 18.-20. Dezember in Berlin 1989 beschlossen und auf dem außerordentlichen Parteitag in Leipzig am 17. April 1998 geändert. In meiner Aufgabe beziehe ich mich ausschließlich auf die revidierte Ausgabe des Programms. Das sechste, das

Hamburger Programm, wurde auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007 verabschiedet.<sup>1</sup> Die Ausarbeitung des fünften Programms hatte schon 1984 begonnen und die des sechsten schon 1999. Dass die SPD so schnell nach der Revision den fünften mit der Ausarbeitung des sechsten Programms anfang, sagt viel über die Herausforderungen aus, denen die Partei Anfang der Jahrtausendwende gegenüberstand.

Die Programme sind in unterschiedliche Themen gegliedert und in beiden Programmen werden größtenteils die gleichen Themen behandelt. Die Programme sind allerdings sehr unterschiedlich aufgebaut und die im jeweiligen Programm behandelten Themen konnten nicht immer nur anhand der Kapitelüberschriften identifiziert werden. Deshalb ist die Themeneinteilung der Programme mit der in dieser Arbeit angewandten Themeneinteilung nicht identisch.

In beiden Programmen werden die Werte dargestellt, die der Politik der SPD zugrunde liegen. Diese habe ich unter der Überschrift „Die ideologische Basis“ beschrieben. Unter anderem werden hier Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität besprochen, die die Leitgrundsätze der Programme sind und auf die sich die anderen Themenbereiche beziehen. Für eine Auseinandersetzung mit der SPD ist wichtig auf ihre ideologische Basis einzugehen und diese in Zusammenhang mit ihrer Vorgeschichte zu sehen. Das Thema „ideologische Basis“, wird daher an erster Stelle der Analyse behandelt. Als zweites Thema wird der „Sozialstaat“ behandelt. Hier ist unter anderem zentral, wie sich die SPD programmatisch zu der Reformpolitik des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder verhält. Die „Gleichstellung und Familienpolitik“ wird als drittes Thema behandelt, ihr wird aber nicht so viel Platz gewidmet, wie den anderen Themen. Zum Schluss gehe ich auf die „Außenpolitik“ ein. Dies ist ein wichtiger und entscheidender Punkt, weil daraus zu lesen ist, wie sich die SPD programmatisch zu der geänderten Welt nach dem Kalten Krieg verhält.

Meine Arbeit besteht aus sechs Kapiteln und hat folgenden Aufbau: Im ersten Kapitel gehe ich zuerst auf die Quellen meiner Arbeit ein. Das sind die Parteiprogramme und die Sekundärliteratur, mit der ich mich beschäftigt habe, um die Fragestellungen am besten beantworten zu können. Danach folgen Erläuterungen zur Struktur meiner Arbeit und zum Aufbau des Analysekapitels.

---

1 Im weiteren Text werden folgende Abkürzungen verwendet: P59 für das Grundsatzprogramm von 1959, das Godesberger Programm, und P89 für das Grundsatzprogramm von 1989, das Berliner Programm, und P07 für das Grundsatzprogramm von 2007, das Hamburger Programm.

Im zweiten Kapitel beschäftige ich mich mit der Geschichte der SPD nach dem zweiten Weltkrieg, damit die beiden Grundsatzprogramme in einem geschichtlichen Kontext verstanden werden können.

Thema des dritten Kapitels ist der Hintergrund der programmatischen Entwicklung der SPD. Im Unterkapitel 3.1 wird die Entwicklung der SPD als Oppositionspartei in den Jahren 1982 bis 1998 dargestellt und im Unterkapitel 3.2 der Hintergrund der Reformpolitik der rot-grünen Regierung beschrieben. Das Unterkapitel 3.3 beinhaltet eine Präsentation der unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der SPD im Bundestag.

Im vierten Kapitel befaße ich mich mit der Struktur und der Parteiorganisation der SPD. In den Unterkapiteln 4.1 und 4.2 beschreibe ich kurz den organisatorischen Aufbau der SPD sowohl auf Bundesebene als auch auf regionaler Ebene. Das Unterkapitel 4.3 enthält Informationen über die Mitgliederzahlen und das Unterkapitel 4.4 über die Sozialstruktur der Partei.

Das fünfte Kapitel ist der Hauptteil der Arbeit. Hier werden die unterschiedlichen Themenbereiche der Programme vorgestellt und verglichen. Das sind „die ideologische Basis der SPD“, „der Sozialstaat“, „die Gleichstellung und die Familienpolitik“ und „die Außenpolitik“. Andere in den Programmen behandelte Themenbereiche, wie zum Beispiel „Wissenschaft“ und „Sport“, habe ich in meiner Arbeit nicht besprochen. Sie werden in den Programmen wenig diskutiert und sind oft so vage formuliert, so dass sie für einen Vergleich der programmatischen Entwicklung kaum Bedeutung haben.

Im sechsten Kapitel werde ich meine Arbeit durch eine ausführliche Zusammenfassung abschließen und die wichtigsten Ergebnisse darlegen.

## **1.1 Material und Quellen**

Da ich in der folgenden Arbeit einen Vergleich der Grundsatzprogramme, dem P89 und dem P07, vornehmen möchte, soll gleich zu Beginn erläutert werden, was ein Grundsatzprogramm ist und welche Bedeutung es hat. Die SPD arbeitet mit zwei unterschiedlichen Formen von

Parteiprogrammen: Grundsatzprogrammen und Wahlprogrammen. Alle Parteien haben Ziele, die sie erreichen möchten. Vor einer Wahl präsentieren sie ihren Wählern in ihren jeweiligen Wahlprogrammen, die Maßnahmen, die sie in der nächsten Legislaturperiode auf den unterschiedlichen Gesellschaftsebenen durchzuführen planen. Ein Grundsatzprogramm dagegen spiegelt die übergeordneten grundsätzlichen Werte einer Partei wider. Im Grundsatzprogramm werden langfristige Ziele und Werte, auf denen die Gesellschaft aufgebaut werden soll, formuliert. Es drückt aus, was für eine Gesellschaft sich eine Partei wünscht.

Man behauptet heute oft, dass Grundsatzprogramme nahezu wertlos seien. Sie werden von den Wählern kaum mehr gelesen und haben deshalb für die öffentliche Meinung wenig Bedeutung. Sie besitzen aber nach wie vor eine wichtige Funktion in einer Demokratie. Sie sind formale Dokumente, die zwischen den Wählern und den Parteien als Bindeglied funktionieren. Mit Hilfe der Programme können sich die Wähler in der politischen Landschaft Deutschlands orientieren und eine Partei finden, mit der sie sich identifizieren.

Als ich kurz nach der Verabschiedung des Hamburger Programms mit dieser Arbeit anfang, stand wenig Sekundärliteratur über dieses Programm zur Verfügung. Ich stütze mich daher im Analyseteil hauptsächlich auf die Primärquellen, das Berliner Programm und das Hamburger Programm. Für meine Analyse ist es allerdings auch notwendig auf die Geschichte der Partei einzugehen und hier ziehe ich natürlich externe Quellen heran. Da die Forschung zur SPD sehr umfassend ist, habe ich versucht die Sekundärliteratur abzugrenzen. Meine Besuche in der Bibliothek im Willy-Brandts-Haus in Berlin und in der Friedrich Ebert Stiftung in Bonn haben mir geholfen, relevante Quellen auszuwählen. Vor allem habe ich mich auf Helga Grebing, Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Thomas Meyer gestützt, deren Arbeiten, meiner Meinung nach, eine im Großen und Ganzen ausgewogene und neutrale Sicht auf die SPD darstellen. Ich möchte hier jedoch bemerken, dass sich aus den Texten einiger Autoren schließen lässt, dass sie mit der SPD sympathisieren.



## **1.2 Fragestellung und Ausgangspunkt**

Die Hauptfrage dieser Masterarbeit lautet: „Welche Unterschiede und Ähnlichkeiten gibt es zwischen den beiden Programmen, dem P89 und P07?“ Im Zuge meiner Arbeit möchte ich herausfinden, ob nur geringfügige Veränderungen durchgeführt wurden oder ein grundlegender Profilwechsel stattgefunden hat. Im Zuge einer vergleichenden Analyse der Grundsatzprogramme werde ich versuchen, die programmatische Entwicklung der Partei von 1989 bis 2007 nachzuzeichnen. Ich möchte Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Themenbereichen aufdecken und so weit wie möglich, zu erklären. Die Analyse ist der zentrale Teil der Arbeit.

## **1.3 Methode**

Meine Analysemethode ist durch das Genre der Programme bedingt. Beide Programme sind wesentlich davon geprägt, dass sie Werbeziele haben, und breite Wählerschichten angesprochen werden sollen. Man findet daher inhaltlich wenig Konkretes und oft wird Selbstverständliches ausgedrückt. Es lässt sich allerdings feststellen, dass sehr bewusst an der Sprache und der Wortwahl gearbeitet wurde. Durch den Gebrauch gewisser Begriffe werden bestimmte Assoziationen geschaffen und darin spiegeln sich die Werte und die ideologische Ausrichtung der Partei wider. Ich konzentriere mich in meiner Arbeit daher nicht nur auf einen Vergleich rein inhaltlicher Elemente. Oft wende ich auch die Methode einer tiefergehenden Textanalyse an und betrachte weniger was gesagt wird, sondern wie es ausgedrückt wird und welche Ideen und Assoziationen dadurch geschaffen werden. Durch einen zeitweiligen Vergleich des Sprachgebrauchs möchte ich aufdecken, ob diesbezüglich Verschiebungen zwischen den beiden Programmen stattgefunden haben und was diese eventuell über die Orientierung der Partei aussagen.

Die Analyse der Grundsatzprogramme der SPD ist der empirische Teil meiner Arbeit. Im Analyseteil befasse ich mich fast ausschließlich mit den beiden Programmen, und ergänze meine Ausführungen, wenn notwendig, mit Informationen zur Geschichte der Partei, um die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den Programmen, bzw. die programmatische Entwicklung verdeutlichen zu können.

## **2. Geschichtlicher Hintergrund**

### **2.1 Die SPD – Eine Programmpartei**

Die SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), eine der großen und führenden Parteien Deutschlands, ist sowohl die älteste als auch die größte sozialdemokratische Partei Europas. Nach ihrer Gründung 1869 bezeichnete sie sich als „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“. Als Partei, die für die Interessen der Arbeiterklasse eintrat, hatte sie eine marxistische Annäherung gegen die kapitalistische Ausbeutung. Dies manifestierte sich in den Grundsatzprogrammen von Gotha 1875, Erfurt 1891 und Heidelberg 1925. Bis 1959 blieb die Partei einem marxistischen Dogmatismus treu. Nach dem Zweiten Weltkrieg machte die SPD eine Veränderung durch, was in der Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms resultierte, dem Godesberger Programm (1959). Nachdem Godesberger Programm sind noch zwei weitere Grundsatzprogramme entwickelt worden, die sich auch maßgeblich von den Programmen vor dem Zweiten Weltkrieg unterscheiden sollten: das Berliner Programm (1989) und das Hamburger Programm (2007). Wie man der Entwicklungsgeschichte der SPD entnehmen kann, ist die SPD immer eine Programmpartei gewesen.

### **2.2 Die SPD in den westlichen Besatzungszonen seit 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland**

Die bedingungslose Kapitulation 1945 hatte zur Folge, dass Deutschland vorübergehend nicht als souveräner Staat weiterexistieren konnte. Die westlichen Besatzungsmächte erlaubten den Parteien nicht, überregional tätig zu sein, ihre Aktivität war auf die einzelnen Besatzungszonen begrenzt. Die Situation in der deutschen Arbeiterbewegung ähnelte der Situation in der Zwischenkriegszeit, als es zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten große Konflikte gab. Im Mai 1946 wurde in den drei Westzonen die westdeutsche SPD gegründet.<sup>2</sup> Die Partei stützte sich auf das Heidelberger Programm von 1925, dessen theoretischer Teil marxistisch geprägt war. Es entstanden drei Gruppen mit unterschiedlichen Zielen: Die Berliner Gruppe um Otto Grotewohl und Max Fechner, die Gruppe des

<sup>2</sup> In der Forschung gibt es Kontroversen, ob es sich bei der Gründung um eine Neu- oder Wiedergründung handelte.

Exilvorstandes um Erich Ollenhauer und Hans Vogel in London und die Gruppe um Kurt Schumacher in Hannover.<sup>3</sup> Diese Gruppierungen hatten, besonders was eine Einheitspartei aus Sozialisten und Kommunisten anbelangt, sehr unterschiedliche Meinungen. Die Berliner Gruppe hielt am Ziel der Einheit der Arbeiterklasse fest. Der Parteivorsitzende seit 10. Mai 1946, Kurt Schumacher, lehnte das Streben nach einer Einheitspartei vollständig ab. Für ihn war Sozialismus ohne Demokratie nicht zu verwirklichen, und er lehnte daher die alte programmatische Forderung nach der Diktatur des Proletariats ab. Zum Verhältnis der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten sagte Schumacher:<sup>4</sup>

„Eine einheitliche Arbeiterpartei schwebt vielen deutschen Arbeitern als die ideale und den deutschen Erfahrungen scheinbar angemessene Lösung vor [...]. Eine Einheitspartei ist nicht möglich kraft der machtpolitischen Gegebenheiten und der außenpolitischen Bindungen. Die Trennungslinie ist dadurch gezogen, dass die Kommunisten fest an eine einzige der großen Siegermächte und damit an Rußland als Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden sind.“<sup>5</sup>

Schumacher sah also die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) nicht als selbstständige deutsche Partei an. In seinen Augen war sie von der sowjetischen Macht gelenkt. Durch einen Zusammenschluss mit den Kommunisten hätte seiner Meinung nach auch die Selbstständigkeit der SPD verloren gehen können. „Die sozialdemokratische Partei“ ist für ihn, „die einzige Partei in Deutschland gewesen, die an der großen Linie der Demokratie und des Friedens festgehalten hat.“<sup>6</sup> Er wollte daher eine von allen Besatzungsmächten unabhängige Politik betreiben: „Genauso, wie sie im Inneren selbstständig ist, bleibt sie unabhängig gegenüber den ausländischen Faktoren. Sie ist nicht russisch, und nicht britisch, nicht französisch und nicht amerikanisch, sondern die Vertretung des neuen Deutschland.“<sup>7</sup>

Auf dem 1. Bundesparteitag nach dem zweiten Weltkrieg, der vom 9. bis zum 11. Mai 1946 dauerte, beschloss die Partei in Übereinstimmung mit dem Heidelberger Programm: „Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die Vereinigten Staaten von Europa, eine demokratische und sozialistische Föderation Europäischer Staaten. Sie will ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa.“<sup>8</sup> Kurt Schumacher betonte so die Bedeutung des Klassenkampfes und forderte die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft, durch Enteignung der Großindustrie und Großfinanz. Aber er und seine SPD wollten jedoch ihre

---

3 Die Darstellung stützt sich in dieser Frage im Wesentlichen auf die Untersuchung von Kaden, 1990.

4 Das Referat ist unveröffentlicht und befindet sich im Archiv der Friedrich-Ebert Stiftung, Bonn- Bad Godesberg. Eine gekürzte Wiedergabe befindet sich bei Wesemann, 1952, S. 63-75.

5 Zitat nach Kurt Schumacher: Wesemann, 1952, S. 73.

6 Ebd.

7 Zitat nach Kurt Schumacher: Scholz, 1953, S. 33.

8 Flechtheim, 1962, S. 22f.

sozialistische Planwirtschaft nur in einem wiedervereinigten deutschen Rechtsstaat durchführen. Im Beschluss des Parteivorstandes und des Parteiausschusses der SPD vom 25. September 1946 hieß es:

„Die Sozialdemokratie bekennt sich zur politischen und staatsrechtlichen Einheit Deutschlands. Dabei hält sie eine möglichst weitgehende Dezentralisierung der Verwaltung im Interesse einer echten Demokratisierung für notwendig.“<sup>9</sup>

1946-1947 wurden in den Bundesländern in den Westzonen Konstitutionswahlen abgehalten. Es fand ein demokratischer Konstituierungsprozess statt, und nach und nach wurde die Politik größtenteils deutschen Politikern überlassen. Die SPD erhielt bei den ersten Landtagswahlen im Durchschnitt 34,9% der Stimmen.<sup>10</sup> Die von dem alliierten Besatzungsrat eingesetzten Repräsentanten wurden nun in den Bundesländern von Regierungschefs und Regierungen ersetzt, die die deutsche Bevölkerung gewählt hatte. Damit waren in den Westzonen wichtige Elemente eines demokratischen Systems eingeführt.

1948 begann in den Westzonen die Marshall-Hilfe, die für den wirtschaftlichen Wiederaufbau entscheidend war. Ihr Ziel war in erster Linie politisch. Die Demokratisierung der Bevölkerung sollte durch Verhinderung materieller und sozialer Not gesichert werden, so dass in den Westzonen für den Kommunismus kein fruchtbarer Boden entstehen könnte. Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau war es problematisch, dass die drei westlichen Besatzungszonen eine starke inflationäre Entwicklung durchmachten. Im Juni 1948 setzten deshalb die Vereinigten Staaten für die Westzonen eine Währungsreform durch. Man überlegte nun, ob die Währungsreform an eine marktwirtschaftliche Ordnung oder eine sozialistische Wirtschaftspolitik der Planung und Lenkung gebunden werden sollte.<sup>11</sup> Die politische Entscheidung lag zu diesem Zeitpunkt bei dem parteilosen Ludwig Erhard,<sup>12</sup> der einen allmählichen Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft vorsah. Die SPD befürwortete (gemäß des Heidelberger Programms) eine gewisse Form von Planwirtschaft, war aber in der Opposition. Die Währungsreform in den Westzonen hatte enorme Bedeutung für das gesamte Land. Sie brach mit der Vision von Deutschland als einer wirtschaftlichen Einheit, Deutschland wurde in zwei Bereiche mit unterschiedlichen Wirtschafts-, Handels- und Währungssystemen aufgeteilt.

---

9 Meyer, 1984, S. 784f.

10 Grebing, 2007, S. 139.

11 Lammers, 1992, S. 61.

12 Erhard war Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des vereinigten Wirtschaftsgebietes und damit verantwortlich für die Wirtschaftspolitik in den westlichen Besatzungszonen.

Als am 24. Mai 1949 das Grundgesetz verabschiedet wurde, wurde formell die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Kurt Schumacher, war der Gründung eines separaten Staates in den Westzonen negativ gegenüber eingestellt.<sup>13</sup> Die Gründung eines westdeutschen Staates wirkte nicht nur dem nationalen und primären Ziel der Zusammenführung ganz Deutschlands entgegen. Eine Teilung Deutschlands schwächte auch die Partei, die seit jeher viel Unterstützung im Osten hatte. Bei der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 erlitt die SPD ein schlechtes Ergebnis mit nur 29,2 % der Stimmen.<sup>14</sup> Ein wichtiger Grund für dieses Ergebnis war, dass die Partei immer noch an ihrem ehemaligen Wunsch festhielt, ein Planwirtschaftssystem einzuführen.

### **2.3 Die SPD in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)**

In der SBZ verbot die sowjetische Besatzungsmacht die Existenz einer selbstständigen sozialdemokratischen Partei. Die SPD wurde am 21. April 1946 mit der KPD zu einer Partei – der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschland) – zusammengeschlossen. Die KPD, die seit 1945 unter der Führung der SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) stand, hatte diesen Zusammenschluss gefordert. Im September 1946 bei den Gemeindewahlen, wurde die SED zur größten Partei in der SBZ mit 57,1% aller Stimmen. Es waren die letzten freien Wahlen in der SBZ, zukünftig durften die Wähler nur mehr für die von der SED ausgewählten Kandidaten stimmen. Es zeigte sich aber, dass die SPD bei freien Wahlen mit demokratischen Mitteln die größte Partei war. Bei den Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung am 20. Oktober stand die SPD unter dem Schutz der Alliierten und bekam 48,7% aller Stimmen, während die SED nur 19,8% der Stimmen erhielt.<sup>15</sup> Die SED wurde nach und nach zu einer marxistisch-leninistischen Partei unter der Kontrolle Moskaus. Diese Entwicklung fand noch vor der Teilung Deutschlands statt. Viele SPD-Mitglieder wurden erneut massiven Repressionen ausgesetzt. Am 7. Oktober 1949 wurde der neue Staat, die DDR (Deutsche Demokratische Republik), mit dem ehemaligen Sozialdemokraten, Otto Grothwohl als Regierungschef, gegründet. Die SMAD hatte jetzt ihr Ziel erreicht, die SPD aus der DDR zu entfernen.<sup>16</sup>

---

13 Lammers, 1992, S. 59.

14 Bundeswahlleiter (www), *Wahl zum 1. Deutschen Bundestag am 14. August 1949*.

15 Münkler, 2000, S. 595.

16 Der sowjetische Regierungschef, Stalin, wollte ursprünglich keine Teilung Deutschlands. Sein politisches Ziel war durch eine Art „Volksfront“ (Koalition linksgerichteter Parteien) – und durch die Etablierung der

## **2.4 Programmatische Neuorientierung durch das Godesberger Programm – Entwicklung von einer linken Arbeiterpartei zu einer pragmatischen Volkspartei**

Da die SPD als selbstständige politische Partei in der DDR verboten worden war, musste sich die Parteiführung darauf beschränken, Ziele für die Gesellschaftsentwicklung in der Bundesrepublik zu formulieren. Schumacher war Adenauers Politik der westeuropäischen Integration der Bundesrepublik skeptisch gegenüber eingestellt.<sup>17</sup> Er rechnete damit, dass der Bundesrepublik verglichen mit anderen Mitgliedstaaten ohnehin nur eine unterlegene Position in der geplanten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zukommen würde. Die SPD lehnte auch eine deutsche Mitgliedschaft im Europarat ab. Von den 131 SPD-Abgeordneten des ersten Bundestages (1949-1953) waren 50 Abgeordnete Flüchtlinge aus den Gebieten der SBZ.<sup>18</sup> Dieser Umstand könnte auch einer der Gründe dafür sein, dass die SPD einer westeuropäischen Integration kritisch gegenüberstand. Gerade diese Flüchtlinge aus der SBZ sahen in der westeuropäischen Integration ein mögliches Hindernis für eine zukünftige Annäherung und eventuelle Wiedervereinigung mit der DDR.

Um 1950 geriet die SPD in eine Krise. Bereits seit 1947/1948 gingen die Mitgliederzahlen zurück. Zwischen 1948 und 1954 verlor die SPD ungefähr 300 000 Mitglieder. Den ersten Rückgang hatten die finanziellen Folgen der Währungsreform verursacht; besonders jüngere Mitglieder verließen die Partei. 1954 waren nur 3% der Mitglieder jünger als 25 Jahre und nur ein Drittel noch nicht älter als 45 Jahre. Als die SPD bei der Bundestagswahl am 6. September 1953 erneut eine Niederlage erlitt, – sie erhielt nur 28,8 % der Stimmen,<sup>19</sup> – wurden Forderungen nach einer Erneuerung der politischen Ziele laut. Die Politik der Partei sollte nicht mehr hauptsächlich an die Arbeiterschicht appellieren. Neue Ziele sollten gefördert werden, um neue Wähler zu rekrutieren, darunter junge Menschen, Frauen, Gehaltsempfänger im Mittelstand, Angestellte und Beamte. Maßnahmen waren notwendig, um erneut auf die nationale Politik Einfluss zu gewinnen.

Willy Brandt, Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, und Ernst Reuter, Oberbürgermeister der drei Westsektoren (West-Berlin), waren der außenpolitischen Linie Schumachers kritisch gegenüber eingestellt.<sup>20</sup> Nach Schumachers Tod

---

sozialistischen Einheitspartei aus Kommunisten und Sozialdemokraten – entscheidenden Einfluss in ganz Deutschland zu erlangen. (Baumann, 1998, S. 12-13.)

17 Dinan, 2004, S. 52-55.

18 Patterson, 1976, S. 6.

19 Bundeswahlleiter (www), *Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. September 1953.*

20 Munkel, 2000, S. 23-26.

1952 setzten sich ihre Ideen nach und nach durch. Nach umfassenden Diskussionen änderte die Partei ihre Haltung zur Europapolitik, zur NATO-Mitgliedschaft und zum Vertrag von Rom. Die neue Parteispitze unter Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer legte großes Gewicht darauf, das Europäische Parlament zu stärken. Außerdem wurden jetzt J. M. Keynes' Theorien wichtig für die Partei. Aufbauend auf Keynes sollte durch Stimulierung der Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen eine hohe Beschäftigungsrate erreicht und damit ökonomische Krisen verhindert werden.

1954 wurde ein Ausschuss zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms eingesetzt und auf dem Parteitag von Bad Godesberg am 15. November 1959 verabschiedete die SPD das Godesberger Programm.

Mit dem Godesberger Programm wurde die politische Linie der SPD mehr zentrumsorientiert. Der Hinweis auf den Marxismus wurde gestrichen. Das Programm grenzte sich vom früheren Dogmatismus ab und berief sich auf „die christliche Ethik, die klassische Philosophie und den Humanismus.“<sup>21</sup> Sozialismus wurde nicht mehr als Endziel jeglicher historischer Entwicklung angesehen. Jetzt akzeptierte die Partei das marktliberale kapitalistische System und meinte, dass sich dieses besser und gerechter durch innere Beeinflussung und Reformen entwickeln könnte. Die Verbindung zwischen Demokratie und Sozialismus wurde als unauflösbar angesehen. Die Partei bekannte sich nun zu einem freiheitlichen, demokratischen Sozialismus,<sup>22</sup> durch den eine neue und bessere Ordnung geschaffen werden sollte. Als ihre ständige Aufgabe formulierte die Partei folgendes Ziel: „Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“<sup>23</sup> Das Programm war von einer pragmatischen und reformistischen Annäherung an zentrale Gesellschaftsfragen geprägt. Planwirtschaft wurde abgelehnt, und eine neue Wirtschaftspolitik entworfen: „Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig.“<sup>24</sup> Herbert Wehner übernahm die Führung in der SPD-Bundestagsfraktion, und unter seiner Führung näherte sich die Partei mehr dem Kurs der CDU und Adenauers Westintegration an. Wenig erinnerte noch an die „alte“ Arbeiterpartei: die SPD markierte sich als eine neue Partei, eine Volkspartei.<sup>25</sup> Diese Änderung stellte einen fundamentalen,

---

21 P59, S. 3.

22 P59, S. 20.

23 P59, S. 3.

24 P59, S. 9.

25 P59, S. 19.

ideologischen Bruch mit der Geschichte und Tradition der Partei dar. Jetzt war es das Ziel der SPD, einen Sozialstaat in einem marktwirtschaftlichen System zu erreichen.

## **2.5 Die SPD an die Regierungsmacht 1959-1969**

Das neue Grundsatzprogramm hatte der SPD erneut Hoffnung auf Stimmenzugewinne gegeben. Vor der Bundestagswahl September 1961 erklärte Kanzlerkandidat Willy Brandt: „Die neue Bundesregierung wird freilich weder Freunde noch Gegner darüber im Unklaren lassen, daß sie den aktiven Anspruch auf die Zusammenführung der deutschen Menschen nicht aufgeben wird“. Das Ergebnis der Wahlen zum 4. Deutschen Bundestag September 1961 (36,2 %) <sup>26</sup> war allerdings eine Enttäuschung für die Partei. Es muss aber im Zusammenhang damit gesehen werden, dass einen Monat zuvor die Berliner Mauer errichtet worden war, was unter vielen Bürgern in der Bundesrepublik Gefühle der Unsicherheit hervorrief. Das neue noch unbekanntes Profil der SPD und der CDU-Slogan „Keine Experimente“, der für viele ein Versprechen auf Sicherheit repräsentierte, können dieses schlechte Wahlergebnis erklären.

Das zugespitzte Ost-West Klima und die Wahlniederlage führten dazu, dass die SPD ihre Deutschlandpolitik änderte. Sie wollte nun eine verbesserte Koexistenz mit der DDR erreichen und strebte eine allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten auf Gebieten wie Kultur, Sport und Verkehr an. Diese Politik wurde durch das neue Schlagwort der Partei „Wandlung durch Annäherung“ ausgedrückt. Vom 19. Dezember 1963 und bis zum 5. Januar 1964 durften auf Grund von Passierscheinabkommen zum ersten Mal in begrenztem Maß West-Berliner, Verwandte in Ost-Berlin besuchen. Das war das Resultat der Kursänderung der Partei in Berlin, und bei der Landtagswahl in West-Berlin am 17. Februar 1963 erhielt die SPD 61,9 % <sup>27</sup> der Stimmen. In der Zeit nach dem Mauerbau hatte die SPD bewiesen, dass sie Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität tatkräftig und flexibel im Sinne des P59 verfechten konnte.

Die politische Kursänderung durch das P59 führte dazu, dass zentrale Aufgaben in der Bundesrepublik über die Parteigrenzen hinweg gelöst wurden. Die so genannte

---

<sup>26</sup> Bundeswahlleiter (www), *Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961.*

<sup>27</sup> ARD (www), *Landtagswahl Berlin 1963.*



„Gemeinsamkeitspolitik“ erleichterte es den Sozialdemokraten ihre Partei zu öffnen und schuf so die Voraussetzungen für die Regierungszusammenarbeit 1966. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hatte die SPD Regierungsfunktionen inne. Sie regierte als Juniorpartner in einer großen Koalition mit der CDU. Nun konnte die SPD ihren Landsleuten zeigen, dass die Partei regierungsfähig war. Die Partei konnte jetzt Reformen durchführen, allerdings nur innerhalb des Rahmens der Regierungskoalition. Hier kann angemerkt werden, dass viele ältere Parteimitglieder weitgehend an traditionellen Vorstellungen der SPD festhielten und von der neuen Entwicklung der SPD und ihrer Zusammenarbeit mit anderen Parteien und neuen Anhängern beunruhigt waren. Es gab daher erneut programmatische Diskussionen.

Der Parteigeist war zu dieser Zeit von fortschrittsgläubigem Optimismus geprägt. Im P59 war die Idee von einem gestaltenden Staat verankert. Man hatte zum Ziel wirtschaftlichen Prosperität zu erreichen, und wollte durch vorausschauende Planung eine gesellschaftliche Entwicklung schaffen, die besonders Unterprivilegierten zu Gute kommen sollte. Auch diesbezüglich gab es Spannungen in der Partei. Viele Mitglieder, besonders unter den Jusos<sup>28</sup> vermissten eine umfassendere Gesellschaftsanalyse. Die Jusos war der Auffassung, dass die Partei zu viel Gewicht auf den wachsenden materiellen Wohlstand legte.

Bei der Bundestagswahl im Jahr 1969 hatte die SPD auf Grund ihrer Teilnahme in der Regierung nun einen verbesserten Ausgangspunkt. Die Partei versprach eine Modernisierung der Gesellschaft und betonte nicht mehr die „Gemeinschaft“ mit den anderen Parteien. Die Wahl am 28. September 1969 war ein erneuter Erfolg für die Partei und einen Monat später wurde Willy Brandt erster sozialdemokratischer Bundeskanzler der Bundesrepublik. Man kann also sagen, dass die SPD ein Jahrzehnt nach der Verabschiedung des Godesberger Programms zu einer modernen Volkspartei geworden war: Mit 42,7 %<sup>29</sup> der Stimmen bildete sie zusammen mit der FDP (Freie Demokratische Partei) unter Bundeskanzler Willy Brandt eine neue Regierung, deren Ziel es war, wie es sich später zeigte, eine neue Politik, vor allem im Verhältnis zur DDR, zu entwickeln.

---

28 Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD.

29 Bundeswahlleiter (www), *Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969*.

## 2.6 Die Ära Willy Brandt und die Regierungsjahre 1969 – 1982

In den Jahren nach 1969 gab es zunehmende ökonomische Probleme in der Bundesrepublik, die zu einer Krise in der SPD führten. Die Frage nach dem Einfluss des Staates auf die Wirtschaftspolitik war innerhalb der SPD umstritten. In seiner Rede auf dem Juso-Bundeskongress am 11. Dezember 1970 machte Willy Brandt aber klar, dass die gesamte Partei hinter dieser Politik stand: „Es kann nur eine Politik und eine Strategie der SPD geben...“<sup>30</sup> Der „Kurs ist im Godesberger Programm festgelegt, und die Partei wird sich von diesem Kurs nicht abbringen lassen.“<sup>31</sup> Zentral für die SPD war der Appell „mehr Demokratie [zu] wagen“.<sup>32</sup> Brandt betonte „die Grundforderungen einer auf Menschenwürde, Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit basierenden Gesellschaft.“<sup>33</sup> Die Gesellschaft sollte einen neuen „Geist“ bekommen – sie sollte reformiert werden. Demokratie war als ein Prozess zu verstehen, mit Werten, die die Gesellschaft und die Wirtschaft weitgehend prägen und auch zur „Bildung“ des einzelnen Individuums beitragen sollten. Die unruhige innenpolitische Zeit beeinflusste aber diese Entwicklung. Die Bundesrepublik stand unter dem Druck zweier extremer Gruppierungen, der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands<sup>34</sup> (NPD) und der linksextremen Roten Armee Fraktion (RAF). Besonders die RAF führte Terroraktionen gegen das demokratische System durch. Sie betrachtete die SPD als Administrator der bürgerlichen Gesellschaft, oder anders gesagt, als Klassenverräter. Die Stabilität der Gesellschaft ließ sich jedoch nicht schwächen. Bei der Bundestagswahl am 19. November 1972 gewann die SPD neue Wähler und wurde zum ersten Mal größte Partei Deutschlands mit 45,8% der Stimmen.<sup>35</sup> Die SPD war also kontinuierlich stärker geworden. Die Partei erarbeitete jetzt ein Langzeitprogramm mit den Schwerpunktbereichen: Modernisierung der Wirtschaft, Humanisierung der Arbeitswelt und Gleichstellung der Frauen. Der Wunsch nach Einrichtung eines auf Gleichheitsprinzipien aufbauenden Sozialstaates, in dem der Staat – nach sozialdemokratischer Auffassung – eine zentrale Rolle haben sollte um Gleichheit und Verteilung zu bewirken, stieß allerdings bei dem Koalitionspartner FDP auf Abneigung.

---

30 Münkler, 2000, S. 455-456.

31 Ebd., S. 453-454.

32 Kieseritzky, 2001, S. 219.

33 Münkler, 2000, S. 507.

34 Bei der Bundestagswahl 1969 erhielt die NPD 4,3% der Stimmen. (Bundeswahlleiter (www), *Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969.*)

35 Bundeswahlleiter (www), *Wahl zum 7. Deutschen Bundestag am 19. November 1972.*

Die Ölkrise 1973-1974, die internationale wirtschaftliche Stagnation und die zunehmende Arbeitslosigkeit führten dazu, dass die Erwartungen der Wähler an eine SPD in der Regierungsposition enttäuscht wurden. Auf Grund der Spannungen zwischen beiden Koalitionsparteien konnten große Reformen nicht durchgeführt werden. Die Rezessionszeit machte die Bevölkerung unsicher in Bezug auf ihre Lebensgrundlagen. Man konnte nicht mehr mit unbegrenztem Wachstum rechnen. In seiner Rede anlässlich des 20. Todestages von Kurt Schumacher erklärte Willy Brandt, „daß mit den produktiven auch die zerstörerischen Kräfte gewachsen sind.“<sup>36</sup> Er stellte fest, dass sich: „wichtige neue Fragen [...] aus den Auswirkungen der industriellen Technologie auf die Umwelt und auf die natürlichen Ressourcen, [...]“<sup>37</sup> ergaben. Die Zukunft war unsicher, und die Steuerungsmöglichkeiten der Politiker waren erschüttert. Gleichzeitig veränderte sich auch die Sozialstruktur der Parteimitglieder. In den Jahren 1959-1972 stieg der Anteil an Beamten und Angestellten von 19,9% auf 34%, gleichzeitig sank der Anteil an Arbeitern von 54,9% auf 27,6%. 1975 hatte die SPD eine Million Mitglieder, wovon etwa 40% jünger als 30 Jahre waren.

## **2.7 Der Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm: Neue soziale Bewegungen in den Jahren 1982-1989**

Das P59 war als Antwort auf zeitgenössische Herausforderungen ausgearbeitet worden, darunter der Mangel an humanem Sozialismus in der DDR und die großen sozialen Unterschiede in der Bundesrepublik. In den 1980-iger Jahren wurden dann neue Herausforderungen zentral und es entstanden viele neue Bewegungen. Die Friedensbewegung bekam neue Anhänger. Das Umweltbewusstsein wurde stärker und viele traten zum Beispiel Antiatomkraft-Organisationen bei. Ebenso gewann die Frauenbewegung an Bedeutung. Es entstand auch eine Gruppierung, die sich für eine Reform des Bildungssystems einsetzte, um soziale Gerechtigkeit und gleiche Möglichkeiten für alle erreichen zu können. Einige dieser Strömungen gehörten zur gesellschaftlichen Linken, andere hingegen waren eher konservativ. Daher konnte man die neuen Bewegungen nicht an bestimmte Parteien knüpfen. Viele dieser Strömungen waren aber der Auffassung, dass sie von den Behörden überwacht und kontrolliert wurden.

---

<sup>36</sup> Münkler, 2000, S. 508.

<sup>37</sup> Ebd., S. 507.

Willy Brandt fürchtete, dass diese Bewegungen eine Bedrohung für die Sozialdemokratie darstellten und der SPD Wähler kosten könnten:

„Die bindende Kraft unserer Politik ist etwas schwächer geworden. Viele Engagierte – engagiert in unserem Sinn – vertrauen uns nicht mehr. Es gilt Vertrauen zurückzugewinnen und neu zu begründen. Unser Streben nach Reformen, nach vernünftiger Veränderung muß wieder deutlicher werden.“<sup>38</sup>

„Wir müssen zur Bindung unterschiedlicher Menschen und Menschengruppen fähig bleiben. Die Interessen und politischen Willenserklärungen der ‚neuen‘ SPD sind ja ihrerseits Ausdruck und Auswirkung breiter gesellschaftlicher Strömungen in unserem Lande, die vor allem die Jugend erfaßt haben [...], aber nicht nur die Jugend, sondern auch weite Teile der neuen, ‚angegrünten‘ Schichten.“<sup>39</sup>

Brandt betrachtete es als notwendig, dass sich die Partei für die Bewegungen öffnete – bevor diese sich etablierten und ihrerseits politische Parteien gründeten und so zu Konkurrenten der SPD würden. Die SPD konnte eine solche Entwicklung allerdings nicht verhindern. Am 13. Januar 1980 wurde die Partei DIE GRÜNEN gegründet. Seitdem hat die SPD viele Wähler an diese Partei verloren.

Auf diese neuen Herausforderungen mussten Antworten und Lösungen gefunden werden. Die großen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die in der Bundesrepublik stattgefunden hatten, machten es für die SPD notwendig, ein neues Grundsatzprogramm auszuarbeiten. Die SPD musste mit den neuen sozialen Bewegungen arbeiten können, und sie, wenn möglich, in die Partei integrieren. Seit Oktober 1982 befand sich die SPD in der Opposition, und man meinte, dass es nun an der Zeit war, die Partei zukunftsfähig zu machen.

Im Mai 1986 wurde eine Programmkommission unter der Leitung Willy Brandts eingerichtet. Sechs Monate später war er zu folgender Auffassung gekommen: „Jetzt sind wir im Ringen um die Meinungsführerschaft geradezu gezwungen, neue Impulse aufzunehmen.“<sup>40</sup> Weiter stellte Brandt fest: „Wir wollen Godesberg nicht auslöschen: wir wollen es der Zeit gemäß weiterentwickeln.“<sup>41</sup> Die Kommission legte im Juni 1986 den sogenannten Irseer Entwurf vor. In der SPD gab es, unterschiedliche Meinungen über die langfristigen Ziele der Partei. Brandt versuchte die unterschiedlichen Überzeugungen zusammenzuführen, und beruhigte vor allem jene Kritiker, die meinten, dass der SPD eine zeitadäquate sozialistische

---

38 Rudolph, 2002, S. 362.

39 Ebd., S. 357.

40 Ebd., S. 412.

41 Ebd., S. 419.

Perspektive fehle. Auf dem außerordentlichen Parteitag im Juni 1987 in Bonn wurde eine neue Programmkommission unter Oskar Lafontaines Vorsitz eingerichtet. Diese Kommission legte im März 1989 ihren Entwurf vor, der die Grundlage für das Berliner Programm vom Dezember 1989 bildete. Nach mehreren Jahren Arbeit wurde dann das neue Grundsatzprogramm fast einstimmig beschlossen. Willy Brandt hatte Recht. Im Berliner Programm gab es viel Neues, aber es markierte keinen Bruch mit dem Godesberger Programm. Der Zeitpunkt dieser Verabschiedung war schon lange geplant, und er fiel daher unbeabsichtigt mit den revolutionären Umwälzungen in Ost-Europa und der DDR, zusammen.

## **2.8 Die SDP in der DDR und ihre Umwandlung in die SPD**

Der Umfang der Krise in der DDR Ende der 1980-iger Jahre umfasste alle Ebenen dessen, was die SED „den reell existierenden Sozialismus“ nannte – das wirtschaftliche, soziale und politische System, das Wertesystem und die Lebensweise der Bevölkerung – also die ganze Existenz der DDR. Die zunehmende Kritik am System bedrohte die innere Stabilität des kommunistischen Staates. Unter den großen Massenkundgebungen im Spätherbst 1989 riefen die Ostdeutschen: „Wir sind das Volk“. Die SED hatte die ganze Zeit behauptet, das Volk zu repräsentieren. Jetzt aber stellte das Volk die Macht der SED in Frage. Außerdem wurde die Parole „Wir sind das Volk“ schnell in „Wir sind ein Volk“ umgewandelt. Die Forderung nach Änderungen in der DDR wurde mit der Forderung nach der Wiedervereinigung beider deutschen Staaten ausgetauscht.

Die DDR war ein zentralistischer und totalitärer Staat, wo die Staatsmacht oder – genauer gesagt, – die SED das Leben der Bürger entschied und sie im Grunde zu entmündigen suchte. Der Staat war allgegenwärtig, er verwaltete die Produktionsmitteln und regulierte durch das Gesundheits-, Sicherheits-, Ausbildungs- und Arbeitssystem das Leben der Bürger von der Wiege bis zum Grab. Die gesamte Wirtschaft und alle kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten unterlagen staatlicher Kontrolle und so bildeten sich Strukturen und Verhaltensmuster, die sich von denen in der Bundesrepublik wesentlich unterschieden. Durch die Stasi<sup>42</sup> versuchte der DDR-Staat zusätzlich auch die Gedanken und Haltungen der Bürger bis ins kleinste Detail zu kontrollieren.

---

42 Ministerium für Staatssicherheit.

Es hatte seit der Zwangsvereinigung zwischen SPD und SED am 24. April 1946 in der DDR keine sozialdemokratische Partei mehr gegeben. Am 7. Oktober 1989 gründeten etwa 40 Oppositionelle in Berlin die Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP).<sup>43</sup> Mit ihrem Geschäftsführer Ibrahim Böhme, der ab dem ersten Parteitag am 26. und 27. Februar, auch als ihr Vorsitzender fungierte, bekannte sich die Partei zur Demokratie. In der Gründungsurkunde hieß es:

„Angesichts der außen- und innenpolitischen Situation der DDR halten es die Mitglieder der SDP jetzt für erforderlich, sich mit einer Partei mit demokratischer Zielsetzung für eine konsequente Demokratisierung von Staat und Gesellschaft einzusetzen.“<sup>44</sup>

Ende Januar 1990 änderte die Partei ihren Namen und nannte sich ab jetzt die SPD der DDR. Auf dem Vereinigungs-Parteitag Berlin am 27. und 28. September 1990 wurden die beiden deutschen SPD-Parteien zu einer Partei vereinigt.

Das Gesellschaftssystem in der DDR war völlig verschieden von dem der Bundesrepublik, also jenem, für das das Berliner Programm der SPD zugeschnitten war. Die SPD wollte eine andere Beziehung zwischen dem Staat und der Gesellschaft, als man im DDR-Staat hatte. Die SPD strebte eine Gesellschaft an, in der der Staat eine regulierende, aber keine kontrollierende Rolle spielen sollte. Die Partei war für eine soziale marktwirtschaftliche Gesellschaft und einen demokratisch orientierten Sozialstaat, dessen Aufgabe es sein sollte denjenigen beizustehen, die sich nicht selbst versorgen können. Der Staat soll für die Bürger da sein, um ihnen Gerechtigkeit und gleiche Rechte zu sichern – und er ist – zumindest in der Theorie – der Kontrolle der Bürger unterworfen, und sollte sich daher so wenig wie möglich in ihr Privatleben einmischen.

## **2.9 Die SPD in den ersten Jahren nach dem Vereinigungsparteitag**

Bei der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 erhielt die SPD<sup>45</sup> nur 21,76% der Stimmen. Das Resultat für die SED fiel noch schlechter aus, sie bekam nur 16,3%, der Stimmen. Die CDU etablierte sich mit 40,8% der Stimmen als die klar größte Partei. Für die SED war der frühe Wahl-Termin eigentlich günstig, weil sie zu diesem

---

43 Gröf, 1996, S. 61.

44 Zitat nach *Grundungsurkunde der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP)*. (Gröf, 1996, S. 15.)

45 Die SPD der DDR war zum Zeitpunkt der Wahl mit SPD abgekürzt.

Zeitpunkt immer noch über eine flächendeckende Organisation verfügte, was weder die SPD noch die CDU hatten. Trotzdem wurde sie zum Verlierer der Wahl, was den Wunsch der Wähler nach einem anderen System als der Diktatur, die sie mit der SED verbanden, deutlich machte. Die Wähler standen aber auch der SPD kritisch gegenüber. Die Repräsentanten der SPD hofften jene Wähler zu gewinnen, die eine Sicherheit in der Sozialdemokratie sahen. Obwohl sich die SPD als eine Volkspartei zu profilieren suchte, zählte sie aber nur etwa 15 000<sup>46</sup> Mitglieder, was zeigt, dass es kurz nach dem Mauerfall auch für die SPD keine große Begeisterung in der DDR gab.

Der Kanzlerkandidat der West-SPD, Oskar Lafontaine, argumentierte gegen eine schnelle Wiedervereinigung, weil er meinte, dass sie hohe Kosten und große Schwierigkeiten mit sich führen würde. Er kritisierte die Regierung Kohl (CDU) dafür, dass sie die wirtschaftlichen und sozialen Kosten der Wiedervereinigung, sowohl gegenüber der ostdeutschen als auch der westdeutschen Bevölkerung verschweigen würde. Besonders war er der bevorstehenden Währungsunion und der schnellen Einführung der D-Mark in den neuen Bundesländern kritisch gegenüber eingestellt. Beides, meinte er, sei negativ für die ostdeutsche Wirtschaft.

Am 1. Juli wurde die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Staatsvertrag festgelegt. Die D-Mark wurde in den beiden Staaten zum Zahlungsmittel. Obwohl sich die politischen Rahmenbedingungen in der DDR ständig veränderten, konnte sich die SPD nach der Volkskammerwahl nicht auf eine gemeinsame Politik in Bezug auf die Wiedervereinigungsfrage einigen.

Nach der Volkskammerwahl wurde der Wunsch nach einer Wiedervereinigung sowohl unter den Bürgern der Bundesrepublik als auch unter denen der DDR immer stärker. Nachdem es der SPD aber nicht gelang, eine klare gemeinsame Politik über die Vereinigungsfrage zu gestalten, verlor sie weiterhin an Wählern. Die Haltung der Partei zum Wiedervereinigungsprozess verblieb unklar.

Die SPD wurde von den DDR-Bürgern nicht als klare Alternative zum SED-Staat verstanden. Die traditionelle „sozialistische“ Verankerung der SPD und die Uneinigkeit in Bezug auf die Wiedervereinigung können die niedrige Zustimmung im Osten erklären. Bei der Wahl zum ersten Bundestag im wiedervereinigten Deutschland am 2. Dezember 1990

---

46 Gabriel, 1997, S. 281.

erlitt die SPD daher eine Niederlage. Insgesamt bekam die Partei 33,5% der Stimmen, im Westen 35,9% und im Osten nur 23,6%.<sup>47</sup> Die Mitgliederzahlen illustrieren die Probleme der Partei im Osten, ihre Organisation aufzubauen, und zeigen außerdem, dass es dort wenig Begeisterung für die SPD gab. Während die SPD 1991 892 657 Mitglieder im Westen hatte, hatte sie im Osten nur 27 214. Fünf Jahre später waren die Mitgliederzahlen im Osten kaum verändert, im Westen hatte die Partei aber etwa 130 000 verloren.<sup>48</sup> Obwohl man hier auch in Betracht ziehen muss, dass es einige Zeit erforderte, im Osten eine Parteiorganisation aufzubauen und Mitglieder zu sammeln, dokumentieren diese Zahlen dennoch eine Stagnation des Mitgliederzuwachses. Die Partei hatte Probleme, in den neuen Bundesländern eine glaubhafte Basis zu etablieren. Das Ziel, sich als Volkspartei im Osten zu profilieren, scheiterte.

## 2.10 1998 – die Revidierung des Berliner Programms

Die Umwälzungen in Europa und die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 machten es notwendig, das Berliner Programm von 1989 zu revidieren, denn die Verhältnisse, auf die es zugeschnitten war, hatten sich nun grundlegend geändert. Die Revidierung wurde auf dem außerordentlichen Parteitag in Leipzig am 17. April 1998 vorgenommen. Mit der Revidierung wollte die Partei alle Bürger des wiedervereinigten Deutschlands ansprechen. In Wolfgang Thierses<sup>49</sup> Einführungsrede zum Änderungsantrag Grundsatzprogramm hieß es:

„Diese Leipziger Ergänzung unseres Grundsatzprogramms ist eine bewußte und gewollte Hinwendung zu unseren vielen Mitgliedern, Sympathisanten wie Wählerinnen und Wählern in Ostdeutschland. Wir sagen es mit Stolz: ‚Die ostdeutschen Sozialdemokraten... machen die Gesamtpartei reicher durch ihre schwierigen Erfahrungen in der Diktatur, ihre friedfertige Standhaftigkeit und die Glaubwürdigkeit ihres Neuanfangs‘.“<sup>50</sup>

Klar ist, dass das ursprüngliche Berliner Programm nach der Wiedervereinigung veraltet war. Das Programm wandte sich nicht an die Ostdeutschen. Um Wähler in den neuen Bundesländern zu gewinnen, waren deshalb Anpassungen an die neue politische Wirklichkeit nötig. In die revidierte Ausgabe wurden unter anderem folgende Formulierungen aufgenommen: „Die Einheit der deutschen Sozialdemokratie seit 1990 [...]“<sup>51</sup> und „Seit dem

47 Tabaczek, 1993, S. 262.

48 Gabriel, 1997, S. 281.

49 Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion 1990-1998.

50 Thierse (www), *Einführungsrede zum Änderungsantrag Grundsatzprogramm auf dem Bundesparteitag in Leipzig am 17.4.1998*.

51 P89, S. 9.



27. September 1990 ist die SPD wieder [...] die Partei der Sozialen Demokratie für das ganze Deutschland<sup>52</sup>, aber auch „Das Ende des Kommunistischen Weltsystems ermöglichte die Verwirklichung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts in der DDR und schließlich die Beendigung der staatlichen Teilung Deutschlands [...]“<sup>53</sup> und „Die ostdeutschen Sozialdemokraten haben mitgeholfen, in der friedlichen Revolution die Geschichte Deutschlands zu wenden, sie haben wesentlich zum Glück der Einheit beigetragen.“<sup>54</sup> Merkwürdig und unerwartet sind aber dann die Formulierungen: „[...] die gemeinsamen Interessen beider deutscher Staaten [...]“<sup>55</sup> und: „Die Menschen in beiden deutschen Staaten werden über die Form institutioneller Gemeinschaft in einem sich einigenden Europa entscheiden.“<sup>56</sup> Die SPD wünschte mit der Revidierung des Programms, Wähler in den neuen Bundesländern zu gewinnen. Trotzdem sind im Programm nur oberflächliche Änderungen vorgenommen worden und die neue Wirklichkeit wurde zeitweise ignoriert.

---

52 Ebd.

53 Ebd.

54 Ebd.

55 P89, S. 17.

56 Ebd.

### 3 Der Hintergrund der programmatischen Entwicklung

#### 3.1 Die SPD in der Opposition 1982-1998

Das föderalistische politische System Deutschlands hat für eine Partei wie die SPD sowohl Vorteile als auch Nachteile bedeutet. Die Gliederung des Landes in einzelne Bundesländer begrenzt die Macht des politischen Zentrums. Für die SPD hat das im Laufe der Geschichte bedeutet, dass sie, obwohl sie sich 16 Jahre, von 1982 bis 1998, in der Opposition befand, beträchtlichen Einfluss auf die Politik Deutschlands ausüben konnte. Die SPD hatte nämlich die Regierungsmacht in unterschiedlichen Bundesländern inne.

1982, zu Beginn der Kohl-Ära, regierte die SPD in vier von den damals elf Bundesländern (36%); Anfang 1999 in 13 von den jetzt 16 Ländern (81%). Seit April 1991 besaß die SPD die Mehrheit im Bundesrat, was ihr eine einflussreiche Rolle in Bezug auf die meisten im Bundesparlament verabschiedeten Gesetze gab. Zusätzlich konnte die SPD auch ihre Politik durchsetzen, wenn diese unter die Verantwortung der Bundesländer fiel. Auf Grund der breiten administrativen und politischen Verantwortung der Bundesländer auf mehreren Ebenen wie zum Beispiel Kultur, Ausbildung und Polizei hatte die SPD beträchtlichen Einfluss auf die nationale Politik.

Eine solche Situation war auch problematisch. Während der 16 Jahre in der Opposition war die SPD nie gezwungen, eine programmatische Neupositionierung vorzunehmen, also ein neues Programm zu gestalten. In der Opposition hatte die SPD auf der Bundesebene kein starkes Zentrum, und es ist fraglich, ob die Partei, selbst wenn sie gewollt hätte, ohne ein solches Zentrum in der Opposition programmatische Änderungen hätte durchführen können. Der Zustand der damaligen SPD wird oft als „lose verkoppelte Anarchie“<sup>57</sup> beschrieben, als eine organisatorische Dezentralisation und Fragmentation also. Die unterschiedlichen lokalen Einheiten der Partei waren auf regionaler Ebene selbständig und eine nationale Zusammenarbeit wurde beträchtlich durch selbständige Gruppierungen und Arbeitsgemeinschaften erschwert (zum Beispiel die Jusos). Außerdem waren der linke Flügel, das Zentrum und der rechte Flügel in ihren jeweiligen Netzwerken organisiert. Diese

---

57 Lösche, 1992, S. 192.

verschiedenen internen Flügeln konkurrierten untereinander um Einfluss. Die SPD, die historisch eine typisch zentralisierte, monolithische und ideologisch kohärente Organisation war, entwickelte sich kurz vor der Jahrtausendwende in einen Bund bestehend aus verschiedenen lokalen Bündeln und Gruppierungen, wobei die unterschiedlichen Einheiten durch die soziale Unterstützung ihrer unterschiedlichen Wählergruppen geprägt waren, darunter Facharbeiter und ungelernete Arbeiter, Geschäftsleute, Geschäftsleiter, Wissenschaftler, Studenten und Rentner. Die Zeit, als die SPD hauptsächlich Facharbeiter repräsentierte, war vorbei, und ebenso die demografische Dominanz dieser Gruppe innerhalb der Wählergruppen. Die programmatischen und ideologischen Unterschiede waren das Resultat von Änderungen der Sozialstruktur und Wählerzugehörigkeit. Auf Grund der Änderungen der Sozialstruktur entstanden also programmatische und ideologische Unterschiede.

Der häufige Wechsel unter den verschiedenen politischen Flügeln innerhalb der Partei führte zu großem Zögern in der Parteiführung. Nach den 23 Jahren der ständigen Führung Willy Brandts waren die kurzen Perioden der ihm nachfolgenden Parteivorsitzenden ein Zeichen auf Mangel an Richtung: Vogel war Vorsitzender von 1987 bis 1991, Engholm von 1991 bis 1993, Scharping von 1993 bis 1995 und Lafontaine von 1995 bis 1999. Das gleiche galt auch für die Kanzlerkandidaten. Während Willy Brandt in den 1960-iger Jahren dreimal Kanzler werden durfte, stellte die SPD seit der Wahlniederlage von 1982 bei jeder Bundestagswahl einen neuen Kandidat: Vogel in 1983, Rau in 1987, Lafontaine in 1990 und Schröder in 1998. Die zwischen 1938 und 1948 geborene Generation (die sogenannten 68-iger), der in langen Perioden der Parteivorsitz oblag, gelang es, im Gegensatz zur „strategischen Clique“, die die SPD in den 1950-iger Jahren von einer Klassenpartei in eine Volkspartei umformte, nicht, eine ähnliche Clique und ein neues Konzept für Reformen zu bilden. Die Partei litt unter einer Führungskrise. Ihr fehlte ein Parteivorsitzender, der die unterschiedlichen Fraktionen sammeln konnte und sich gleichzeitig als Kanzler eignete. In dieser kritischen Situation wurden folglich keine programmatischen Änderungen vorgenommen. Parteivorsitzende, die nicht von allen Gruppen innerhalb der Partei unterstützt werden, können keine fundamentale Reorganisation der Parteiprogramme in Gang setzen.

### 3.2 Ein überforderter Sozialstaat und die Agenda 2010

Im Bundestagswahlkampf 1998 signalisierte die SPD mit dem Slogan „Neue Mitte“ eine neue Linie, und es gelang ihr, an die Regierungsmacht zu kommen. Nach dem Wahlsieg vom 27. September 1998 und der Bildung der rot-grünen Koalition versuchte Bundeskanzler Gerhard Schröder, seinen politischen Kurs der „Neuen Mitte“ in die Tat umzusetzen. In Bezug auf die Wirtschaft bedeutete der neue Kurs eine Umstellung: Der Rückstand im Wachstum gegenüber den USA und asiatischen Ländern sollte aufgeholt werden. Auf der nationalen Ebene war das Ziel, die Kaufkraft der Bürger zu stärken. Durch Umverteilung versuchte die SPD wirtschaftliche und soziale Unterschiede auszugleichen. Allerdings erwies es sich als schwierig, wirtschaftliches Wachstum zu erreichen.

Die großen Ausgaben des Sozialstaates, die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem in den neuen Bundesländern, und die zu erwartenden Auswirkungen einer zukünftig niedrigen Geburtenentwicklung<sup>58</sup> forderten Reformen. Im Jahr 2000 betrugen die Sozialleistungen fast 700 Milliarden Euro.<sup>59</sup> Die Ausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe betrugen im selben Jahr fast 80 Milliarden Euro.<sup>60</sup> Ein wichtiges Ziel der im 2002 wiedergewählten rot-grünen Regierung war es, notwendige Reformen durchzusetzen um die Kosten zu begrenzen. Durch ihr Reformpaket, der „Agenda 2010“, sollten die Reformen in die Tat umgesetzt werden. Das Fundament für das Reformpaket war schon einige Jahre zuvor durch die Erneuerungsideen von Gerhard Schröder und Tony Blair<sup>61</sup> geschaffen worden.

Ende der 1990-iger Jahre befanden sich viele europäische sozialdemokratische Parteien in einer Krise, mit schlechten Wahlergebnissen, und die meisten Regierungen des Kontinents waren von konservativen Parteien besetzt. Im Sommer 1999 wurde deshalb das so genannte Schröder-Blair-Papier veröffentlicht. Es enthielt einen zentralen Entwurf zur Modernisierung der europäischen Sozialdemokratien, dessen Ziel es war, die sozialdemokratische Programmatik zu erneuern. Konkret sollten Sozialstaaten reformiert und Arbeitsmärkte flexibler gestaltet werden, um eine wirtschaftsfreundlichere Ausrichtung zu erreichen. Die Grundlage für das Schröder-Blair-Papier bildete das Konzept des so genannten „dritten Weges“, das vom britischen Soziologen Anthony Giddens entworfen worden war. In einem

---

58 Statistisches Bundesamt (www), *Geburtenentwicklung*.

59 Destatis (www), *Entwicklung des deutschen Sozialstaates – Daten der Amtlichen Statistik*.

60 Neumann, 2004, S. 130.

61 Vorsitzender der Labour-Partei von 1994 bis 2007 und von 1997 bis 2007 Premierminister von Großbritannien.

Interview mit der Wirtschaftszeitung *Handelsblatt* stellte Giddens fest: „Es [das Konzept des dritten Wegs] steht für den Versuch, Parteien links der Mitte zu erneuern. Sozialdemokraten, die heute an die Macht wollen, müssen sich von alten Ideen und Traditionen trennen.“<sup>62</sup> Im gleichen Interview führt er dann aus: „Für mich gibt es nur einen Weg in Europa. Experten nennen ihn ‚Flexicurity‘ - einen vernünftigen, flexiblen Arbeitsmarkt. Dieser schützt Arbeitslose nicht nur durch passive Sozialleistungen vor Armut, sondern ermöglicht ihnen durch Weiterbildung, neue Jobs zu finden.“<sup>63</sup> Er forderte, dass die einzelnen Bürger mehr Eigenverantwortung übernehmen sollen und dass die sozialstaatliche Vorsorge begrenzt werde.

Am 14. März 2003 kündigte die SPD in einer Regierungserklärung das Reformpaket „Agenda 2010“ an. Hier hieß es unter anderem: „Der Umbau des Sozialstaates und seine Erneuerung sind unabweisbar geworden.“<sup>64</sup> Und „Wir müssen die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung verbessern.“<sup>65</sup> Ähnliche Formulierungen sind im Schröder-Blair-Papier zu finden: „Wir wollen den Sozialstaat modernisieren, [...]“.<sup>66</sup> Und

„Wettbewerb auf den Produktmärkten und offener Handel sind von wesentlicher Bedeutung für die Stimulierung von Produktivität und Wachstum. Aus diesem Grund sind Rahmenbedingungen, unter denen ein einwandfreies Spiel der Marktkräfte möglich ist, entscheidend für wirtschaftlichen Erfolg und eine Vorbedingung für eine erfolgreichere Beschäftigungspolitik.“<sup>67</sup>

Ein zentraler Teil der Agenda 2010 war das unter der Leitung von Peter Hartz entwickelte Hartz-Konzept. Dieses Konzept war die größte gesetzliche Arbeitsmarktreform seit dem Zweiten Weltkrieg. Sein Hauptziel war es, die Arbeitslosigkeit in Deutschland wesentlich zu reduzieren. Besonders das vierte Gesetz, Hartz IV – das Gesetz für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt –, ist für Arbeitslose relevant. Arbeitslose haben nun nur mehr ein Jahr lang Anspruch auf ordinäre Arbeitslosenhilfe, dem Arbeitslosengeld I. Danach bekommen sie das wesentlich geringere Arbeitslosengeld II, das einer Sozialhilfeleistung für Erwerbsfähige entspricht. Für die Betroffenen bedeutet die Reform eine wesentliche Einkommensreduktion. Ziel war es, die Arbeitslosen durch diese neue einheitliche und sehr niedrige Grundsicherung zu größerer Eigeninitiative zu motivieren. Durch diese Reform

---

62 *Handelsblatt* (www), „*Deutschland gerät in die Sackgasse*“.

63 Ebd.

64 Archiv Bundesregierung (www), *Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder am 14. März 2003 vor dem Deutschen Bundestag*.

65 Ebd.

66 Glasnost archiv (www), *Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten..*

67 Ebd.

sollten Arbeitslose gezwungen werden, schneller wieder ins Arbeitsleben zurückzukommen. Da die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern besonders hoch war, sind speziell sie von den Reformen sehr betroffen.

Schröders Politik verlief nicht ohne innerparteiliche Konflikte und Diskussionen. Viele SPD-Mitglieder traten aus der SPD aus und bildeten eine politische Partei, die WASG (Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative). Besonders kritisch stellten sie sich der Agendapolitik gegenüber, die sie als neoliberal bewerteten. Oskar Lafontaine hatte seit der Veröffentlichung des Schröder-Blair-Papiers die Politik Schröders kritisiert. 2005 trat er aus der SPD aus und dem Wahlbündnis aus WASG und PDS bei. Die PDS änderte später ihren Namen in Die Linkspartei.PDS. 2007 schloss sich die WASG mit der Linkspartei.PDS zusammen und sie bildeten gemeinsam Die Linke.

### **3.3 Die innerparteilichen Strömungen in der SPD-Bundesfraktion**

Da die SPD eine Volkspartei ist, gibt es dort Raum für unterschiedliche Meinungen. Folglich haben sich mit der Zeit verschiedene politische Strömungen innerhalb der Partei entwickelt und unterschiedliche Parteiflügel gebildet. In der SPD-Bundestagsfraktion existieren drei organisierte Richtungen, die nebeneinander arbeiten. Trotz kontroverser Ansichten arbeiten sie pragmatisch zusammen, um die Gesamtpartei zu stärken und weiterzuentwickeln, und vertreten die Grundwerte des demokratischen Sozialismus. Sie organisieren sich allerdings in verschiedenen Foren, wo sie zu aktuellen politischen Fragen Stellung nehmen. Da sie sich alle zur gleichen ideologischen Basis bekennen, muss man andere Sichtweisen als die ideologischen vergleichen, um die Unterschiede zwischen den Parteiflügeln verstehen zu können. Ich werde im Folgenden ihre Unterschiede nach Gebauer<sup>68</sup> darstellen. Es gibt erstens die linken Sozialdemokraten, die sich in der SPD-Bundesfraktion als Parlamentarische Linke bezeichnen. Sie besteht hauptsächlich aus jüngeren Personen, die die 68 Generation abgelöst haben, und verstehen sich als „moderne Sozialdemokraten“. Sie organisieren sich und verfügen über eine eigene Organisationsstruktur und Satzung. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik haben sie eine keynesianische Ausrichtung, nach dem Muster der skandinavischen Länder. Nur ein Modernisierungsprozess des Sozialstaates nach skandinavischem Muster würde sich ihrer Meinung nach mit den Grundwerten der SPD

---

68 Gebauer, 2005.

vereinbaren lassen. Daher werden von dieser Parteiströmung die Reformen der Agenda 2010 äußerst kritisch bewertet.

Zweitens gibt es den Seeheimer Kreis, der sich selbst als undogmatisch und programmatisch versteht. Seine Repräsentanten werden oft als die „Reformpragmatiker“ der SPD verstanden. Der Seeheimer Kreis ist die älteste Plattform innerhalb der SPD und auch er verfügt über eine eigene Organisationsstruktur und Satzung. Laut Gebauer ist dieser Kreis ein rechter oder konservativer Flügel in der Partei. Er versucht also reformorientiertes Gedankengut innerhalb der SPD stärker zur Geltung bringen. Dieser Kreis ist die größte Gruppierung des Bundestages und genießt daher den größten Einfluss in der SPD. Der Sozialstaat soll seiner Meinung nach ständig reformiert werden, um aktuellen Herausforderungen begegnen zu können und handlungsfähig zu bleiben. Der Seeheimer Kreis ist also in keiner Weise strukturkonservativ. Im Vorwort seiner Selbstdarstellung von 2008 erklärt er:

„Vor 30 Jahren aus den ‚Kanalarbeitern‘ hervorgegangen setzen sich die mehr als 80 Bundestagsabgeordneten der Seeheimer für eine programmatische, an den finanziellen Möglichkeiten des Sozialstaates orientierte sozialdemokratische Politik der Modernisierung ein.“<sup>69</sup>

Im Buch „In der Mitte der Partei: Gründung, Geschichte und Wirken des Seeheimer Kreises“, das von den Politikern des Seeheimer Kreises Johannes Kahrs und Sandra Viehbeck verfasst wurde, richtet Gerhard Schröder Grußwort an diese Gruppierung:

„An allen wichtigen Wegmarkierungen der SPD waren sie entscheidend beteiligt. Sitzungen der Bundesfraktion und Parteitage waren ohne ihre wichtigen Wortmeldungen nicht denkbar. Ihren Stempel haben sie nicht nur den dort gefassten Beschlüssen aufgedrückt; sie haben damit bis heute auch maßgeblich Anteil an den großen Entscheidungen und Weichenstellungen für unser Land.“<sup>70</sup>

Damit unterstrich der Parteivorstand die Bedeutung der Seeheimer für die SPD. Bei Wahlen spricht diese Gruppierung Wechselwähler an, die sich in der politischen Landschaft zwischen der CDU und SPD befinden. Die Gruppierung ist allerdings problematisch für linksorientierte Wählerschichten, deren Identität stark im Sozialstaat verankert ist. Trotz diesbezüglicher parteiinterner Spannungen haben die Seeheimer jedoch ein gutes und starkes Verhältnis zur Parteispitze.

---

69 Ebd., S. 3.

70 Kahrs, 2005, S. 5.

Zuletzt gibt es unter den Bundestagsabgeordneten das Netzwerk Berlin, das nach der Bundestagswahl 1998 gegründet wurde, und daher der jüngste Flügel in der SPD ist. Wie die zwei anderen Gruppierungen verfügt es über eine eigene Organisationsstruktur und Satzung. Das Netzwerk Berlin vertritt einen Reformismus, der vom Rechts-Links-Gefüge unabhängig ist, und es wird daher als undogmatisch und zentristisch verstanden. Jedoch war es an Gerhard Schröders Reformpolitik Agenda 2010 aktiv beteiligt und unterstützte weitgehend diese Politik.



## **4 Die Organisation der SPD und ihre Mitglieder**

Die SPD ist eine demokratische Volkspartei, die sich immer nach der bundesdeutschen Verfassung vom 24. Mai 1949 gerichtet hat.<sup>71</sup> Ihre Statute und Programme bauen auf demokratischen Normen auf. Das auf dem Programm-Parteitag im Dezember 1989 beschlossene Statut unterscheidet sich nicht wesentlich von dem Statut, das auf dem Bundesparteitag im Oktober 2007 entschieden wurde. In beiden Statuten bekennt sich die SPD zur Demokratie.

### **4.1 Die zentralen Führungsgremien**

Die SPD ist eine auf Bundesebene organisierte Partei und hat seit 1999 ihren Sitz im Willy-Brandt-Haus in Berlin. Der Bundesparteitag, der Parteirat und der Parteivorstand sind die obersten Bundesorgane der SPD.

Der Bundesparteitag funktioniert als oberstes Organ der Partei. Er besteht aus Delegierten der Bezirksparteitage und des Parteivorstandes. Sie treffen alle zwei Jahre auf dem Parteitag zusammen. Hier werden die Kontrollkommission – ein Organ, das für die Kontrolle des Parteivorstandes und für die Behandlung von Beschwerden über den Parteivorstand zuständig ist –, das Bundesschiedsgericht und der Parteivorstand gewählt.

Im Zeitraum zwischen den Parteitagen ist der Parteivorstand das höchste politische Organ der Partei und leitet die Amtsgeschäfte. Der Vorstand beschließt in Übereinstimmung mit dem gültigen Parteiprogramm und den Beschlüssen des Bundesparteitages, wie sich die Partei dem aktuellen politischen Geschehen gegenüber verhalten soll. Er diskutiert parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen und trifft politische und organisatorische Beschlüsse. Der Vorstand wird von dem oder der Vorsitzenden, drei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Generalsekretär oder der Generalsekretärin, dem Kassierer oder der Kassiererin (Schatzmeister bzw. Schatzmeisterin) und einer vom Parteitag festgesetzten Zahl weiterer Mitglieder geleitet. Der Zentralausschuss ist für das Wirken der Partei verantwortlich und

---

<sup>71</sup> Der organisatorische Aufbau der Partei und die Rechte der Mitglieder sind damit der Pflicht zu demokratischen Strukturen nach Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG unterworfen. (Gabriel, 1997, S. 147.)

überprüft, ob die Beschlüsse des Bundesparteitages durchgeführt werden. Im Zentralkomitee werden alle administrativen Fragen erledigt.

Der Parteirat – das letzte zentrale Gremium auf der obersten Ebene der SPD – wird durch geheim gewählte Vertreter der Parteitage von Bezirken oder Landesverbänden gebildet. Er befasst sich mit politischen Grundsatzfragen, die auf dem vorhergehenden Parteitag nicht erledigt wurden oder seither neu an Relevanz gewonnen haben.<sup>72</sup>

## **4.2 Regionale Strukturen**

Die regionalen Strukturen gehören zur unteren Ebene der Organisation und umfassen die Bezirke, die nachgeordneten Unterbezirke und die Ortsvereine. Hier organisieren sich die einzelnen Mitglieder. „In dieser Gliederung vollzieht sich die Willensbedingung der Partei von unten nach oben.“<sup>73</sup>

## **4.3 Mitgliederzahlen**

Seit 1990 sinkt die Zahl der Mitglieder der SPD ständig.<sup>74</sup> Von 1990 bis 1993 verlor die Partei 81 922 Mitglieder. Nie zuvor war der Rückgang in einem Zeitraum von 3 Jahren so hoch gewesen. 1990 zählte die Partei 943 402 Mitglieder. 1993 waren es 861 480 und 1996 792 773. 1999 bestand die Partei nur mehr aus 755 066 Mitgliedern. Innerhalb der nächsten sechs Jahren verließen noch fast 165 000 Mitglieder die Partei. Am 31. Dezember 2005 betrug die Mitgliederzahl 590 485, woraus man ableiten kann, dass der Verlust an Parteimitgliedern zwischen 1999 und 2005 in einem noch schnelleren Tempo vor sich ging. Hier kann allerdings angemerkt werden, dass der Verlust an Mitgliedern kein SPD-spezifisches Phänomen ist, sondern ein Trend, der alle deutsche Bundesparteien betrifft.

---

<sup>72</sup> Gabriel, 1997, S. 269.

<sup>73</sup> Organisationsstatut, 2007, S. 14.

<sup>74</sup> Niedermayer, 2007, S. 2.

#### 4.4 Sozialstruktur der Mitglieder

2002 sind 5% der Mitglieder der SPD Arbeitslose<sup>75</sup>, 8% sind Arbeiter<sup>76</sup>, 15% sind Angestellte<sup>77</sup>, 23% sind Beamte<sup>78</sup>, 4% sind Selbstständige<sup>79</sup>, 11% sind Sonstige<sup>80</sup> (unter anderem Selbstständige, Landwirte, Mithelfender, Hausfrauen und Akademiker) und schließlich sind 34% Rentner<sup>81</sup>. Interessant ist besonders die erste Zahl, die sich auf arbeitslose Mitglieder bezieht. Während die gesamte Arbeitslosigkeit in Deutschland 13% beträgt, gibt es unter den Parteimitgliedern der SPD nur 5% Arbeitslose.

Ein anderer interessanter Aspekt ist, dass unter den Mitgliedern und Wählern der SPD im Durchschnitt mehr Personen mit geringer Ausbildung zu finden sind als bei den anderen Parteien. 33% der Mitglieder der SPD haben eine höhere Ausbildung<sup>82</sup>, 28% einen mittleren Bildungsabschluss<sup>83</sup> und schließlich 40% der Mitglieder einen niedrigen Bildungsabschluss.

---

75 Die Untersuchung basiert sich auf Heinrich (www.bpb). Entsprechende Zahlen für die anderen Parteien sind CDU 2%, Bündnis90/Die Grünen 6%, FDP 3% und Die Linke 6%.

76 CDU 3%, Bündnis90/Die Grünen 4%, FDP 2% und Die Linke 4%.

77 CDU 15%, Bündnis90/Die Grünen 17%, FDP 17% und Die Linke 7%.

78 CDU 18%, Bündnis90/Die Grünen 37%, FDP 20% und Die Linke 6%.

79 CDU 10%, Bündnis90/Die Grünen 9%, FDP 15% und Die Linke 3%.

80 CDU 18%, Bündnis90/Die Grünen 23, FDP 18% und Die Linke 3%.

81 CDU 34%, Bündnis90/Die Grünen 5%, FDP 25% und Die Linke 71%.

82 CDU 38%, Bündnis90/Die Grünen 58%, FDP 54% und Die Linke 53%.

83 CDU 34%, Bündnis90/Die Grünen 36%, FDP 31% und Die Linke 15%.

## **5. Analyse der Parteiprogramme von 1989 und 2007**

### **5.1 Typographie und Aufbau der Programme**

Beide Programme sind auf den Internetseiten der Partei als PDF-Dateien veröffentlicht, haben aber einen unterschiedlichen typographischen Aufbau. Das P89 hat 63 Seiten, die aus 27 837 Wörtern und 4721 Zeilen bestehen und beinhaltet fünf Kapiteln. Auf jeder Seite steht der Text in zwei Kolonnen. Das P07 beinhaltet vier Kapiteln, die zudem in mehrere Punkte gegliedert sind. Der Text ist mit größerer Schrift als im P89 geschrieben und nicht in Kolonnen aufgeteilt. Das P07 besteht aus 19 638 Wörtern und 2667 Zeilen, die auf 76 Seiten verteilt sind. Das Programm beinhaltet ein Vorwort, eine Einleitung und vier Kapitel, die wiederum in mehrere Punkte gegliedert sind. Das P07 erscheint typographisch systematischer und übersichtlicher als das P89.

### **5.2 Die ideologische Basis der SPD**

Beide Programme leiten mit einer allgemeinen Zustandsbeschreibung der Gesellschaft ein. Hier finden wir Gesellschaftsbetrachtungen, die die Politik der Partei und ihre ideologische Basis widerspiegeln. Im Folgenden möchte ich untersuchen ob sich die SPD in ihrer Darstellung der ideologischen Basis vom P89 zum P07 wesentlich verändert hat.

Zum Thema „Die Welt, in der wir leben“ werden im P89 wenig optimistische Zukunftsaussichten skizziert und besonders scheint die Partei moderner Technologie skeptisch gegenüberzustehen. Es wird zwar erwähnt, dass die moderne Technik in gewissen Teilen der Welt einen geschichtlich beispiellosen Wohlstand geschaffen hat. Sonst werden aber hauptsächlich die weltweiten Gefährdungen für Mensch und Natur hervorgehoben. In diesem Punkt finden sich im Text überwiegend negative Wörter wie „Ungerechtigkeit“, „Bedrohung“, „Gefahr“, „Vergiftung“ und „Ausbeutung“. Sogar bei der Beschreibung neuer Technologien, die die Arbeitswelt und Öffentlichkeit prägen, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologie, werden die negativen Seiten hervorgehoben: „[Sie]

bedrohen die Qualität der Arbeit, die Arbeitsplätze und die demokratische Willensbildung“.<sup>84</sup> Der Staat wird als überforderter „Reperaturbetrieb“ beschrieben. Es kann befremdlich erscheinen, dass solche Gefährdungen so stark betont werden, aber vielleicht ist dieser Pessimismus taktisch begründet. Die Hervorhebung dieser scheinbaren Bedrohungen lassen die Visionen der Partei überzeugender erscheinen. Die SPD hat Lösungsvorschläge anzubieten. Zuerst wird ein negativer Zusammenhang beschrieben:

„Viele Menschen leiden unter der Kluft zwischen dem, was politisch zu tun wäre und dem, was geschieht. Sie erwarten nicht mehr von Politik, ziehen sich ins Private und in kleine Gemeinschaften zurück oder fliehen vor der Wirklichkeit in neue Abhängigkeiten“.<sup>85</sup>

Dann wird im Programm deutlich hervorgehoben, dass sich die Menschen immer noch etwas von der Politik erwarten können und dass die Partei nicht vor großen Problemen resignieren wird. „Wir Sozialdemokraten wollen beweisen, daß Politik der Mühe aller wert ist.“<sup>86</sup>

Das Programm deutet an, dass Menschen nicht immer vernünftig, aber sowohl zum Lernen als auch zur Vernunft fähig seien.<sup>87</sup> Da Menschen zwar nicht immer vernünftig handeln, aber lernfähig sind, können sie lernen, sich selbst demokratisch zu regieren.<sup>88</sup> Die SPD drückt also im P89 ein positives Menschenbild aus.

Wie im P89 dient im P07 eine Beschreibung der Welt als Hintergrund für die gesellschaftsbezogenen Überlegungen der Partei. Dieser Programmpunkt heißt im P07 „Die Zeit, in der wir leben“ und nicht wie im P89 „Die Welt, in der wir leben“. Es liegt nahe, dass das Wort „Welt“ mit „Zeit“ ausgetauscht wurde, weil die Gesellschaft heute wegen der schnellen Globalisierung mehr als zuvor von Änderungen geprägt ist. Die neue Zeit ist nicht mehr von Ideologiekonflikten zwischen Ost und West geprägt, aber von Ungewissheit und Unsicherheit, die zum Beispiel durch Globalisierung und Klimawandel, hervorgerufen wurden.

Im P07 greift das Kapitel „Die Zeit, in der wir leben“ ungelöste Aufgaben auf und beschreibt Verhältnisse, die die Menschen ängstigen und die sie als problematisch erleben. Zum Beispiel wird hervorgehoben, dass ein immer stärker werdendes Wettkampfdenken im

---

84 P89, S. 14.

85 Ebd.

86 Ebd.

87 P89, S. 11.

88 Ebd.

Berufsleben die Menschen beunruhigt. Die Partei sieht es als ihre Aufgabe, etwas gegen solche Missstände zu tun. Im P07 wird die Welt aber nicht so negativ beschrieben wie im P89. Das P07 unterstreicht, dass sich die deutsche Arbeitsgesellschaft im Wandel befindet. Sie wird vom globalen Kapitalismus bedroht, in dem ein Mangel an Gerechtigkeit vorherrscht. Um den Gefahren des Kapitalismus vorzubeugen und ihn kontrollieren zu können, sieht es die Partei als ihre große Aufgabe: „die Globalisierung durch demokratische Politik zu gestalten.“<sup>89</sup>

Im P07 sieht die SPD viel positiver in die Zukunft als im P89. Sie unterstreicht, dass es ein großes Engagement in der Gesellschaft gibt. Die Menschen sind im Stande, etwas zu tun. Wie im P89 wird auch im P07 also ein positives Menschenbild gezeichnet.

Für die SPD ist es wichtig hervorzuheben, dass Werte wie Offenheit und konstruktive Kritik in der Gesellschaft eine wichtige Stellung einnehmen sollen. Das 20. Jahrhundert war von zwei totalitären Ideologien, Faschismus und Kommunismus, geprägt. Trotz des Scheiterns des Faschismus nach dem Zweiten Weltkrieg und des Kommunismus nach dem Fall der Berliner Mauer gibt es immer noch Menschen, die sich von totalitären Diktaturen angezogen fühlen. Für eine Partei, die im Laufe der Geschichte gegen diese beiden Richtungen gekämpft hat, ist es natürlich, den jüngeren Generationen zentrale Werte der Demokratie – Offenheit und konstruktive Kritik – beizubringen, um zu verhindern, dass sich extremen Ideologien auch im 21. Jahrhundert ausbreiten.

Die SPD ist der Anschauung, dass allen Menschen ein Recht auf Selbstbestimmung garantiert werden soll, unabhängig von sozialen, physischen und psychischen Voraussetzungen. Im P89 können wir lesen: „Die Würde des Menschen verlangt, daß er sein Leben in Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen kann.“<sup>90</sup> Und „Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit.“<sup>91</sup> Den gleichen Gedanken finden wir auch im P07. Hier wird betont, dass die SPD es als ihre Aufgabe versteht, eine Gesellschaft zu gestalten, die auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung basiert.<sup>92</sup>

---

89 P07, S. 12.

90 P89, S. 11.

91 Ebd.

92 P07, S. 5.

Im P89 wird am Anfang unterstrichen, dass die Sozialdemokraten für eine friedliche Welt und eine lebensfähige Natur kämpfen, aber auch für Fortschritt. Durch allmähliche Reformen will die SPD das Dasein der Bevölkerung verbessern. Die Partei hat folgendes Verständnis von Fortschritt:

„Wir brauchen einen Fortschritt, der den Frieden nach innen und außen sichert, das Leben von Mensch und Natur bewahrt, Angst überwindet und Hoffnung weckt. Wir brauchen einen Fortschritt, der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht.“<sup>93</sup>

Die im Parteiprogramm angewandte Beschreibung von Fortschritt kann als ein Mittel zur Verbesserung der Lebensqualität verstanden werden. Sie sieht menschenwürdige Arbeit für alle vor. Lebensqualität wird unter anderem durch ökologische Erneuerung gesichert, die als Notwendigkeit gesehen wird: „Der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft ist zur Frage des Überlebens geworden.“<sup>94</sup> Die Partei fügt hier noch einen wichtigen Punkt hinzu: „Je gefährdeter die Welt, desto nötiger der Fortschritt. Wer Bewahrenswertes erhalten will, muß verändern.“<sup>95</sup> Nötig ist ein Fortschritt, der die Gefährdungen reduziert. Kurz gesagt: Wenn man zum Beispiel etwas eine bestimmte Umweltverschmutzung zu verhindern sucht, muss man die Ursachen für diese Verschmutzung beseitigen.

Fortschritt ist ein zentraler Begriff, um zu verstehen welche Gesellschaft sich die SPD wünscht. Er wird jedoch im P07 nur unklar definiert:

„Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert verlangt die Verbindung von sozialer, ökonomischer und ökologischer Verantwortung: Sie zielt auf qualitatives Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit durch Gestaltung der Technik, wissenschaftlichen Fortschritt und verantwortlichen Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen und den unbegrenzten Möglichkeiten menschlicher Kreativität.“<sup>96</sup>

Im Vorwort des Hamburger Programms betont Kurt Beck<sup>97</sup>, dass nachhaltiger Fortschritt im globalen Zeitalter möglich sei. Ähnliche Bemerkungen finden wir auch am Schluss des Programms: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für nachhaltigen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert.“<sup>98</sup> Es ist möglich, dass die Partei den Begriff absichtlich nur vage definiert, um gewisse Wählergruppen anzusprechen und andere nicht abzuschrecken. Mit dem Begriff „nachhaltiger Fortschritt“ werden

---

93 P89, S. 7.

94 P89, S. 39.

95 P89, S. 7.

96 P07, S. 18.

97 Parteivorsitzender 2006-2008.

98 P07, S. 68.

Assoziationen zur der Umweltbewegung geschaffen und umweltbewusste Wähler könnten darin ein Versprechen für mehr Umweltschutz sehen. Weniger umweltbewusste Wähler, besonders jene, die Umweltschutz mit reduziertem Wachstum und Bedrohung von Arbeitsplätzen verbinden, könnte aber eine genauere Festlegung des Begriffes auf Umweltschutz abstoßen.

Das Fehlen einer ausführlicheren Besprechung des Begriffs könnte aber noch eine andere Ursache haben. Klar ist, dass die SPD wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit anstrebt. Deutschland muss ein attraktives Land für Investition von Kapital sein, und Betriebe in Deutschland müssen die gleichen Rahmenbedingungen wie Betriebe in anderen Ländern haben. Umweltmaßnahmen, die die Produktionskosten erhöhen, wären dann hinderlich. Die Partei lässt auch offen, ob sie zum Beispiel den Umweltschutz für Arbeitsplätze opfern würde, um Ziele wie wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit zu erreichen.

Wahrer Fortschritt bedeutet laut den Programmen mehr Menschlichkeit, mehr Solidarität und damit auch mehr Freiheit – alles zentrale Grundwerte der Partei. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit und den wirtschaftlichen Problemen in Verbindung mit dem Aufbau der östlichen Bundesländer sind viele der Meinung, dass wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis nötig sei. Wie schon erwähnt zeigt sich die SPD im P89 Wachstum gegenüber ambivalent. Eine ähnliche Ambivalenz finden wir auch im P07: „Wir setzen auf wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, Bildung und Qualifizierung, um nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.“<sup>99</sup> Tatsächlich war Freiheit in der Geschichte immer mit den Präpositionen „von“ und „zu“ verkoppelt. Es dreht sich für die SPD um die Abwehr *von* Unterdrückung und um den Zugang *zu* den sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Bedingungen für Freiheit. Die Teilnahme des Menschen an der Gesellschaft ist eine Voraussetzung für seine Freiheit. Für die SPD gibt es keinen Gegensatz zwischen Freiheit und sozialer Absicherung. Nur besonders Reiche und Gesunde sind ohne Absicherung frei. Wer aber arbeitsunfähig ist, benötigt Beihilfe. Die SPD erklärt im P89: „Die Sozialdemokratie erstrebt eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben mitwirken kann.“<sup>100</sup> Im P07 wird sinnentsprechend ähnlich argumentiert: „Freiheit bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben.“<sup>101</sup> Außerdem wird in beiden Programmen fast

---

99 P07, S. 42.

100 P89, S. 12.

101 P07, S. 15.



wortwörtlich festgestellt, dass man sich „sozial ausreichend gesichert“<sup>102</sup> wissen muss, um seine Freiheit völlig nutzen zu können.

Die SPD versteht Freiheit und Gerechtigkeit nicht als Gegensatz und stellt in den Programmen fest, dass es keine Rangfolge dieser Grundwerte gibt.<sup>103</sup> Gerechtigkeit ist zuerst einmal als gleiche Freiheit zu verstehen. Menschliches Zusammenleben ist aber schwer: „Wir können als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben, wenn wir füreinander einstehen und die Freiheit des anderen wollen.“<sup>104</sup> Insofern macht Gerechtigkeit frei. Die SPD denkt hier anders als Liberale und Konservative, die Freiheit und Gerechtigkeit oft als Gegensätze verstehen. Soziale Gerechtigkeit wird bei den Liberalen und Konservativen oft mit Gleichheit verkoppelt. Sie sind der Auffassung, dass je mehr (soziale) Gerechtigkeit es gibt, desto weniger individuelle Freiheit gibt es.

Die SPD dagegen behauptet in den beiden Programmen: „Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.“<sup>105</sup> Im P89 wird aber auf Gerechtigkeit mehr Wert gelegt als im P07 und außerdem wird die Rolle eines aktiven Staates als wichtig hervorgehoben. „Gerechtigkeit, das Recht auf gleiche Lebenschancen, muß mit den Mitteln staatlicher Macht angestrebt werden.“<sup>106</sup> Im P07 wird über die Rolle des Staates nichts entsprechendes festgestellt.

Im P89 stellt die SPD weiter fest: „[Gerechtigkeit] verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherungen.“<sup>107</sup> Im P07 wurde hier das Wort „verlangt“ mit dem Wort „bedeutet“ ersetzt.<sup>108</sup> Diese kleine sprachliche Änderung kann – ebenso wie die nichtmehrige Erwähnung staatliche Macht als Mittel Chancengleichheit zu erreichen – darauf hindeuten, dass sich die SPD im P07 mehr als zuvor als eine moderate, reformorientierte und pragmatische Partei darstellen möchte, die dazu bereit ist, mit liberalen und freiheitlichen Strömungen Kompromisse einzugehen.

---

102 P89, S. 12 und P07, S. 15.

103 P89, S. 13 und P07, S. 14.

104 P89, S. 13.

105 P89, S.12 und P07, S. 15.

106 P89, S. 12.

107 Ebd.

108 P07, S. 15.

Das P89 und P07 stimmen überein, was die internationale Zusammenarbeit mit anderen sozialdemokratischen Parteien angeht. Die SPD strebt eine solche Zusammenarbeit an, um gemeinsam Ziele zu erreichen und Herausforderungen begegnen zu können. Die Partei versteht sich also als Teil einer internationalen Bewegung, unter anderem gehört sie der PASD (Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament) an.

An welche Wählerschichten wendet sich die SPD? Die SPD ist immer schon eine Programmpartei gewesen und verfügt traditionell über eine große Anzahl von Mitgliedern. Sie ist daher auch von den politischen Prinzipien und Interessen ihrer Mitglieder geprägt. Wie schon erwähnt<sup>109</sup>, änderte die SPD in den 1950-iger Jahren ihre ideologische Position, die zu diesem Zeitpunkt wesentlich von einem auf einer marxistischen Tradition beruhenden Sozialismus bestimmt worden war. Von einer ausgeprägten Arbeiterpartei, entwickelte sich die SPD zu einer Volkspartei, die an breite Schichten der Bevölkerung appellierte. In beiden Programmen versteht sich die Partei als eine linke Volkspartei.

Im P89 wendet sich die SPD an alle Gruppen der Gesellschaft. Nie werden spezielle Gruppen oder soziale Klassen spezifisch hervorgehoben. Die Partei steht im P89 für alle diejenigen offen, die den Grundwerten und Zielen der Partei zustimmen.<sup>110</sup> Für die SPD ist wichtig, die Meinung ihrer Mitglieder zu respektieren. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass die Partei in anderen Teilen der beiden Programmen betont, dass ihre Grundwerte aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung stammen und sie ihre Wurzeln in der marxistischen Gesellschaftslehre hat. Dies könnte darauf hindeuten, dass sich die Partei immer noch vor allem an die Arbeiterschicht wendet. Hier gibt es jedoch Unterschiede zwischen den beiden Programmen: Im P89 werden die Erfahrungen aus der Arbeiterbewegung häufiger betont und wesentlich gründlicher dargelegt als im P07. Wie schon erwähnt<sup>111</sup>, hat die SPD weniger Parteimitglieder mit höher Ausbildung als andere Parteien, und es liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die Partei im P07 versucht, sich in größerem Ausmaß an ein Personen mit höher Ausbildung zu wenden. Ich werde später in meiner Analyse noch auf dieses Thema zurückkommen.<sup>112</sup>

---

109 Siehe Kapitel 2.4.

110 P89, S. 53.

111 Siehe Kapitel 4.4.

112 Siehe Kapitel 5.4.

Die Sozialdemokratie setzt auf ein selbstbewusstes Bürgertum, das der Isolation einzelner Menschen entgegen wirkt. Man zeigt Solidarität mit einander. Die SPD strebt eine Gesellschaft an, die auf den Grundwerten – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – basiert: „Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus.“<sup>113</sup> Im Folgenden werden ihre theoretischen Hintergründe weiter erörtert.

Die SPD ist also eine linke Volkspartei, die sich an alle soziale Gruppierungen – , also an ein breites Publikum – wendet. Ihre Grundwerte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – sind Werte, von denen kaum jemand Abstand nehmen wird. Die nicht sozialdemokratischen Parteien werten und definieren Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität allerdings anders als die SPD. Von einem liberalen Gesichtspunkt aus (von dem Freiheit als Möglichkeit zur Realisierung individueller Wünsche und Ziele gesehen wird) können Freiheit und Gerechtigkeit schnell zu Gegensätzen werden – wenn man Gerechtigkeit als die Schaffung gleicher Chancen und Möglichkeiten für alle sieht: je mehr Gerechtigkeit, desto weniger Freiheit. Anders gesagt: Ungleichheit ist das Ergebnis freier Menschen. Die SPD sieht das anders. Von ihrem Gesichtspunkt aus sind nur die besonders Starken und Reichen ohne Sicherung frei. Diejenigen, die nicht wissen, wovon sie leben sollen, weil sie zum Beispiel arbeitslos oder krank sind, können mit den Freiheitsrechten der Liberalen wenig anfangen. Einerseits ist der „Mensch [...] zur Freiheit berufen und befähigt.“<sup>114</sup> Andererseits ist aber die: „Chance zur Entfaltung seiner Freiheit [...] aber stets eine Leistung der Gesellschaft.“<sup>115</sup> Hier unterscheidet sich also die SPD vom Liberalismus. Beide Richtungen sind der Meinung, dass der Mensch frei geboren ist. Aber ob alle sich frei entfalten und aus dieser Freiheit Nutzen ziehen können, entscheidet, nach der Meinung der SPD, die Gesellschaft.

Wem gehört der Begriff demokratischer Sozialismus? Im P89 distanziert sich die SPD von der SED und der Diktatur in der DDR und nimmt so Abstand vom klassischen Sozialismus, der viele Länder im 20. Jahrhundert prägte. Für meine Analyse ist es notwendig auf die zwei zentralen Richtungen des Sozialismus genauer einzugehen, weil diese oft verwechselt werden.

---

113 P89, S. 13.

114 P89, S. 12.

115 Ebd.

Nach dem zweiten Weltkrieg gab es viele SPD-Mitglieder, die die Partei nach wie vor als traditionelle „Klassenpartei“ sahen.<sup>116</sup> Der Marxismus diente vielen in der SPD dazu, eine fundierte Kritik am Kapitalismus zu üben. Für sozialistische Parteien in Westeuropa, die sich zur Demokratie nach westlichem Vorbild und sozialer Marktwirtschaft bekannten, war es daher wichtig, Abstand vom totalitären Sozialismus in Osteuropa zu signalisieren und ihre ideologische Basis auf demokratischen Werten aufbauend zu definieren. Schon 1946 hatte Kurt Schumacher festgestellt, dass es „keinen Sozialismus ohne Demokratie“ geben kann. Die SPD trennte sich aber erst mit dem P59 offiziell und endgültig vom Marxismus als Weltanschauung, bekannte sich von nun ab zum „demokratischen Sozialismus“ und erkannte damit das pluralistische System der westlichen Demokratie an.<sup>117</sup> Das P89 stellt fest, dass die SPD dieser Richtung gegenüber treu bleibt.<sup>118</sup>

Um ideologisch-theoretische Fragen besser verstehen zu können, empfiehlt es sich, einen Blick zurück in die Geschichte des Sozialismus zu werfen. Der Begriff hat seine Wurzeln in der Marxistischen Geschichts- und Gesellschaftslehre. Karl Marxs Ausgangspunkt ist, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse die geschichtliche Entwicklung bestimmen und dass neue Methoden, Wohlstand zu produzieren, mit älteren in Konflikt kommen. Da die Wirtschaft der wichtigste Faktor ist, der den Menschen formt, muss der Staat die Produktionsmittel kontrollieren.

Ein wichtiger Kritiker und gleichzeitig Erneuerer der marxistischen Theorie war der sozialdemokratische Theoretiker und Politiker Eduard Bernstein. Bernstein meinte, dass die Gedanken und der Glauben eines Menschen nicht von seiner wirtschaftlichen Situation determiniert seien. Er behauptete, dass der Kapitalismus im Laufe der Geschichte demokratischer und harmonischer geworden sei und dass die ungeheuerlichen Auswirkungen des Kapitalismus ein überwundenes Stadium seien. Die gesellschaftliche Entwicklung verlief seiner Meinung nach ruhig und ohne Krisen und der Abstand zwischen der Arbeiterklasse und des Bürgertums nehme ständig ab.

Seine Analyse war also das Gegenteil von Marxs Wirtschaftsprognose. Bernstein war zur Schlussfolgerung gekommen, dass der Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft auf einer anderen Basis als der rein Marxistischen gestaltet werden müsse. Die Arbeiter müssten in der

---

116 Siehe Kapitel 2.2

117 Siehe Kapitel. 2.4

118 P89, S. 8.

Gesellschaftsentwicklung durch Wahlen auf lokalen und nationalen Ebenen teilnehmen und die Gesellschaft mit Hilfe von praktischen Maßnahmen allmählich verändern. Durch Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien sollten die Arbeiter für Reformen, höhere Löhne, kürzere Arbeitstage und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Für Bernstein war Demokratie sowohl Mittel als Zweck.<sup>119</sup> Er argumentierte weiter: „Sie ist Mittel zur Erkämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus.“<sup>120</sup> Marx hatte also die Entwicklung zum Sozialismus wissenschaftlich aus Bewegungsgesetzen der Geschichte begründet. Für Bernstein war aber Sozialismus nur ethisch begründbar. Dies ist der Hintergrund von Kurt Schumachers Gebrauch vom Begriff „demokratischer Sozialismus“. Er stellte fest, dass es „keinen Sozialismus ohne Demokratie [...]“ geben kann. Willy Brandt bezog sich später in seiner Rede „Der Auftrag des demokratischen Sozialismus“ am 20. August 1972 zum 20. Todestag von Kurt Schumacher auf den österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky. Dieser hatte auf dem Villacher Parteitag der SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) einige Monate zuvor dargelegt, dass es sich bei der Verwirklichung des demokratischen Sozialismus und bei der Verwirklichung der sozialen Demokratie um ein und dieselbe Sache handle:

„Sozialismus [ist] uneingeschränkte politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie, ‚vollendete Demokratie‘ – dies aber nicht nur als Zielvorstellung, die weit in die Zukunft hineinreicht, sondern gleichzeitig als ‚praktische Richtschnur unseres politischen Handelns in der Gegenwart‘.“<sup>121</sup>

Brandt fügte hinzu: „Ich kann dies nur unterstreichen, zumal die damit verbundene Vorstellung vom historischen Prozeß, in den unser Wirken eingebettet ist.“<sup>122</sup>

Im P89 stellt die SPD fest: „Die Entscheidung der demokratischen Sozialisten, auf der Grundlage von Demokratie und Menschenrechten eine bessere Ordnung der Gesellschaft zu verwirklichen, hat sich als der richtige Weg auch für die Zukunft erwiesen.“<sup>123</sup> Es ist weiter anzumerken, dass die Ideale Freiheit, Gleichheit (vor dem Gesetz) und Brüderlichkeit einen wichtigen Platz in der SPD einnehmen, deren Ideologie ja auch von der französischen Revolution beeinflusst ist und bei den Grundwerten im Vordergrund stehen. Die SPD fügt sich also in eine größere Tradition ein. Auch im P07 wird dies hervorgehoben:

---

119 Schmidt, 2008, S. 228.

120 Bernstein, 1899, S. 178.

121 Rudolph, 2002, S. 481.

122 Ebd. S. 481.

123 P89, S. 10.

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die Grundforderungen der Französischen Revolution, sind die Grundlage der europäischen Demokratie. Seit das Ziel der gleichen Freiheit in der Moderne zum Inbegriff der Gerechtigkeit wurde, waren und sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die Grundwerte des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus. Sie bleiben unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine bessere Ordnung der Gesellschaft, Orientierung für das Handeln der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.“<sup>124</sup>

Hier wird deutlich, dass die drei Grundwerte des demokratischen Sozialismus bzw. der Sozialdemokratie keine Godesberger Erfindung sondern letztlich ein Erbe der französischen Revolution sind. Die SPD weiß aus der Erfahrung der Geschichte, dass die Staatsgewalt ihre Macht missbrauchen kann. Deshalb wird im P89 festgestellt: „Staat und Wirtschaft sind für die Menschen und ihre Rechte da, nicht umgekehrt.“<sup>125</sup>

Für die SPD sind die zwei Begriffe „demokratischer Sozialismus“ und „Sozialdemokratie“ anscheinend Synonyme. In beiden Programmen beschreibt sie nämlich demokratischen Sozialismus und Sozialdemokratie auf den gleichen Grundwerten basierend. Die Abschnitte über das Menschenbild und die Grundwerte im P89 und P07 sind einander sehr ähnlich. Im P07 wird, wie im P89, die Wichtigkeit von Gemeinschaft und Solidarität gleichermaßen hervorgehoben. Im P89 wird der Begriff „demokratischer Sozialismus“ jedoch wesentlich öfter verwendet als im P07, wo der Begriff „Sozialdemokratie“ dominiert. Im Folgenden möchte ich mich mit diesem wichtigen Unterschied zwischen dem P89 und dem P07 auseinandersetzen.

Eine Ursache für den geänderten Begriffsgebrauch kann darin gesehen werden, dass die Partei jetzt, zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenfall des kommunistischen Regimes, das Wort Sozialismus zu vermeiden sucht, weil es leicht mit dem gescheiterten System Ostdeutschlands identifiziert werden könnte.

Es müssen aber hier auch andere Assoziationen, die in dem Begriff „demokratischen Sozialismus“ liegen, in Betracht gezogen werden. Auf Grund seiner oben beschriebenen historischen Entwicklung deutet der Begriff „demokratischer Sozialismus“, auch an, dass es noch gesellschaftliche Ungleichheitsstrukturen gibt. Die Bezeichnung „demokratischer Sozialismus“ wurde deshalb verwendet, weil sie über eine Sicherung der Grundwerte die nur in Gesetzen festgehalten wurde, hinauswies. Sie deutete an, dass der Staat mit Maßnahmen eingreifen sollte, um Gleichheit unter den Bürgern zu erreichen. Demokratischer Sozialismus

---

124 P07, S. 14-15.

125 P89, S. 11.

wird daher oft mit starker öffentlicher Regulierung verbunden. Im P07 wird demokratischer Sozialismus fast ausschließlich als ein vergangenes Stadium beschrieben: „Unsere Geschichte ist geprägt von der Idee des demokratischen Sozialismus, [...]“<sup>126</sup> und „in der stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus [...]“<sup>127</sup> Dass der Ausdruck „Demokratischer Sozialismus“ im P07 kaum mehr vorkommt und als zurückgelegtes Stadium beschrieben wird, deutet darauf hin, dass das Programm der SPD nun stärker von den mehr liberalorientierten Reformpragmatikern des Seeheimer Kreises geprägt ist. Die Seeheimer möchten vermeiden, dass die SPD mit starker öffentlicher Regulierung verbunden wird, die als Hindernis für notwendige Modernisierung gesehen werden könnte. Die Partei soll nun als Zukunftsorientiert und offen für notwendige Reformen erscheinen. Die Bezeichnung Sozialdemokratie wird in diesem Programm mit der Zukunft verbunden: „die deutsche Sozialdemokratie [stellt sich] in der Welt des 21. Jahrhunderts ihren Aufgaben.“<sup>128</sup> und: „Das Prinzip unseres Handelns [für die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft] ist die soziale Demokratie.“<sup>129</sup>

### 5.3 Der Sozialstaat

Das Thema „Sozialstaat“ ist ein zentraler Bestandteil der Politik der SPD und ist in den beiden Programmen stark und in gleichem Maß repräsentiert. Dem Thema ist in beiden Programmen ein eigener Abschnitt gewidmet, es wird aber auch oft indirekt mit wenigen Worten oder Sätzen an anderen Stellen angesprochen. Bevor ich näher auf die Abhandlung dieses Themas in den beiden Programmen eingehe, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass Grundsatzprogramme oft nur wenig konkreten Stoff enthalten. Vorschläge zu bestimmten Maßnahmen finden sich normalerweise in den Wahlprogrammen. Die Grundsatzprogramme dagegen enthalten nur sehr vage Beschreibungen der unterschiedlichen Aspekte des Sozialstaates, und es ist schwierig, diesen Programmen konkrete Veränderungen der SPD-Politik zu entnehmen. Deshalb werde ich in diesem Kapitel auch auf die praktische Politik der SPD eingehen, die sie ab 1998 in Regierungsposition geführt hat. So kann die programmatische Entwicklung der Partei deutlicher verfolgt werden.<sup>130</sup>

---

126 P07, S. 16.

127 P07, S. 5.

128 Ebd.

129 P07, S. 17.

130 Hier muss allerdings darauf aufmerksam gemacht werden, dass die SPD zuerst mit den Grünen und danach ab 2005 mit der CDU eine Koalitionsregierung gebildet hat und nicht allein für die geführte Politik verantwortlich gemacht werden kann.

Vor dem Vergleich der Grundsatzprogramme soll ein Blick zurück in die Vergangenheit und die Geschichte des Sozialstaates geworfen werden. Durch die schnelle Industrialisierung während der Kaiserzeit entstand ein Proletariat, von dem Aufstände und Unruhen zu fürchten waren. Um die radikale Arbeiterbewegung abzuschwächen, sorgte der Staat unter der Führung von Reichskanzler Otto von Bismarck für ihre grundlegenden Bedürfnisse durch Sozialgesetze, wie zum Beispiel durch die im Jahr 1889 beschlossene Rentenversicherung.<sup>131</sup> Besonders wichtig war, dass Anfang der 1880-iger Jahre alle Bürger gesetzlich dazu verpflichtet wurden, eine Kranken- und Unfallversicherung einzugehen. Das war der Anfang jener Maßnahmen, die Deutschland zum ersten Staat Europas machten, der Wohlfahrtsordnungen einführte.

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war in Westdeutschland<sup>132</sup> von Neubeginn und Wiederaufbau geprägt und kann als die wichtigste Entwicklungsperiode des heutigen Sozialstaates angesehen werden. Durch das Wiederaufbauprogramm der USA, den Marshallplan, kam es in den 1950-iger und 1960-iger zum so genannten Wirtschaftswunder. Die westdeutsche Wirtschaft expandierte, was die Entwicklung eines sehr gut ausgebauten Sozialstaates ermöglichte.

In der Nachkriegszeit gab es bis zur Ölkrise Anfang der 1970-iger Jahre sozusagen keine Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik, was im Zusammenhang mit dem Wirtschaftswunder gesehen werden muss. Obwohl das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik gut war, waren die Ausgaben für den Sozialstaat höher als das wirtschaftliche Wachstum. Man kann behaupten, dass die damals mit der Regierungsmacht betraute SPD Maßnahmen hätte ergreifen sollen, um den Sozialstaat kostengünstiger zu gestalten. Politiker vermeiden aber oft, ihren Wählern die Möglichkeit zu entziehen, großzügige Leistungen erhalten zu können. Außerdem war ein hoher Wohlfahrtsstandard kombiniert mit ständigem Wohlstandswachstum ein wesentliches Element der Legitimität der Bundesrepublik. So konnte man der DDR gegenüber, die sich ja selbst als ein volksdemokratischer Wohlfahrtsstaat ausgab, die Überlegenheit der Sozialdemokratie demonstrieren. Die Leistungen des Sozialstaates wurden also nicht reduziert, sondern erhöht. Besonders großzügig zeigte sich die SPD-Regierung bei der Reform der Rentenversicherung von

---

<sup>131</sup> Schmidt, 2005, S. 26-34.

<sup>132</sup> Ab 1949 die Bundesrepublik Deutschland.



1972.<sup>133</sup> Mit der größer werdenden Arbeitslosigkeit stiegen auch die Sozialausgaben des Staates ständig. Der Anteil der Sozialausgaben am Bruttonationalprodukt betrug 1980 23 % und war damit einer der höchsten der Welt.<sup>134</sup> Zwei Jahre später betrug die Sozialleistungsquote nach Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation in der Bundesrepublik Deutschland 24,9 %, in Japan jedoch nur 11,7 % und in den USA 13,4 %.<sup>135</sup> Auch später in der Opposition setzte die SPD, die in den Ländern große Macht hatte, diese Macht ein, um von der regierenden CDU vorgeschlagene Maßnahmen zu blockieren, die zur Kostensenkung des Sozialstaates hätten beitragen können. Die großzügigen Wohlfahrtsordnungen verursachten bis zum Ende der 1990-iger Jahre große finanzielle Probleme für Staat und Gesellschaft. Etwas vereinfacht kann man also sagen, dass die Wohlfahrtsordnungen auf Kosten anderer staatlicher Aufgaben gingen, die dazu hätten beitragen können, die Produktivität des Landes zu steigern.

In den letzten zwei Jahrzehnten war der Sozialstaat großen Herausforderungen ausgesetzt und hat große Veränderungen durchgemacht: Bei der Wiedervereinigung wurden, was das wirtschaftliche System anbelangt, zwei völlig unterschiedliche Staaten zu einem gemacht. Die fünf neuen Bundesländer wurden – durch Übergangsprogramme – in die Bundesrepublik integriert. Das bedeutete, dass sich die ostdeutsche Gesellschaft, die zu DDR-Zeiten auf einer staatsgeschützten Industrie gründete, sich schnell in eine Gesellschaft des Wettbewerbs und der Weltwirtschaft umwandeln musste. Kurz nach der Wiedervereinigung herrschte Optimismus.

Die Wiedervereinigung hat aber zu größeren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen geführt als erwartet. Enorme Summen wurden zur wirtschaftlichen Modernisierung und zum Aufbau der neuen Bundesländer verwendet. Dies war eine große Belastung für den Sozialstaat. Die ökonomischen und sozialen Kosten wurden dem Sozialstaat allmählich zu groß, und die Arbeitslosigkeit unter erwerbsfähigen Personen erhöhte sich um 4,4 %. Sie betrug 1992 6,2 % und 2005 10,6 %.<sup>136</sup> Neben der hohen Arbeitslosigkeit ist die demografische Entwicklung problematisch. Die Geburtenrate ist niedrig und die Bevölkerung wird ständig älter. Diese Kombination verzögert das Wirtschaftswachstum, und dadurch kann wiederum der Staat seine Sozialverpflichtungen nur

---

133 Schmidt, 2005, S. 94.

134 Meyer, 2005, S. 538

135 Schmidt, 2005, S. 98.

136 Destatis (www), *Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit*.

schwer einhalten. Um die Jahrtausendwende war das Wirtschaftswachstum niedrig und in den folgenden Jahren sogar von negativer Tendenz geprägt. Der Sozialstaat musste reformiert werden, um Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen und um der hohen Arbeitslosigkeit und dem immer größer werdenden Wettbewerb der Globalisierung begegnen zu können.

Als die SPD unter Gerhard Schröder bei der Bundestagswahl 1998 zum ersten Mal nach 1972 wieder stärkste Partei wurde und an die Macht kam, stand Deutschland großen Herausforderungen gegenüber. Die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder sah sich gezwungen, Maßnahmen durchzuführen, um die Kosten des Staates zu reduzieren. Eine Antwort auf die großen Kosten des Sozialstaates war die Agenda 2010.<sup>137</sup>

Das Grundgesetz (GG Art 20. Absatz 1) stellt folgendes fest: *Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.* Hier wird das Sozialstaatsprinzip beschrieben, das für den deutschen Sozialstaat der Ausgangspunkt ist. Den Bürgern Deutschlands wird ein großes Maß an Sozialleistungen gewährt. Diese sind das Fundament ihrer sozialen Sicherung. Sowohl im P89 als auch im P07 wird festgestellt, dass der Staat durch das Grundgesetz verpflichtet ist, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, und dass die Träger des Sozialstaates ein Anrecht auf soziale Sicherheit, Sozialleistungen und Erwerbstätigkeit haben.<sup>138</sup> Der Sozialstaat soll also das Leben und die Arbeitsbedingungen der Bürger verbessern und menschenfreundlich gestalten.

Der Aufbau eines Sozialstaates mit gesicherten Grundrechten für alle Bürger war immer wichtig für die SPD. Nach der Bismarckära wurde das Sozialsystem noch durch weitere wichtige Versicherungsordnungen bereichert, die bis heute gesetzlich vorgeschrieben sind – unter anderem die Arbeitslosenversicherung, die 1927 eingeführt wurde, und die Pflegeversicherung, die 1995 eingeführt wurde. Fast ausnahmslos müssen alle Arbeitnehmer Beiträge in die Versicherungen einzahlen. Die Beiträge werden in der Regel von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam getragen, aber es gibt auch staatliche Zuschüsse. Die Höhe der Beiträge ist normalerweise von der Höhe des Einkommens des Versicherten abhängig. Die Pflegeversicherung funktioniert etwas anders. Sie ist eine Einheitsversicherung, in die alle gleich hohe Beiträge einzahlen.<sup>139</sup>

---

137 Siehe Kapitel 3.2

138 P89, S. 34-36 und P07, S. 56-58.

139 Deutsche Sozialversicherung (www), *Pflegeversicherung*.

In Debatten um das Sozialsystem wird oft das Konzept einer Wohlfahrtsgesellschaft dem eines Sozialstaates gegenübergestellt. Laut dem Politikwissenschaftler Thomas Meyer haben die Bürger in einer Wohlfahrtsgesellschaft, im Gegensatz zum Sozialstaat, keine Rechtsansprüche auf soziale Sicherung, sondern die soziale Sicherung wird durch Freiwilligkeit und Initiativen der Zivilgesellschaft gewährleistet.<sup>140</sup> Es ist daher interessant anzumerken, dass in beiden Programmen konsequent der Begriff „Sozialstaat“ verwendet wird. Der Begriff „Wohlfahrtsgesellschaft“ kommt nicht vor. Dadurch wird unterstrichen, dass für die SPD die Verantwortung für die soziale Sicherheit der Bürger beim Staat liegt und nicht an freiwillige Leistungen privater Verbände geknüpft ist. Daher spiegelt die bewusste Verwendung des Wortes „Sozialstaat“ die sozialdemokratischen Prinzipien der Gleichwertigkeit aller Menschen und der solidarischen Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem Einzelnen wider. Das Prinzip der sozialen Sicherung garantiert dem einzelnen Bürger Hilfe vom Staat, wenn er sich in Not befindet. Es wird aber erwartet, dass man weitgehend für sich selbst sorgt: „Solidarität ersetzt nicht Eigenverantwortung, erträgt nicht Bevormundung. Sie soll auch als Hilfe zur Selbsthilfe wirksam werden.“<sup>141</sup>

Im P89 wird über die Grundsicherung festgestellt, dass auch für das Lebensnotwendige derjenigen gesorgt werden muss, die vom Arbeitsleben ausgeschlossen sind: „Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit.“<sup>142</sup> Im P07 wurde diesem Satz noch zwei Wörter beigefügt: „Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und *seiner wirtschaftlichen* Nützlichkeit.“<sup>143</sup> Diese Beifügung bedeutet eine Differenzierung und muss im Licht der im Zeitraum von 1989 bis 2007 stark gestiegenen Arbeitslosigkeit und Armut gesehen werden. Mehrere Menschen als früher, besonders schwächere Gruppen, sind vom Arbeitsleben ausgeschlossen, was zu besonderen psychischen Belastungen führen kann. Die SPD scheint also besonders diesen Gruppen gegenüber signalisieren zu wollen, dass ihr die Menschenwürde wichtig ist.

Das P89 stellt fest: „Die Arbeiterbewegung hat über Generationen hinweg den Sozialstaat erkämpft.“<sup>144</sup> Trotz steigender Arbeitslosigkeit in den 1980-iger Jahren und immer größer werdender finanzieller Probleme sieht es nicht so aus, als wüsste die Partei einen Abbau

---

140 Meyer, 2005, S. 328.

141 P89, S. 34.

142 P89, S. 11.

143 P07, S. 14.

144 P89, S. 34.

des Sozialstaates: „Wir werden ihn [den Sozialstaat] erhalten und ausbauen.“<sup>145</sup> Gleichzeitig kennt die SPD die Begrenzungen des Sozialstaates: „Wer Abbau verhindern will, muß Umbau betreiben.“<sup>146</sup> Was mit den Begriffen „Ausbau“ und „Umbau“ gemeint ist, wird im P89 kaum erklärt. Man erfährt nur, dass sich die Partei eine soziale Grundsicherung wünscht, die über das geltende Sicherungssystem hinausgehen soll. Sie soll garantieren, dass der Lebensbedarf älterer, arbeitsunfähiger und arbeitsloser Menschen gedeckt wird. Die Kosten sollen hauptsächlich durch die Beiträge der Einzelnen finanziert werden. In Bezug auf die soziale Grundsicherung gibt es keine Formulierungen, die auf einen Sozialabbau hindeuten können.

Der Wunsch der SPD, den Sozialstaat weiterzuentwickeln, spiegelt sich auch in ihrem Plan für das Gesundheitswesen wider. Im P89 wünscht sich die SPD eine zukunftsgerechte Gesundheitssicherung, sagt aber nichts über ihre Gestaltung. Man erfährt nur, dass die Psychiatrie mehr als zuvor gestärkt werden muss: „Die soziale und psychische Seite von Krankheit ist stärker zu berücksichtigen, psychisch Kranke und Behinderte dürfen nicht abgeschoben, verwahrt und isoliert werden.“<sup>147</sup> Noch einmal zeigt es sich, dass die Würde des Menschen von seiner Leistung und Nützlichkeit unabhängig sein und dass jede Person wissen soll, dass er oder sie einen Teil der Gemeinschaft ausmacht. Hier kann angemerkt werden, dass eine stärkere Berücksichtigung der Psychiatrie unmittelbar keine Aufgabenreduktion für den Staat bedeutet, sondern eher einen Ausgabeposten. Eine Förderung der Psychiatrie könnte aber auf längere Sicht auch zur Kostenreduktion des Sozialstaates beitragen, weil so mehr psychisch Kranke ins Arbeitsleben zurückgeführt werden könnten. Das P89 betont die Wichtigkeit der Vorbeugung in der Sozialpolitik. Krankheiten und anderen sozialen Missständen soll auf allen wichtigen Gebieten der Gesellschaft, darunter in der Arbeitswelt, und im Schulwesen vorgebeugt werden.

Das P89 betont außerdem, dass die notwendige Bedarfsdeckung der einzelnen Bürger gegenüber den Interessen der Ärzteschaft, Zahnärzteschaft und Arzneimittelindustrie vorrangig ist. Es wirkt überraschend, dass eine dermaßen konkrete Forderung überhaupt in einem Grundsatzprogramm zu finden ist. Das Programm warnt hier vor den wirtschaftlichen Interessen der Ärzteschaften und pharmazeutischen Industrie. Das Gesundheitswesen macht

---

145 Ebd.

146 Ebd.

147 P89, S. 36.

einen sehr großen Ausgabenposten für den Staat aus.<sup>148</sup> Die Gesellschaft muss deshalb Wirtschaftsinteressen, die außerhalb staatlicher Kontrolle sind, kritisch im Auge behalten.

Im P07 wird nun die Idee von Sozialstaat erweitert. Es wird nicht mehr nur vom Sozialstaat, sondern konsequent von einem „vorsorgenden Sozialstaat“ gesprochen. Er soll nach wie vor die Grundwerte der Bürger bewahren, vor allem in Bezug auf Sozialleistungen und Arbeitnehmerrechte. Die hohe Arbeitslosigkeit und die Kosten des Sozialstaates haben aber dazu geführt, dass im P07 stärker auf die Ursachen von sozialen Problemen geschaut wird. Man möchte Maßnahmen finden, um die Kosten des überbelasteten Sozialstaates zu reduzieren, in den man dafür sorgt, dass Kosten erst gar nicht entstehen. Wie die neue Bezeichnung im P07 andeutet, legt die SPD nun besonderen Wert auf Vorbeugung. Auch im P89 wird betont, dass die Sozialpolitik vorausschauend sein muss, aber nicht in so großem Ausmaß wie jetzt im P07. Im P89 lesen wir nur: „Der wirksamste Schutz geschieht durch Vorbeugung.“<sup>149</sup> Das P07 hingegen stellt fest:

„Er [der vorsorgende Sozialstaat] bekämpft Armut und befähigt die Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern. Vorsorgende Sozialpolitik fördert existenzsichernde Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention. [...] Sie verhindert Ausgrenzung und erleichtert berufliche Integration.“<sup>150</sup>

Mit der Idee eines vorsorgenden Sozialstaates wird darauf angespielt, dass der traditionelle Sozialstaat in der Regel erst eingreift, wenn der soziale Schaden schon eingetreten ist. Eine Entwicklung, die dazu führt, dass viele in einer dauerhaften Abhängigkeit von sozialstaatlichen Leistungen enden, gilt es zu verhindern. Diese im Programm formulierten Ideen spiegeln sich auch in den aktuellen Standpunkten von SPD-Politikern wider. Laut SPD-Generalsekretär Hubertus Heil sollte das Modell eines „vorsorgendes Sozialstaates“ seine Bürger dazu motivieren, für ihre Situation selbst Verantwortung zu übernehmen.<sup>151</sup>

Im P07 sind die Ziele für den Sozialstaat in die Themen Alter, Behinderung und Arbeitslosigkeit gegliedert. Die SPD wiederholt den bereits im P89 ausgedrückten Wunsch nach einer Gesellschaft, in der alle Menschen ein Leben in sozialer und menschlicher Sicherheit führen können, anders gesagt, in der die sozialen Grundrechte eine zentrale Stellung besitzen. Auf den Gebieten Krankheit und Pflege bespricht die SPD das Konzept der

---

148 Destatis (www), *Entwicklung der Gesundheitsausgaben*.

149 P89, S. 34.

150 P07, S. 56.

151 N-tv (www), *Der vorsorgende Sozialstaat – Runderneuerung für die SPD*.

solidarischen Bürgerversicherung<sup>152</sup> und bezieht sich dabei auf die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die Pflegeversicherung. Es ist hier interessant eine kleine Digression vorzunehmen und das Konzept der Solidarischen Bürgerversicherung im Zusammenhang mit Schröders Gesundheitsreform zu sehen. Teil dieser Reform war das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Resultat des Gesetzes war eine Versicherung, in die alle Bürger nach ihrem individuellen Leistungsvermögen bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze einzahlen, damit alle versichert sind und somit Anspruch auf Leistungen der Krankenversicherung haben.

Die unter der SPD-Ministerin Ulla Schmidt eingeführte GKV scheint unmittelbar mit sozialdemokratischem Gedankengut übereinzustimmen. Besonders wenn man es mit dem von der FDP vorgeschlagenen Konzept vergleicht, die die GKV abschaffen will und ausschließlich private Lösungen befürwortet. Somit scheint es also, dass der im P89 ausgedrückte Wunsch, die Beitragsfähigkeit der Einzelnen zu berücksichtigen, gewährleistet worden ist. Wenn man aber die GKV genauer betrachtet, kann man jedoch einwenden, dass dies nicht der Fall ist. Während bei der Einkommensbesteuerung eine mit steigendem Einkommen ansteigende Steuerbelastung eintritt, ist die Praxis bei den Beiträgen zur GKV umgekehrt. Die Beiträge werden ab einer bestimmten Einkommensobergrenze nicht mehr erhöht. 2009 beträgt diese Einkommensgrenze für die GKV 3675 € monatlich.<sup>153</sup> Die folgende Rechenaufgabe zeigt, dass Großverdiener dadurch prozentmäßig weniger als Klein- und Mittelverdiener in der GKV bezahlen. In diesem Rechenbeispiel wird von einem Prozentanteil von 10 % ausgegangen, was also einen Beitrag von 367,5 Euro für die GKV entspricht.

$$(3675 \text{ €} * 10) / 100 = 367,5 \text{ €}$$

Bei einem Einkommen von 8000 € wäre dieser Betrag nicht mehr 10% sondern nur mehr 4,59 % des Einkommens:

$$(367,5 * 100) / 8000 = 4,59$$

Wenn man monatlich sogar 60 000 € verdient, würde der Prozentanteil für die GKV nur mehr 0,61 % ausmachen:

$$(367,5 * 100) / 60 000 = 0,61$$

---

<sup>152</sup> P07, S. 58.

<sup>153</sup> Bundesministerium für Gesundheit (www), *Beitragsbemessungsgrenze*.

Da es eine Einkommensobergrenze für die Einzahlungen gibt, kann also diskutiert werden, ob das Sozialversicherungssystem faktisch gerechter und solidarischer gestaltet wurde. Dieser kleine Ausflug in die Realpolitik hat unmittelbar nichts mit den Programmen zu tun, macht aber eine Tendenz in der SPD deutlich, die sich auch im P07 abzeichnet. Wie schon erwähnt scheint die Partei nun in größerem Ausmaß vom Seeheimer Kreis geprägt zu sein. Sie öffnet sich für eine programmatische Politik der Mitte und damit auch für andere als ihre traditionellen Wähler aus der Arbeiterklasse – nämlich für besserverdienende Akademiker.

In Bezug auf die Finanzierung des Sozialstaates stellt das P07 fest: „aus ökonomischen Gründen muss die Finanzierung des Sozialstaates auf eine breitere Grundlage gestellt werden, um Erwerbsarbeit zu entlasten.“<sup>154</sup> Die erwähnte Beitragsordnung soll weitergeführt werden, aber die SPD möchte die Grundlage der Finanzierung noch mehr durch Bundeszuschüsse ergänzen.

In beiden Programmen wünscht sich die SPD einen Sozialstaat, in dem die soziale Sicherung der Bürger, Gerechtigkeit und Teilhabe zentrale Werte sind. Obwohl die Kosten des Sozialstaates in den 1980-iger Jahren ständig anstiegen, finden wir im P89 aber nur wenig über die Finanzierung sozialer Leistungen. Zwar erwähnt die SPD „Die notwendige Kostensenkung im Gesundheitswesen [...]“<sup>155</sup>, aber es wird nicht gesagt wie sie diese erreichen will. Nur in Verbindung mit der Rentenversicherung bespricht die SPD die Kosten: „Wenn auf immer mehr Rentner immer weniger Beitragzahler kommen, müssen zusätzlich Lasten auf Beitragszahler, Rentner und den Staat gerecht verteilt werden.“<sup>156</sup> Was mit dem Begriff „gerecht verteilt“ gemeint wird, wird nicht klargestellt, und es gibt keine konkreten Vorschläge zu einer Reduktion der Kosten des Sozialstaates.

Die Finanzierung der Rentenversicherung ist heute ähnlich wie die Krankenversicherung auf zwei Schultern verteilt. Sie wird sowohl durch Beitragseinnahmen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, als auch über staatliche Zuschüsse aus Steuermitteln finanziert. Ein konkretes Ziel der Agenda 2010 war es, die Rentenversicherungsbeiträge für die derzeitigen Beitragszahler konstant auf 19,5% des Bruttolohns zu halten. Wenn Menschen länger in der Arbeitswelt bleiben, wie es der Bundestag beschlossen hat, müssen nicht mehr so viele

---

154 P07, S. 58.

155 P89, S. 36.

156 P89, S. 35.

Steuermittel für Rentner aufgewendet werden. Diese Politik stimmt mit den in der Agenda 2010 vorgeschlagenen Maßnahmen überein. Sie kann auch als eine Antwort auf die im P89 angestrebte Kostensenkung im Gesundheitswesen verstanden werden, obwohl im P89 keine Anhebung des Rentenalters vorgeschlagen wurde. Im P07 sagt die SPD nichts über eine eventuelle Ausweitung der Steuerfinanzierung der Rentenversicherung aus.

Viele haben als Rentner einen hohen wirtschaftlichen Lebensstandard, weil sie außer der gesetzlichen Rentenversicherung auch eine betriebliche Alterssicherung und andere private Ordnungen eingegangen sind. Langfristig will die SPD die gesetzliche Rentenversicherung der abhängigen Beschäftigten zu einer Ordnung ausbauen, die auch alle Selbstständigen umfasst. Die SPD meint, dass diese Gruppe wie die Arbeitnehmer zur Finanzierung beitragen sollen. Damit würde die Finanzierung der Rente ähnlich funktionieren wie die der Krankenversicherung und wäre noch stärker an die Erwerbstätigkeit geknüpft.

Was das Thema Rentner und Rentenversicherung anbelangt kann außerdem angemerkt werden, dass das im P07 festgestellt wird, dass die Älteren die Gesellschaft bereichern, was auch für das Arbeitsleben gilt.<sup>157</sup> So öffnet das P07 also für eine Anhebung des Rentenalters. Es ist hier interessant anzumerken, dass die Großkoalition<sup>158</sup> am 9. März 2007 eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Lebensjahre beschloss, um die Belastungen für den Sozialstaat zu reduzieren. Diese Maßnahme war Resultat der 2002 entwickelten Agendapolitik. Dieser Beschluss könnte einen wirtschaftlichen Gewinn bedeuten, weil die älteren Arbeitnehmer so sowohl länger zu mehr Wohlstand beitragen als auch das Rentensystem weniger belasten würden.

Für einen gut funktionierenden Sozialstaat sind auch die Themen Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von zentraler Bedeutung. Der Wunsch allen Menschen ein würdiges Leben zu sichern, ist in den Grundwerten der SPD verankert. Die Auffassung der Partei von Würde macht die Basis ihres Sozialverständnisses aus. Für das Selbstbewusstsein der Menschen ist Erwerbstätigkeit wichtig und sie bestimmt im großen Maß ihre soziale Anerkennung. Deshalb ist auch Lebensqualität an Erwerbstätigkeit gebunden. Für diejenigen, die außerhalb des Arbeitslebens stehen, wird eine schlechte Arbeitslosenversicherung zu einer noch schlechteren Lebenssituation führen. Im P89 findet man keine Angaben zur

---

<sup>157</sup> P07, S. 59.

<sup>158</sup> In den Jahren 2005 bis 2009 regierte die SPD als Juniorpartner in einer Großkoalition zusammen mit der CDU.



Arbeitslosenversicherung. Man kann zwar darüber diskutieren wie analytisch ein Grundsatzprogramm ausgerichtet sein sollte – dennoch ist das Fehlen eines Standpunktes zu so einem wichtigen Thema überraschend. Nirgendwo im P89 wird das Wort „Arbeitslosenversicherung“ erwähnt, obwohl sie einen wesentlichen Teil des Sozialstaates ausmacht. Ein Grundsatzprogramm ist auch ein Reformprogramm und die SPD war immer an Fortschritt<sup>159</sup> und Verbesserungen interessiert. Die Intention der Partei kann diesbezüglich folgendermaßen beschrieben werden: Man soll das Bewahrenswerte bewahren und gleichzeitig soll die Gesellschaft verbessert werden. Im P89 deutet die SPD keine Bedürfnisse oder Wünsche in diesem Zusammenhang an. Es erscheint daher sonderbar, dass die Partei im Programm in Bezug auf ein so großes Thema wie der Arbeitslosenversicherung keine Zielsetzungen formuliert. In Bezug auf die Arbeitslosenversicherung kann aus dem P89 daher nur gefolgert werden, dass die Partei die bestehenden Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, weiter zu führen wünscht.

Für die SPD ist das Recht auf Arbeit ein Menschenrecht.<sup>160</sup> Sie meint, dass es möglich sein muss, Erwerbsarbeit so zu verteilen, dass jede Person in der Gesellschaft daran teilhaben kann. Die SPD strebt eine gerechtere Einkommensverteilung an, was zu mehr sozialer Gerechtigkeit beitragen würde und zu mehr Nachfrage an Dienstleistungen und damit zu mehreren Arbeitsplätze. Gleichfalls soll mehr Rücksicht auf die Umwelt sowie humanere Arbeitsbedingungen verringerte Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Was das Arbeitsleben im Allgemeinen betrifft, strebt die Partei im P89 die 30-Stunden Woche, also einen im Schnitt 6-stündigen Arbeitstag, an.<sup>161</sup> Diesem Ziel liegt die Idee zugrunde, dass Arbeitszeitverkürzungen mehr Lebensqualität zur Folge haben und außerdem Arbeitsplätze schaffen. Es ist für die SPD: „die Pflicht eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats, für Vollbeschäftigung zu sorgen. Arbeitslosigkeit ist kein individuelles, versicherbares Risiko auf Zeit, sondern ein gesellschaftlich verursachtes und damit politisch zu lösendes Problem.“<sup>162</sup> Abgesehen von reduzierter Arbeitszeit, werden im P89 keine andere Maßnahmen vorgeschlagen. Man erfährt nur, dass die SPD bereit ist, eine wirksame Beschäftigungspolitik in Gang zu setzen. Ein Grundsatzprogramm soll Optimismus ausdrücken. Vielleicht ist es gerade diese ambitionöse Überzeugung, die dazu führt, dass die SPD im P89 nicht über die Arbeitslosenversicherung spricht.

---

159 Siehe Kapitel 5.1

160 P89, S. 27.

161 P89, S. 28.

162 P89, S. 27.

Als das P07 ausgearbeitet wurde, hatten sich die Zeiten geändert. Ein wichtiger Teil der Agenda 2010 war das Hartz-Konzept.<sup>163</sup> Trotz Reformen wie Hartz IV glaubt man im P07 nicht mehr so stark daran, dass Arbeit für alle realisierbar ist. Im Programm wird das Ziel der Vollbeschäftigung zwar noch aufrechterhalten, aber die SPD bekennt, dass es schwer sein wird, es zu erreichen.<sup>164</sup> Das im P07 entwickelte Konzept des „vorsorgenden Sozialstaates“ stimmt mit dem Hartz IV überein. Durch Hartz IV sollte – neben einer Kostensenkung des Sozialstaates – mehr Eigenverantwortung und Eigenleistung der Einzelnen erreicht werden.

Das P07 unterscheidet sich wesentlich vom P89 indem es auf das Thema Arbeitslosen-, bzw. Arbeitsversicherung, in großem Ausmaß eingeht. Im P07 plädiert die SPD nämlich für eine Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung, damit wirksam für sowohl die Flexibilität als auch die Sicherheit gesorgt werden kann, die in einer modernen Arbeitswelt gefordert werden. Im P07 ist folgendes über die Arbeitsversicherung zu lesen: „[Sie] soll berufliche Übergänge und Erwerbsunterbrechungen absichern sowie Weiterbildung in allen Lebensphasen gewährleisten. Dazu werden wir ein Recht auf Weiterbildung durchsetzen.“<sup>165</sup> Der Druck auf den Sozialstaat bewirkt, dass die SPD den Ausdruck „arbeitslos“ vermeidet. Das Weglassen des negativen geladenen Wörtchens „los“ soll unterstreichen, dass die Partei unterschiedliche Maßnahmen anstrebt, um den einzelnen Bürger besser zu qualifizieren, damit er eben nicht so schnell arbeitslos wird. Dies soll durch das Recht auf Weiterbildung geschehen. Eben dieses konkrete Ziel, ein Recht auf Weiterbildung, stimmt mit den Ideen Giddens<sup>166</sup> überein, durch einen flexibleren Arbeitsmarkt und sich ständig neu qualifizierende Arbeitssuchende Arbeitslosigkeit zu vermeiden und so die Kosten des Sozialstaates zu reduzieren.

Im P07 wird auch nicht mehr über die 30-Stunden Woche gesprochen. Man findet die unklare Forderung nach einer Arbeitszeitpolitik „die Selbstbestimmung und Flexibilität fördert sowie durch Arbeitszeitverkürzung mehr Menschen in Beschäftigung bringt.“<sup>167</sup> Die Forderung der SPD nach Flexibilität in der Arbeitszeitpolitik kann als positive Haltung zu

---

163 Die Hartz-Kommission unter der Leitung von Peter Hartz legte im Herbst 2003 Vorschläge zu Reformen auf die Arbeitsmarkt vor, die innerhalb der nächsten vier Jahre durchgesetzt werden sollten. Sie wurden in vier Teilen unterteilt, von Hartz I bis Hartz IV.

164 P07, S. 52.

165 P07, S. 55.

166 Siehe Kapitel 3.2

167 P07, S. 53.

befristeten Arbeitsverhältnissen verstanden werden. Auch diese Kursänderung der Politik stimmt mit Giddens „drittem Weg“ überein.

Das P07 stellt fest: „Der vorsorgende Sozialstaat begreift Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik.“<sup>168</sup> Nach Meinung der SPD sind Ausbildung und Weiterbildung für diejenigen nötig, die sich außerhalb des Arbeitsmarktes befinden – als Voraussetzung, um ihre Lebenssituation zu verbessern. Schon Bundeskanzler Willy Brandt sah Bildung als ein wichtiges Mittel an, um mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Im P07 aber wird die Bedeutung der Ausbildung auch mit dem Ziel, die Kosten des Sozialstaates zu reduzieren, verkoppelt. Das Prinzip in die Ausbildung der Bürger zu investieren, ist in der Sozialpolitik der SPD zentral. Der Staat soll vom Kindergarten bis zur Hochschule für Ausbildung garantieren und diese soll kostenlos sein.

Im P89 zeigt es sich, dass die Ideen der Partei für den Sozialstaat mit ihren Grundwerten und ihrer traditionellen politischen Ausrichtung übereinstimmen. Das gilt im großen Maß auch für das P07. Die Politik der SPD war immer davon geprägt, dass sie in jedem Menschen Möglichkeiten sieht, zu deren Verwirklichung der Staat oft beitragen muss. Im P07 ist diesbezüglich zu lesen: „Nur wer sich abgesichert weiß, wird Risiken eingehen. Nur wer Chancen hat, wird sich anstrengen.“<sup>169</sup> Wie auch im P89 betont die SPD im P07, dass der Sozialstaat für die Sicherheit und Teilhabe der Bürger sorgen muss. Im P07 erwähnt die SPD auch die Frauenemanzipation als ein wichtiges Element des vorsorgenden Sozialstaates. Es dreht sich um mehr als um das Ausbrechen von Rollenmustern und die berufliche Emanzipation für Frauen.<sup>170</sup> Die SPD wünscht sich viel mehr eine Gesellschaft, wo alle ihr eigenes Leben frei und selbstbestimmt gestalten können.<sup>171</sup> Aus dem P07 lässt sich allerdings auch entnehmen, dass die SPD eine Umstellung des Sozialstaates anstrebt. Die Sozialversicherungen sollen als Hilfe zur Selbsthilfe funktionieren. Die Bürger haben einen gewissen Grad an Eigenverantwortung um ihre sozialen Probleme zu lösen, und ihre Lebenssituation zu verbessern. Der vorsorgende Sozialstaat wird damit zu einem aktivierenden Sozialstaat. Man könnte auch sagen, dass die SPD aus einer Not – nämlich, dass der Sozialstaat überfordert ist – eine Tugend machen möchte, indem sie die Bürger zu Eigenverantwortung und Selbsthilfe aktivieren will. Die Frage ist, ob das noch

---

168 P07, S. 56.

169 Ebd.

170 Siehe Kapitel 5.4.

171 P07, S. 57.

sozialdemokratisches Denken ist. Indem das Bedürfnis nach sozialen Leistungen gering gehalten wird, werden die Kosten des Sozialstaates gesenkt. Wieder lässt sich feststellen, dass die programmatische Linie im P07 stark von den sogenannten „Reformpragmatikern“ des Seeheimer Kreises geprägt worden zu sein scheint.

#### **5.4 Gleichstellung und Familienpolitik**

Die gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau zu erreichen, wird sowohl im P89 als auch im P07 als wichtiges Ziel hervorgehoben. Im P89 bezeichnet die SPD die Bundesrepublik als eine Gesellschaft, die von männlichen Denk- und Verhaltenweisen geprägt ist. Die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau ist nicht verwirklicht: „Immer noch ist die herrschende Kultur männlich geprägt, [...]“<sup>172</sup> Die SPD hat den Wunsch, die Dominanz von Männern zu beseitigen. Die Gleichstellung der Geschlechter wird als zentrale Voraussetzung für eine positive Entwicklung der Gesellschaft hervorgehoben. Die Situation der Frauen auf unterschiedlichen Gesellschaftsebenen wird vorwiegend mit Wörtern wie benachteiligt, missachtet, zurückgesetzt beschrieben. Im P89 wird festgestellt: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“ Es ist also nicht von einer Anpassung der Frauen die Rede, sondern von einer Umgestaltung der Gesellschaft. Die SPD ist der Meinung, dass dies auch für die Männer das beste sei. „Unter der Spaltung zwischen männlicher und weiblicher Welt leiden beide, Frauen und Männer.“<sup>173</sup> Beigefügt wird: „Auch bei Männern wächst die Einsicht, daß die angeblich männliche Unterordnung von Gefühl und Phantasie unter Rationalität und Durchsetzungskraft sie ärmer oder gar krank macht.“<sup>174</sup> Die Partei wünscht sich eine neue Kultur des Zusammenlebens, eine Gesellschaft mit mehr Menschlichkeit. Um diese harmonische Gesellschaft, frei von Diskriminierung der Geschlechter, zu erreichen, ist für die SPD die Kindererziehung wichtig.<sup>175</sup> Durch öffentliche Finanzhilfen sollen mehr Kindertagesstätten gebaut werden. Die Ganztagschule soll eingeführt werden. Außerdem muss die Arbeit anders verteilt werden. Wie erwähnt<sup>176</sup>, wünscht sich die SPD den sechsstündigen Arbeitstag in der Fünf-Tage-Woche. Es wird argumentiert, dass so eine mehr

---

172 P89, S. 20.

173 P89, S. 21.

174 Ebd.

175 Es wird allerdings nicht näher begründet.

176 Siehe Kapitel 5.3

partnerschaftliche Teilung im Haushalt ermöglicht werden könnte. Sowohl Frauen als auch Männer bekommen dann die Möglichkeit, ausreichend am Familienleben teilzunehmen.

Es ist interessant, dass die SPD – wenn notwendig durch gesetzliche Vorschriften – eine Kontingentregelung einführen will, wo Frauen und Männer in allen Gremien zur Hälfte vertreten sein sollen. Die SPD betont auch, die Wahlsysteme in Bund, Ländern und Gemeinden ändern zu wollen, um die Gleichstellung in der Politik zu schaffen. Ein Grundsatzprogramm ist ein Zukunftsentwurf, und es sieht aus, als ob die SPD die Durchführung dieser Gleichstellungsmaßnahmen als schwer ansieht. Es dreht sich darum „was lange als weiblich galt“<sup>177</sup> zu ändern. Die Partei muss „unerwartete Schwierigkeiten mit Phantasie meistern.“<sup>178</sup>

Gleiche Rechte bedeuten noch nicht Gleichstellung. Ein Rollenmuster ist schwer aufzubrechen, sowohl im Arbeitsleben als auch im Familienleben. Haltungen zu ändern ist ein Prozess, der viel Zeit fordert. In keinem der beiden Programme wird zur Verteilung der Arbeitsaufgaben zwischen den Geschlechtern im Haushalt Stellung genommen. Daraus kann man schließen, dass sich die Partei nicht in das Privatleben einzumischen wünscht. Die SPD stellt zwar fest, dass die Gleichstellung in Deutschland weit gekommen ist, aber dass die Situation der Frauen immer noch verbesserungswürdig ist. Sowohl im P89 als auch im P07 sagt die Partei, dass die Gesellschaft die Ausbildungsmöglichkeiten der Frauen fördern, Arbeitszeiten, Familiengerecht gestalten und für gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit sorgen muss.

In beiden Programmen wird auch erklärt, dass die Kategorisierung in typische Frauen- und Männerberufe in der Arbeitswelt durch gesetzliche Maßnahmen überwunden werden muss. Ähnlich wie im P89 stellt das P07 fest: „Erforderlich sind gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien.“<sup>179</sup> Wie auch im P89 wird im P07 wortgleich festgestellt: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“<sup>180</sup> Sogar in wirtschaftlich guten Zeiten hat es sich als schwierig erwiesen, die Gleichstellung der Frauen im Berufsleben zu erreichen. Noch schwieriger ist es zu erreichen,

---

177 P89, S. 22.

178 Ebd.

179 P07, S. 41.

180 Ebd.

wenn das Wirtschaftswachstum niedrig ist. Im P07 ist nicht mehr von einer 30-Stunden-Woche die Rede. Das kann im Licht der Agendapolitik gesehen werden, wo gefordert wird mehr zu arbeiten, um den Herausforderungen des Sozialstaats adäquat zu begegnen. Die Gleichstellung wird also anderen Gesellschaftsaufgaben untergeordnet.<sup>181</sup> Aus der Sicht der SPD gibt es für Frauen also immer noch einen langen Weg, bis eine vollständige Gleichstellung erreicht sein wird.

Heute suchen Menschen Liebe, Geborgenheit und gegenseitige Unterstützung in verschiedenen Lebensgemeinschaften. In den beiden Grundsatzprogrammen betont die SPD, dass sie die Partei den Menschen kein Lebensmodell vorschreiben will.<sup>182</sup> Die Partei stellt im P07 fest, dass alle Formen von Lebensgemeinschaften Anspruch auf Schutz und Rechtssicherheit haben: „Keine darf diskriminiert werden, auch die gleichgeschlechtliche nicht.“<sup>183</sup> Aus dem P07 geht hervor, dass sie nichteheliche Lebensgemeinschaften und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften unterstützt.

Familienpolitik dreht sich vor allem um Kinder und deshalb auch um Schwangerschaft. Das P89 stellt fest, dass die Verantwortung für einen Schwangerschaftsbruch bei der Frau liegt. Die SPD erkennt das Selbstbestimmungsrecht der Frau an: „Die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs hat nicht zum Schutz werdenden Lebens, sondern seit jeher mehr zur Bedrohung und Demütigung von Frauen geführt.“<sup>184</sup> Es ist interessant anzumerken, dass die Partei im Programm das Recht der Frau auf Abtreibung nicht explizit formuliert. Stattdessen werden Lebensverhältnisse gefordert: „in denen sich Frauen nicht zum Schwangerschaftsabbruch gezwungen sehen.“<sup>185</sup> Im P07 wird das Thema Abtreibung überhaupt nicht behandelt. Hier kann man sich die Frage stellen, ob das Fehlen dieses Thema damit zusammenhängt, dass die SPD – wie im nächsten Abschnitt besprochen wird – im P07 deutlich eine Familienpolitik zu entwickeln versucht, die dazu beitragen kann, die Geburtenrate Deutschlands zu erhöhen. Die Partei könnte es daher als kontraproduktiv ansehen, dem Thema Abtreibung Platz zu widmen.

---

181 Siehe Kapitel 5.3

182 P89, S. 22 und P07, S. 65.

183 P89, S. 22.

184 Ebd.

185 Ebd.

Was die Familienpolitik anbelangt, werden in beiden Programmen Kinder besonders hervorgehoben. Familienpolitik ist Kinderpolitik.<sup>186</sup> Der gemeinsame Nenner der Programme ist der Wunsch nach einer kinderfreundlichen Gesellschaft, wo den verschiedenen Bedürfnissen von Kindern Platz eingeräumt wird. Dazu gehört die Kinderziehung, die eine notwendige Voraussetzung für eine gut funktionierende Gesellschaft ist. Das P89 stellt unter anderem fest: „In den ersten drei Lebensjahren eines Kindes müssen Vater und Mutter Anrecht auf bezahlten Elternurlaub bekommen.“<sup>187</sup> Wie schon erwähnt, scheint es im P07 klar, dass die Partei nach Maßnahmen sucht, um die Geburtenrate Deutschlands zu erhöhen. Sie fordert, dass die Verhältnisse für Familien mit Kindern besser werden. Schon bei der Familiengründung will sie es für jungen Paare leichter machen, „[...] sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen.“<sup>188</sup> Die SPD will dies „durch gute und verlässliche Betreuungsangebote, familiengerechte Arbeitszeiten und finanzielle Hilfe gewährleisten.“

## 5.5 Außenpolitik

Das Thema „Außenpolitik“ ist sowohl im P89 als auch im P07 stark repräsentiert. In beiden Programmen ist es eng mit den Unterthemen Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik verwoben. Die innen- und außenpolitische Situation Deutschlands hat sich zwischen 1989 und 2007 völlig verändert. Das P89 wurde zu einer Zeit ausgearbeitet, in der die SPD im Wesentlichen für eine Politik der Westbindung und Entspannung gegenüber dem kommunistischen Osteuropa eintrat. Die damalige politische Linie war es, die Sicherheit der Bundesrepublik in großem Umfang durch gegenseitige militärische Abschreckung zu gewährleisten. Aus dem P89 geht hervor, dass die SPD einer solchen Politik skeptisch gegenüber stand: „Ost und West haben den Versuch, Sicherheit gegeneinander zu errüsten, mit immer mehr Unsicherheit für alle bezahlt.“<sup>189</sup> Aufrüstung wird von den Gegnern als eine verstärkte Bedrohung und Provokation aufgefasst und sie rüsten dann ihrerseits auf. Die Welt wird folglich noch instabiler. 1989 war die Lage äußerst gefährlich; die Menschen lebten mit der ständigen Bedrohung einer nuklearen Vernichtung. Im P89 wird diesbezüglich festgestellt: „Die Menschheit kann nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen.“<sup>190</sup> Das Zitat beinhaltet eine Warnung; kein Staat soll alleine große internationale

<sup>186</sup> P89, S. 21-23 und P07, S. 60-66.

<sup>187</sup> P89, S. 29.

<sup>188</sup> P07, S. 66.

<sup>189</sup> P89, S. 15.

<sup>190</sup> Ebd.

politische Probleme lösen. Jeder Staat – und das umfasst auch die Mitgliederstaaten des Warschauer Paktes – muss für die Sicherheit anderer Staaten im eigenen Interesse Mitverantwortung übernehmen.

Ende der 1980-iger Jahre fand eine Lockerung der Beziehung zwischen Ost und West statt. Eine militärische Konfrontation schien ständig mehr absurd. Es war jedoch ein Faktum, dass es zwei deutsche Staaten in den Bündnissystemen<sup>191</sup> gab, die Europa teilten. Die Sicherheit der Bundesrepublik war an die Beziehung zur DDR und an die übrigen osteuropäischen Staaten gebunden und wesentlich von den Großmächten determiniert. Ein sicherheitspolitisch solides Verhältnis zum Ostblock war nur im Rahmen einer umfassenden Ost-West Annäherung möglich. Willy Brandts Formel der Entspannung war der sogenannte „Wandel durch Annäherung“. Diese organisierte Zusammenarbeit von Staaten (Multilateralismus) trug zur Stärkung von Frieden und Sicherheit bei.

Das P89 wurde gleichzeitig mit den Umwälzungen in der DDR und Osteuropa ausgearbeitet und beschlossen. Man findet allerdings auch nach der Revidierung des Programms keine Erklärung zur Wiedervereinigung der beiden Staaten. Es ist immer noch von zwei deutschen Staaten die Rede.<sup>192</sup> Im Programm findet man außerdem Formulierungen, die sich immer noch auf den Kalten Krieg zu beziehen scheinen. Es wird nämlich angedeutet, dass die SPD eine Sicherheitspolitik möchte, die nicht als Provokation aufgefasst werden kann: „Die Frage der Nation bleibt den Erfordernissen des Friedens untergeordnet.“<sup>193</sup> Es scheint kaum berücksichtigt worden zu sein, dass der Kalte Krieg zum Zeitpunkt der Revidierung im Jahr 1998 seit langem vorbei und Deutschland wiedervereinigt worden war.

Das P89 misst der EG<sup>194</sup> große außenpolitische Bedeutung bei. Die SPD hat folgende Vision: „Wir wollen die Europäische Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten von Europa weiterentwickeln.“<sup>195</sup> Schon seit dem Heidelberger Programm (1925) wünscht sich die SPD Vereinigte Staaten von Europa. Die SPD ist der Meinung, dass die EG nicht nur zum Frieden beiträgt, sondern auch den Frieden außerhalb Europas fördert. Die SPD möchte Konflikte zwischen Staaten und innerhalb einzelner Staaten aus der Überzeugung heraus zu lösen helfen, dass die Sicherheit Deutschlands am Besten gewährleistet ist, wenn auch an anderen

---

191 Die NATO und der Warschauer Pakt.

192 Siehe Kapitel 2.10.

193 P89, S. 17.

194 Ab 1993 die EU genannt.

195 P89, S. 49.



Orten der Welt Frieden herrscht. Eine europäische Friedensordnung würde den Abzug von sowohl amerikanischen als auch sowjetischen Streitkräften in Deutschland ermöglichen. Das P89 hat diesbezüglich Visionen, aber es wird nichts Konkretes gesagt. Vielleicht hat die Bedrohung durch den Warschauer Pakt bewirkt, dass die Partei Frieden und Sicherheit mit der Entwicklung der EG verkoppelt. Die SPD meint, dass die EG, in dem sie der Konfrontation der Weltmächte entgegenwirkt, eine Chance für den Frieden in ganz Europa sei.<sup>196</sup> Die Partei will, dass die EG alle Demokratien Europas als Mitglied aufnehmen soll, und sie wünscht auch, dass die EG dazu bereit ist, „vielfältige Formen enger Kooperation mit allen Ländern Osteuropas anzubieten, um damit die Spaltung Europas zu überwinden.“<sup>197</sup>

Im P07 äußert sich die SPD ausführlicher und konkreter zum Thema Sicherheit als im P89. In Europa wird die gute Beziehung zu Frankreich unterstrichen und gleichfalls, dass die Partei eine ähnliche Beziehung zu Deutschlands Nachbarn im Osten, Polen, für wichtig hält. Frankreich und den neuen EU-Mitgliedstaaten soll durch die EU eine friedliche Koexistenz mit Deutschland gesichert werden. Wie im P89 sieht die SPD eine gesamteuropäische Zusammenarbeit als Möglichkeit, Frieden und Sicherheit zu gewährleisten.

Nach dem Fall der Mauer ging der Integrationsprozess in Europa schnell vor sich und ist auf mehreren Ebenen sehr weit gekommen. Ehemalige Feinde sind der EU beigetreten und haben jetzt im großen Ausmaß übereinstimmende Sicherheitsinteressen mit den übrigen Staaten. In Übereinstimmung mit dieser Entwicklung strebt die SPD im P07 eine gemeinsame Außen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik an. Die Partei wünscht, dass die Armeen der Mitgliederstaaten enger zusammenwachsen, um langfristig eine europäische Armee zu bilden.<sup>198</sup> Das sind konkrete Hinweise darauf, dass sie einen tiefen Zusammenhalt in der Organisation anstrebt und dass sie die EU als ein wichtiges Fundament für die Sicherheitspolitik ansieht. Außerdem drückte die SPD schon während des Kalten Krieges den Wunsch aus, dass die Europäische Gemeinschaft „eine europäische Währung schaffen“<sup>199</sup> sollte. Die Währungseinheit würde zu einer verbesserten Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher und damit auch auf außen- und sicherheitspolitischer Ebene führen. Wie im P89 ist die Partei im P07 also davon überzeugt, dass die nationale Sicherheit am Besten durch enge Zusammenarbeit in dieser internationalen Institution garantiert wird.

---

196 P89, S. 16-17.

197 Ebd.

198 P07, S. 29-30.

199 P89, S. 39.

Ziel der SPD-Politik ist es, dass das wiedervereinigte Deutschland keinesfalls eine Bedrohung für die europäische Zusammenarbeit darstellen soll. Deshalb kann Deutschland seine Souveränität am Besten im Rahmen der EU bewahren. Die Partei strebt im P07 nun eine noch größere Erweiterung der EU an, nämlich eine eventuelle EU-Mitgliedschaft der Türkei. In Bezug auf eine EU-Mitgliedschaft der Türkei gibt es viele kritische Stimmen, darunter von Seiten der CDU unter Angela Merkel und des französischen Staatsoberhauptes Nikolas Sarkozy. Die SPD hingegen meint, dass eine türkische EU-Mitgliedschaft für die deutsche und gesamteuropäische Sicherheit von Bedeutung sein kann, weil die Türkei als EU-Mitglied eine wichtige Verbindung zu anderen islamischen Staaten darstellen würde. „Eine Türkei, die sich europäischen Werten verpflichtet fühlt, kann eine wichtige Brücke zu anderen islamischen Ländern werden.“<sup>200</sup> Der Wunsch, eine türkische EU-Mitgliedschaft zu erreichen, hat möglicherweise noch ein anderes Motiv – nämlich türkische Migranten als Wähler zu gewinnen. 2008 gab es 1 688 370<sup>201</sup> türkische Migranten in Deutschland, die damit eine einflussreiche Wählergruppe darstellen.

Im P89 skizziert die SPD, wie erwähnt, den Plan eine europäische Friedensordnung zu erreichen und ihr langfristiges Ziel ist es, „die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen.“<sup>202</sup> Sie möchte aber, bis diese Friedensordnung durchgeführt ist, die Sicherheitsinteressen des Landes durch die NATO wahrnehmen, in der die Bundesrepublik seit 1955 Mitglied ist:<sup>203</sup> „Bis dahin findet die Bundesrepublik Deutschland das ihr erreichbare Maß an Sicherheit im Atlantischen Bündnis, voraussetzt, sie kann ihre eigenen Sicherheitsinteressen dort einbringen und durchsetzen, auch ihr Interesse an gemeinsamer Sicherheit.“<sup>204</sup>

Als der Eiserner Vorhang existierte und die Welt in zwei Machtblöcke geteilt war, sah die SPD neben einer ständig tieferen Integration in die EG und einer guten Beziehung zu den osteuropäischen Staaten keine andere realistische Alternative für die westdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik als eine NATO-Mitgliedschaft. Nach der Wiedervereinigung befand sich Deutschland in einer völlig neuen Situation. Die Sowjetunion war gescheitert und in

---

200 P07, S. 30.

201 Destatis (www), *Ausländische Bevölkerung*.

202 P89, S. 15.

203 Es kann auch hier angemerkt werden, dass sich das Programm auch hier immer noch der NATO das alte Ostblock Bündnis – der Warschauer Pakt – gegenüberstellt.

204 P89, S. 15-16.

Osteuropa war der Kommunismus gefallen. Nach der Wiedervereinigung war Deutschland ein mächtiger Staat geworden, der nun in der Außenpolitik theoretisch wieder eine große Rolle spielen konnte – eine Situation der viele skeptisch gegenüberstanden, besonders die damalige britische Premierministerin Margareth Thatcher fürchtete Deutschlands eventuelle Machtentfaltung.<sup>205</sup> Es gibt aber im P07 kein Zeichen darauf, dass die SPD mit ihrer traditionellen Sicherheits- und Entspannungspolitik zu brechen wünscht: „Wir knüpfen an die erfolgreiche Entspannungspolitik Willy Brandts in Europa an, für die das Konzept gemeinsamer Sicherheit, vertrauensbildende Schritte und wirtschaftliche wie zivile Zusammenarbeit wichtige Elemente waren.“<sup>206</sup> Es ist daher interessant anzumerken, dass die SPD auch nach dem Mauerfall und der Auflösung dieser Machtblöcke immer noch stark für eine NATO-Mitgliedschaft plädiert. Die neue Rolle der NATO wird im P07 kaum besprochen. Die SPD erwähnt nur, dass sie auch einer Osterweiterung der NATO positiv gegenüber steht.

Im P07 strebt die SPD eine atomwaffenfreie Welt an und stellt fest, dass eine gute Beziehung sowohl zu den USA als auch zu Russland wichtig ist, um die Sicherheitsinteressen Deutschlands am Besten wahrzunehmen. Um ein gutes und konstruktives Verhältnis zu Russland zu erreichen, tritt die SPD „für den Abzug sämtlicher Atomsprengköpfe, die auf deutschem Boden lagern“<sup>207</sup> ein. In der offiziellen Politik stellte sich Parteivorsitzender Kurt Beck auch einen amerikanischen Raketenschild in den osteuropäischen NATO-Ländern kritisch gegenüber, weil damit „die Gefahr [bestehe], dass wir in eine neue Aufrüstungsspirale hineinkommen“<sup>208</sup>, und betonte die Notwendigkeit, „ein hohes Interesse an einem gutnachbarschaftlichen Verhältnis zu Russland haben.“<sup>209</sup> Die Realpolitik der SPD auf diesem Punkt stimmt also mit dem P07 gut überein.

Gerade aber Deutschlands Linie gegenüber Russland hat in der Großkoalition zu einer Diskrepanz zwischen den im SPD-Parteiprogramm formulierten Zielen und der Realpolitik des SPD-Außenministers geführt: In der NATO findet heute eine Auseinandersetzung über die Osterweiterung der Organisation statt. Die USA plädieren für eine schnelle Mitgliedschaft von Georgien und der Ukraine, beides Staaten geographisch sehr nahe bei Russland liegen. Für Deutschland ist das ein heikles Problem. Russland sieht die

205 Dinan, 2004, S. 240-244.

206 P07, S. 20.

207 P07, S. 24.

208 Focus Online (www), *SPD kritisiert Vertragsabschluss*.

209 Ebd.

vorgeschlagene Osterweiterung der NATO als eine Provokation und droht mit Sanktionen und Aufrüstung. Als Europas wichtigster Energielieferant könnte Russland Deutschland durch eine reduzierte Energielieferung lähmen. Das würde die deutsche Industrie und Wirtschaft hart treffen. Am 9. November 2007 sagte SPD-Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier: „Wir brauchen Russland in der gemeinsamen Verantwortung für Stabilität weltweit – auf dem Balkan, im Nahen und Mittleren Osten, bei der Rüstungskontrolle und in Energiefragen.“<sup>210</sup> Steinmeier sprach sich später skeptisch in Bezug auf eine schnelle Mitgliedschaft von Georgien und der Ukraine aus<sup>211</sup>, weil sich eine Osterweiterung der NATO in der gegenwärtigen politischen Situation nur schwer mit einer guten und soliden Beziehung zu Russland vereinbaren lässt. Der im P07 ausgedrückte Wunsch nach größerer Sicherheit durch eine NATO-Mitgliedschaft osteuropäischer Staaten ist daher in der Praxis schwer durchführbar, weil dies der deutschen und europäischen Industrie und Sicherheitsinteressen schaden kann.

Hier muss allerdings bemerkt werden, dass Steinmeiers realpolitische Ablehnung einer Osterweiterung der NATO gut mit dem in beiden Programmen hervorgehobenen Wunsch nach globaler Abrüstung übereinstimmt – weil eine Erweiterung des Militärbündnisses möglicherweise zu mehr Aufrüstung führen könnte.

Im P89 treten Begriffe wie „Entspannung“ und „gemeinsame Sicherheit“ auf und stehen im Zusammenhang mit der Zweiteilung Deutschlands und der militärischen Blockteilung Europas. Im P07 steht auf Grund der seit 1989 wesentlich geänderten Situation nicht mehr die klassische Entspannungspolitik im Fokus. Jetzt verwendet die SPD die Bezeichnung „neue Entspannungspolitik“ und diese bezieht sich jetzt auf globale Konflikte und andere internationale Fragen, wie zum Beispiel eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und Menschenrechte. In der Darlegung der Außenpolitik treten Begriffe wie zum Beispiel „Fortentwicklung“, „Dialog“, „übereinstimmende“, „gemeinsame“ und „zusammenwachsen“ auf.<sup>212</sup> Das sind positive Begriffe, die den Willen zur Integration und Gemeinschaft unterstreichen. Als Probleme, die die Sicherheit und Stabilität bedrohen, werden steigende Armut und ökologische und klimatische Auswirkungen der Industrialisierung hervorgehoben. Diese Probleme werden auch im P89 berührt, aber im P07 eingehender besprochen. Die SPD sieht eine Gefahr darin, dass auf Grund der ungerechten Verteilung knapper Ressourcen, wie

---

210 Auswärtiges Amt (www), *Strategische Partnerschaft mit Russland*.

211 Spiegel Online (www), *Steinmeier gegen rasche Mitgliedschaft von Georgien und der Ukraine*.

212 P07, S. 29-30.

Wasser und Energiequellen, Krieg entstehen könnte. Auch das Konfliktpotential kultureller und religiöser Gegensätze in der Welt wird im P07 deutlicher hervorgehoben. Es wird diesbezüglich die Bezeichnung „umfassende Sicherheitspolitik“ angewendet, aber das Programm ist hier wenig konkret. Die Partei betont nur, dass es wichtig sei, die Ursachen kultureller und religiöser Konflikte zu identifizieren und hebt hervor, dass Dialog und Versöhnung notwendig sind um solche Probleme zu verhindern.<sup>213</sup>

Die Bundesrepublik ist seit 1973 Mitglied der Vereinten Nationen. Im P89 drückt die SPD den Wunsch aus, diese Organisation in der Friedenssicherung zu stärken und ihre Bedeutung zu vergrößern. Dies könne nur geschehen, „wenn die Nationalstaaten bereit sind, ihnen [den Vereinten Nationen] mehr Kompetenzen und Aufgaben zu übertragen.“<sup>214</sup> Wie man dieser Aufgabe gerecht werden soll, wird im Programm nicht näher erklärt. Sie kann allerdings nicht ohne Mitwirkung und Einigkeit der Großmächte wie den USA, Russland und China durchgeführt werden. Im P07 fordert die SPD, dass die Institutionen der Vereinten Nationen reformiert und demokratisiert werden müssen, um die Legitimität der Organisation zu stärken. Aber auch in diesem Programm finden wir wenig Konkretes. Was mit den Ausdrücken „reformiert und demokratisiert“ gemeint ist, wird nicht näher besprochen.

Im P89 betont die SPD, dass sie eine Weltgesellschaftsordnung durch die Vereinten Nationen erreichen will. Angeführt wird, dass durch die Vereinten Nationen „der Weltfrieden gesichert, wirtschaftliche Macht politisch kontrolliert, Rohstoffe, Technologie und Wissen gerecht verteilt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft geschützt werden können.“<sup>215</sup> Es wird festgestellt, dass die Vereinten Nationen „neu strukturiert und handlungsfähiger gemacht werden“<sup>216</sup> sollen. Die SPD strebt eine Reform des Sicherheitsrates an. Sie will, dass Deutschland ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen werden soll. Außerdem will sie, dass die Vetopositionen im Rat abgeschafft werden sollen. Es scheint aber unrealistisch, dass Staaten wie die USA, Russland und China eine solche Reform akzeptieren würden, weil dadurch ihre Position geschwächt würde. Mit ihrem Wunsch nach einer ständigen Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat möchte die Partei zeigen, dass sie den Einfluss Deutschlands auf die internationale Friedens- und Sicherheitspolitik fördern will. Außer den oben beschriebenen

---

213 P89, S. 13 und P07, S. 25.

214 P89, S. 19.

215 Ebd.

216 Ebd.

Maßnahmen ist aber die Partei wenig konkret, was die Reform des Sicherheitsrates anbelangt. Hier soll angemerkt werden, dass die Organisation während des Kalten Krieges, wegen der zwei feindlichen Machtblöcke im Sicherheitsrat, gewissermaßen gelähmt war, und daher keine wichtigen Veränderungen durchgeführt werden konnten. Obwohl die Vereinten Nationen eine attraktive Organisation für Parteien ist, könnten die vagen Äußerungen über die Vereinten Nationen Resultat des Kalten Krieges sein.

Im P07 wünscht sich die Partei, dass die Vereinten Nationen „einen Globalen Rat [...] für Wirtschafts,- Sozial- und Umweltpolitik“<sup>217</sup> errichten. Wie aber dieser Rat aussehen soll, wird nur vage ausgeführt: „Alle Regionen und die internationalen Handels- und Finanzinstitutionen sollen in diesem Rat hochrangig vertreten sein.“<sup>218</sup>

In beiden Programmen wird die Notwendigkeit der Bundeswehr für die Friedenssicherung hervorgehoben. Die Programme unterscheiden sich aber in ihrer Rechtfertigung eines eventuellen Einsatzes der Bundeswehr. Während die Partei im P89 einen Militäreinsatz ausschließlich für Verteidigungszwecke rechtfertigt, öffnet sie im P07 für Einsätze für die Stabilisierung des Friedens, „wenn andere Mittel nicht ausreichen [...]“<sup>219</sup>, allerdings nur dann, wenn „die [Missionen] durch ein völkerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Nationen legitimiert sind.“<sup>220</sup> Beide Programme unterstreichen, dass man die sozialen Ursachen von Kriegen beseitigen muss, um Frieden und Sicherheit zu bewahren. Im P89 stellt die Partei fest, dass die Bundeswehr auf der Wehrpflicht beruhen soll.<sup>221</sup> Auch im P07 will die SPD die Wehrpflicht erhalten, betont aber diesmal das Recht, den Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Angesichts der neuen Konflikte außerhalb Deutschlands ist die Kriegsdienstverweigerung ein aktuelles Thema.

Nach dem Ende des Kalten Krieges stand die Welt mehreren internationalen Konflikten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegenüber. Im ehemaligen Jugoslawien wurden von der kommunistischen Partei ethnische und religiöse Gegensätze in Schach gehalten. Nach dem Scheitern der Sowjetunion und dem Fall der kommunistischen Regime kamen aber auf

---

217 P07, S. 22.

218 Ebd.

219 Am 7. November 2001 beantragte die Bundesregierung unter Gerhard Schröder beim Bundestag die Zustimmung zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. (AG Friedensforschung an der Uni Kassel, (www), *Bundeswehr nach Afghanistan? Es wird ernst.*)

220 P07, S. 25-26.

221 P89, S. 16.

dem Balkan wieder jene nationalistischen Strömungen auf, die die Region schon vor der kommunistischen Epoche geprägt hatten. Das Aufkommen nationalistischer Tendenzen führte in den 1990-iger Jahren zu den Kriegen auf dem Balkan, die die Stabilität in Europa bedrohten. 1999 beteiligte sich Deutschland unter der rot-grünen Regierung an den Luftangriffen der NATO auf Serbien. Die NATO-Einsätze auf dem Balkan gingen über ihren kollektiven Verteidigungsauftrag hinaus und hatten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen keine einstimmige Anerkennung. Im deutschen Fernsehen am 4. April 1999 gab Schröder folgende Erklärung zum Militäreinsatz ab: „Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern.“<sup>222</sup> Im P89 erklärt die Partei, dass die Sicherung des Weltfriedens ausschließlich bei den Vereinten Nationen liege. Dass die Vereinten Nationen die Konflikte auf den Balkan nicht zu lösen vermochten, kann als Erklärung gesehen werden, warum die Partei im P07 nun auch für alternative Lösungen internationaler Konflikte offen ist.

Neben den Balkankriegen waren die letzten zwanzig Jahre von folgenden schwierigen militärischen Auseinandersetzungen geprägt: dem ersten Irakkrieg 1990/91, dem Militäreinsatz in Afghanistan, der 2001 startete, und dem zweiten Irakkrieg, der 2003 begann. Die Einsätze in Afghanistan und Irak wurden beide als Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus in Gang gesetzt. Deutschland stand dem Dilemma gegenüber, ob es sich an den Konflikten beteiligen sollte und gegebenenfalls auf welche Weise.<sup>223</sup> Was die Bekämpfung des internationalen Terrorismus angeht, unterstreicht die SPD im P07, dass Terrorismus nicht als Krieg zu betrachten ist, sondern als ein Verbrechen, und dass dessen Bekämpfung vor allem eine Aufgabe der zivilen Gesellschaft sei. Beim internationalen Kampf gegen Terror kann aber ein militärischer Einsatz als absolut letztes Mittel angewendet werden.

Vorbeugende Maßnahmen wie Friedensmissionen und Auslandseinsätze der Bundeswehr, die den Verfall anderer Staaten verhindern sollen, werden im P07 als deutsches Eigeninteresse gesehen. Die Einbeziehung deutscher Streitkräfte in internationale Konflikte wird im Programm mit dem Wort „Verantwortung“ verknüpft. Seit 2001 unterstützt die SPD die Militäreinsätze der NATO in Afghanistan, und seit 2003 beteiligt sich Deutschland durch den

---

222 Lafontaine, 1999, S. 240.

223 SPDs Umgang mit Konflikten war immer problematisch. In den 1960-iger Jahren zum Beispiel führte USAs Krieg in Vietnam in der Partei zu Kontroversen. Er wurde besonders von den Jusos stark kritisiert.

ISAF-Einsatz<sup>224</sup> der Bundeswehr sogar an Militäroperationen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bezeichnete in seiner Resolution 1368 die Terror-Anschläge auf die USA am 11. September 2001, die der auslösende Faktor für den Militäreinsatz waren, als „Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit [...]“.<sup>225</sup> Die Resolution definierte die Terror-Anschläge als Angriffshandlung und unterstrich das Recht auf Selbstverteidigung. Nach der Auffassung der rot-grünen Regierung legitimierte damit die Resolution die Anwendung des Artikels 5 des NATO-Vertrages und daher den Einsatz in Afghanistan. Indem sich die Partei im P07 für die Einbeziehung deutscher Soldaten in friedensichernde Aktionen außerhalb Deutschlands öffnet, scheint sie die offizielle Politik und die Teilnahme an Militäroperationen in Afghanistan zu legitimieren. Jedoch lehnt die Partei im P07 wie zuvor im P89 jede Form von Angriffs- und Präventivkriegen ab und der Einsatz militärischer Mittel bleibt für die Partei letzter Ausweg, wenn alle möglichen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen ohne Ergebnisse versucht worden sind.<sup>226</sup> Dies kann eine Ursache für die Ablehnung einer Beteiligung am Irak Krieg sein.<sup>227</sup>

Im P07 werden internationale Konflikte besprochen, die die deutsche Sicherheit betreffen und die im P89 nicht zu finden sind. Einige dieser Konflikte sind neu, andere wurden von den damals als die größte Bedrohung gesehenen Spannungen zwischen dem Ost- und Westblock verdrängt, denen im P89 alle Aufmerksamkeit gewidmet wird. Im P07 wird unter anderem zum Nahostkonflikt<sup>228</sup> Stellung genommen, wo sich die SPD konkret für die Errichtung eines palästinensischen Staates einsetzt, also für eine Zwei-Staaten Lösung. Diese Haltung stimmt mit der offiziellen Politik der SPD überein. Beim Antrittsbesuch des israelischen Außenminister Avigdor Lieberman in Berlin am 7. Mai 2009 sagte Steinmeier: „Ich habe die klare Erwartung, dass die neue israelische Regierung am Friedensprozess im Nahen Osten festhält und mit Energie die Zwei-Staaten-Lösung verfolgt.“<sup>229</sup>

Während sich die SPD im P89 über die außenpolitische Situation sehr beunruhigt zeigt, herrscht, trotz der militärischen Teilnahme Deutschlands an verschiedenen Konflikten, im P07 Optimismus. Im Programm wird festgestellt: „Die Menschheit kann zum ersten Mal in

---

224 International Security Assistance Force.

225 Dokument Archiv (www), *Resolution des UN-Sicherheitsrat 1368 (Übersetzung) vom 12. September 2001.*

226 P07, S. 25.

227 Dieses Thema ist sehr komplex und würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen.

228 Dieser Konflikt begann jedoch nach dem Ersten Weltkrieg und ist immer noch aktuell.

229 Focus Online (www), *Steinmeier mahnt Israel zu Zwei-Staaten-Lösung.*



ihrer Geschichte die existenziellen Probleme nur noch gemeinsam lösen.<sup>230</sup> Das Zitat muss im geschichtlichen Kontext verstanden werden: 1990 war das wiedervereinigte Deutschland Mitglied der NATO geworden und der Warschauer Pakt hatte sich 1991 aufgelöst. Seither sind ehemalige Feinde sowohl in die NATO als auch in die EU eingetreten.<sup>231</sup>

Wie erwähnt ist in beiden Programmen Entwicklungspolitik eng mit dem Thema Außenpolitik verbunden. Die SPD stellt im P89 fest: „Ohne einen Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird die Zukunft der ganzen Menschheit gefährdet.“<sup>232</sup> Man erfährt aber nur, dass armen Ländern gegenüber eine gerechte Politik geführt werden muss, um eine umweltfreundliche und dauerhafte Entwicklung zu ermöglichen, so dass den Menschen der Dritten Welt ein menschenwürdiges Leben gesichert werden kann. Es wird sehr viel über die Politik gegenüber der Dritten Welt gesagt, allerdings sehr vage formuliert. Diesen Staaten muss geholfen werden damit sie ein besseres Gesundheitswesen und eine funktionierende Landwirtschaft bekommen. Frauen in der Dritten Welt müssen ihre Entwicklungswege mitbestimmen können, damit dauerhafter Fortschritt ermöglicht und mit den Bedürfnissen heutiger und künftiger Generationen vereinbart werden kann. Um das zu ermöglichen, erstrebt die SPD eine neue und gerechte Weltwirtschaftsordnung, die eine dauerhafte Entwicklung für alle ermöglicht. Das P89 verlangt außerdem dass „internationale Institutionen umgestaltet und mit entsprechenden Rechten ausgestattet werden.“<sup>233</sup> Wie diese Ziele konkret erreicht werden können, wird im Programm nicht näher ausgeführt. Man erfährt nur, dass das System der Apartheid in Südafrika fallen muss, dass die Entwicklungsländer gleichberechtigte Partner in Verhandlungen mit den Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und von GATT<sup>234</sup> sein sollen.<sup>235</sup> Konkreter ist das P07, wenn gefordert wird, dass „die Industrieländer im Rahmen der Welthandelsorganisation ihre Märkte öffnen und die Subventionierung ihrer Agrarexporte Schritt für Schritt reduzieren und schließlich beenden“<sup>236</sup> müssen. Außerdem wird festgestellt, dass der Anteil, der vom

---

230 P07, S. 19.

231 Die ehemals kommunistischen Staaten Ungarn, Polen und Tschechien sind seit 1999 Mitglieder der NATO und Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen, Slowenien und die Slowakei seit 2004. Seit 2004 sind Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien und die Slowakei EU-Mitglieder und 2007 traten auch Rumänien und Bulgarien der EU bei.

232 P89, S. 17.

233 P89, S. 18.

234 General Agreement on Tariffs and Trade.

235 Die Revidierung des Programms berücksichtigt nicht, dass das Apartheidregime in Südafrika 1991 gefallen war.

236 P07, S. 24.

Bruttoinlandsprodukt für Entwicklungshilfe ausgegeben werden soll, bis 2015 auf 0,7 % erhöht werden soll.

In der Zeit des Ost-West Gegensatzes waren die Großmächte fast nur an der strategischen Bedeutung der Länder des Südens interessiert und versuchten, durch sie politischen Einfluss, zu gewinnen. Die SPD sieht Maßnahmen für wirtschaftliches Wachstum als moralische Verantwortung gegenüber Menschen in der Dritten Welt. Wo Menschen von Hunger und Elend bedroht sind, gibt es schlechte Bedingungen für Frieden und politische Stabilität. Ihre Lebenssituation zu verbessern, liegt auch im deutschen Sicherheitsinteresse.

Sowohl im P89 als auch im P07 werden die außenpolitischen Ziele der SPD nur sehr oberflächlich dargestellt. Obwohl sich die europäische Politik seit 1989 sehr geändert hat, haben sich die Ziele der SPD für die Außenpolitik Deutschlands nicht wesentlich verändert. In keinem der beiden Programme wird genauer beschrieben wie die gewünschten, oft sehr idealistischen Ziele zu erreichen sind. Es werden kaum konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Wenn man die Darlegung der Außenpolitik in den beiden Programmen kritisch betrachtet, zeigt sich, dass die darin formulierten Ziele mit realpolitischen deutschen Sicherheitsinteressen in Konflikt kommen können. Mit den sehr idealistischen Zielen, die sich die Partei in den Programmen setzt, können viele Wähler angesprochen werden. Es wäre aber ungünstig, allzu konkrete Maßnahmen zu versprechen, die zudem politisch nur schwer durchführbar sind, weil so das Versprochene schnell gebrochen werden würde. Man kann die SPD verdächtigen, konkrete und politische Maßnahmen bewusst nur sehr vage zu skizzieren, um sich in der Realpolitik ein breites Spektrum an Optionen offen zu lassen. Die SPD erscheint so als typische Volkspartei.

Die Partei sieht in den beiden Programmen die EU als ein Friedensprojekt, das durch ständig stärkeren Zusammenhalt mehr Stabilität und Sicherheit gewährleisten soll. NATOs neue Rolle nach dem Fall des Kommunismus wird im P07 kaum besprochen, aber die offizielle Politik der SPD ist ein Zeichen dafür, dass die Partei diese Organisation immer noch als Sicherheitsgaranten ansieht. Die praktische Politik der Partei macht deutlich, dass sie militärische Operationen der NATO als ein Instrument für Stabilitätsicherung sieht, wenn andere Lösungen nicht möglich sind. Die SPD ist dem Multilateralismus sehr positiv gegenüber eingestellt, da dieser eine tiefere Interessenverflechtung zwischen den Staaten und den Völkern erzielen kann. Damit setzt die Partei voraus, dass eine Zusammenarbeit über die

Landesgrenzen hinweg im Allgemeinen zu einem besser entwickelten Verständnis zwischen den Menschen und Kulturen beiträgt.

## 6 Zusammenfassende Betrachtungen

Die in dieser Arbeit abgehandelten Grundsatzprogramme sind umfassende Dokumente. Sie greifen für die Partei wichtige Themen auf und enthalten Zukunftsvisionen. Mein Vergleich der Programme hatte zum Ziel ihre Ähnlichkeiten und Unterscheide aufzudecken und mich damit auseinanderzusetzen. Die Hauptfrage meiner Arbeit lautete „welche Unterscheide und Ähnlichkeiten gibt es zwischen dem P89 und P07?“. Um diese Frage entsprechend beantworten zu können, war es notwendig die Programme in einem geschichtlichen Kontext zu betrachten und auch auf die offizielle Politik der SPD einzugehen. Im Zuge meines Vergleichs versuchte ich herauszufinden, ob nur geringfügige Veränderungen durchgeführt wurden oder ein grundlegender Profilwechsel stattgefunden hatte.

In beiden Programmen werden soziale Probleme und politische Herausforderungen der Gesellschaft besprochen. Die SPD befürwortet die soziale Marktwirtschaft und möchte den negativen Seiten der Arbeitsgesellschaft entgegenwirken. Beide Programme betonen die Wichtigkeit politischer Verantwortung für die sozialen Verhältnisse in der Gesellschaft. Für die SPD ist soziale Sicherheit ein Bürgerrecht. In beiden Programmen wird deutlich, dass sie besonders für die Rechte schwächerer Bevölkerungsgruppen eintritt. Ihnen soll wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit zu Teil werden. In einer Zeit der Globalisierung, der Unsicherheit und des Individualismus zeigen die Programme, dass die SPD die Rechte und Würde der Menschen verteidigt. In beiden Programmen wird ein ähnliches Menschenbild skizziert. Die SPD glaubt an die positiven Eigenschaften der Menschen und dass sie daher ihr eigenes Leben frei und selbstbestimmt gestalten können.

Beide Programme betonen, dass es sowohl wirtschaftliche als auch politische Herausforderungen gibt, dass aber die Politik der Partei Fortschritt bedeutet. In keinem der beiden Programme wird allerdings der Begriff Fortschritt klar definiert. Im P89 wird Fortschritt mit einer Verbesserung der Lebensqualität assoziiert. Das Programm sieht wirtschaftliches Wachstum und die Umweltverschmutzung als ernsthafte Bedrohungen für die Menschheit. Im P07 wird nun der Begriff nachhaltiger Fortschritt verwendet. Es wird auch hier dem Umweltschutz und der Wirtschaft viel Aufmerksamkeit gewidmet, aber es ist weniger vom Pessimismus der 1980-iger Jahre geprägt und es wird kein so dunkles Bild gezeichnet wie im P89.

Das P89 blickt öfter zurück in die Geschichte der Partei als das P07, und hebt hervor, dass Gerechtigkeit immer ein wichtiges Anliegen für die Arbeiterbewegung gewesen ist. Gerechtigkeit soll auf allen Ebenen der Gesellschaft erlebt werden. Im P89 erweist sich die SPD dazu bereit große Mengen staatlicher Mitteln aufzuwenden, um mehr soziale Gerechtigkeit zu erlangen. Wie im P89 versteht sich die SPD auch im P07 als die linke Volkspartei, als die sie sich seit dem P59 profiliert hat. Im P07 zeigt sie sich aber sparsamer was den Verbrauch staatlicher Mittel anbelangt. Deshalb entsteht der Eindruck, dass im P89 auf die Rolle eines aktiven Staates mehr Gewicht gelegt wird als im P07.

In der SPD gibt es unterschiedliche Meinungen über den Parteikurs. In der SPD-Bundestagsfraktion existieren drei unterschiedliche Gruppierungen. Alle drei bekennen sich zu den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die die Leitgrundsätze der beiden Programme sind. Sie sind sich aber oft über konkrete politische Entscheidungen und Maßnahmen uneinig, also darüber wie den unterschiedlichen gesellschaftlichen Herausforderungen begegnet werden soll. Ein gutes Beispiel ist hier die Agendapolitik. Man kann also sagen, dass die Methoden Ziele zu erreichen in der Partei für Auseinandersetzungen sorgen, nicht aber die Ziele an sich. Seit dem P59 verfolgt die SPD den Weg des so genannten „demokratischen Sozialismus“. Im P89 ist diese ideologische Richtung deutlicher zu erkennen als im P07. Es lässt sich jedoch feststellen, dass die seit dem Godesberger Programm angegebene ideologische Richtung auch das P07 prägt. Dieses geschichtliche Fundament macht einen wichtigen Teil der Identität der SPD aus. Im P07 kommt der Begriff demokratischer Sozialismus allerdings wesentlich seltener vor als im P89 und so entsteht der Eindruck, dass Sozialismus als Weg in Richtung Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht mehr so wichtig ist. Anders gesagt: Nun bekommt man den Eindruck, dass die soziale Marktwirtschaft gestärkt werden soll.

Im P07 hält die SPD immer noch an den gleichen Grundwerten fest wie im P89. Man kann daher, was die ideologische Basis anbelangt, nicht von einem Profilwechsel sprechen. Das Programm ist jedoch von den Divergenzen geprägt, die es zwischen den Parteiflügeln in Bezug auf Traditionalismus und Reformismus gegeben hat. Obwohl die Partei im P07 deutlich weniger vom demokratischen Sozialismus spricht, hat sie sich nicht ganz von dieser Linie getrennt.

Die SPD möchte sich als positive und handelnde Partei darstellen. Dies wird in beiden Programmen deutlich. Zum Beispiel verwendet die SPD ausschließlich den Begriff Sozialstaat, wenn sie Sozialpolitik bespricht. So wird unter anderem vermittelt, dass die Partei meint, die soziale Sicherheit der Bürger sei die Aufgabe des Staates. In den Ideen der Partei für den Sozialstaat spiegeln sich ihre zentralen Werte. Die SPD betont die Gleichwertigkeit aller Menschen und hebt als wichtig hervor, dass die Gesellschaft für die einzelnen Bürger solidarisch Verantwortung trägt.

Gegen Ende der 1980-iger Jahre war der Sozialstaat der Bundesrepublik sehr gut ausgebaut. – und verursachte daher sehr hohe Kosten. Im P89 gibt es allerdings keine Vorschläge für eine Kostensenkung. Die SPD will den Sozialstaat sogar durch eine Grundsicherung für ältere, behinderte und arbeitslose Menschen weiter ausbauen. Außerdem will die Partei die Psychiatrie verbessern, um zu signalisieren, dass alle gleich viel Würde haben.

In beiden Programmen wird betont, dass der Einzelne nicht nur Rechte im Sozialstaat hat, sondern auch für sich selbst Verantwortung übernehmen muss. Die Pflicht zur Selbstverantwortung wird im P07 deutlicher hervorgehoben. Hier wird konsequent die Bezeichnung vorsorgender Sozialstaat verwendet. Die Idee des vorsorgenden Sozialstaates ist es den Bürgern Hilfe zur Selbsthilfe zu gewährleisten. Sie haben dabei eine Eigenverantwortung. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich der im P07 skizzierte vorsorgende Sozialstaat als ein „präventiver“ Sozialstaat, wo durch vorbeugende Maßnahmen verhindert werden soll, dass soziale Probleme entstehen. Gerechtigkeit ist nun nicht mehr nur gerechte Verteilung von sozialen Gütern sondern eher, dass alle Menschen gleiche Chancen haben sollen, ihr eigenes Leben frei und selbstbestimmt gestalten zu können. Die staatliche Verantwortung wird jetzt als weniger wichtig, die persönliche als immer wichtiger angesehen. Der Sozialstaat soll nicht mehr allein Probleme der Bevölkerung lösen, sondern lediglich gute Rahmenbedingungen für alle schaffen. Es scheint hier durch, dass die SPD der Auffassung ist, dass der Staat nicht mehr im Stande ist die bisher so großzügigen Sozialleistungen zu erhalten. Das P07 deutet aber keinen Wunsch nach Privatisierung an. Es geht nicht um Entstaatlichung. Die Erneuerung ist moderat und unterstreicht immer noch die Rechte der Bürger. Im P07 versteht die SPD die Aufgaben des Sozialstaates anders als im P89 und sieht neue Möglichkeiten sie zu lösen. Die Partei wünscht sich nun einen Sozialstaat, in dem die Bürger selbst eine mehr aktive Rolle spielen und mit Eigenengagement beitragen

müssen. Das Prinzip der Eigenverantwortung ist wichtiger geworden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im P07 jene Änderungen im Sozialsystem begrüßt werden, die die Eigenverantwortung stärken und die im Rahmen der Agendapolitik realisiert wurden.

Im P89 ist die SPD der Meinung, dass es die Pflicht eines sozialen Rechtsstaats ist, für Vollbeschäftigung zu sorgen. Im P07 dagegen wird Vollbeschäftigung nicht mehr als Pflicht sondern als ein Ziel gesehen. Jetzt sollen sich die Bürger selbst den Änderungen auf dem Arbeitsmarkt anpassen. Durch eine Arbeitsversicherung sollen die Bürger Anspruch auf Weiterbildung bekommen, um auf dem Arbeitsmarkt besser qualifiziert zu sein und im Arbeitsleben gut abschneiden zu können.

Die SPD präsentiert sich als eine Partei der Frauen. Das Ziel eine Gleichstellung der Geschlechter auf allen Ebenen der Gesellschaft zu erreichen, stimmt mit den Grundwerten der Partei überein. Im P89 plädiert die SPD für eine Arbeitszeitverkürzung damit sowohl Männer als auch Frauen mehr Möglichkeit bekommen, an sozialen Aktivitäten teilzunehmen. Aus dem P07 geht hervor, dass es kaum geholfen hat, ethische Normen zu formulieren und die Selbstrealisierung der Frauen zu fordern. Die Zielsetzungen sind im P07 aber ähnlich wie im P89. Die Politik der Partei auf diesem Gebiet hat sich also nicht sehr verändert. Es ist hier interessant anzumerken, dass das P07, obwohl es kritisiert, dass Gleichstellungspolitik oft nur aus leeren Phrasen besteht, weniger konkret ist als das P89 was Gleichstellungsmaßnahmen anbelangt. In beiden Programmen fehlen konkrete Ziele, um beiden Geschlechtern gleiche Möglichkeiten für Arbeit und Ausbildung und somit ökonomische Selbständigkeit zu garantieren.

In der Familienpolitik zeigt sich die SPD als eine moderne Partei, die für alle Lebensgemeinschaften offen ist. In beiden Programmen wird es als wichtig hervorgehoben die Gesellschaft Familien freundlicher zu gestalten. Das P07 ist vor allem von dem Wunsch geprägt die Geburtenrate zu erhöhen und es finden sich hier konkretere Zielsetzungen für eine Familien- und Kinderfreundlichere Gesellschaft als im P89. Besonders wichtig sind hier berufstätige Akademikerinnen. Dies kann daraus begründet werden, dass besonders unter Akademikerinnen die Geburtenrate sehr niedrig ist, und die Partei es daher nicht als notwendig sieht, schwächere Bevölkerungsgruppen zu priorisieren.

Seit den 1960-iger Jahren und bis zur Wiedervereinigung standen in der Außenpolitik der Bundesrepublik die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, die Westbindung und die Entspannungsversuche gegenüber dem kommunistischen Osteuropa im Vordergrund. Die Sicherheit der Bundesrepublik war auf die Mitgliedschaft der NATO basiert.

Die Überwindung der europäischen Spaltung, die Wiedervereinigung der deutschen Staaten und die Auflösung der Blöcke in Ost und West haben die außenpolitische Situation Deutschlands nach 1989 völlig verändert.

Im P89 betrachtet die SPD die EG als eine wichtige europäische Friedensordnung und will, dass die Organisation alle demokratischen Länder als Mitglieder aufnehmen soll. Sie zeigt sich auch bereit mit allen Ländern Osteuropas eng zusammenzuarbeiten, um so die Spaltung Europas zu überwinden. Im P89 präsentiert die SPD auch eine Zukunftsvision von vereinigten Staaten Europas. Man findet keine Erklärung zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Die Partei schien sich Sorgen zu machen, dass solche Bestrebungen den Frieden bedrohen hätten können und außerdem wusste sie, dass eine Wiedervereinigung eine Entscheidung der Großmächte gewesen wäre. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die SPD im P89 eine vorsichtige Politik der Annäherung vertritt.

Seit 2004 sind ehemalige Feinde der EU beigetreten, was die EU zu einem noch wichtigeren Fundament für die Sicherheitspolitik macht. Im P07 begrüßt die SPD eine zukünftige EU-Armee. Die Partei ist einer Osterweiterung der EU positiv gegenüber eingestellt, aber möchte aus deutschen Sicherheitsinteressen pragmatisch handeln. Frieden ist nicht nur als Abwesenheit von Krieg zu verstehen. Alle Menschen, nicht nur in Europa, müssen auf den Gebieten der Wirtschaft, der Ökologie und der Menschenrechte zusammenarbeiten. Auch im P89 wurden schon diese Aspekte der Sicherheitspolitik betont, aber sie werden jetzt im P07 in einem größeren Zusammenhang gesehen und stärker hervorgehoben. Im P07 verfolgt die Partei also weiterhin eine politische Linie der Annäherung und versucht so weit wie möglich Konfrontationen zu vermeiden.

Das P89 wurde in einer bipolaren Welt ausgearbeitet. Die außenpolitischen Probleme waren damals anders als in der heutigen multipolaren Welt. In den letzten Jahren hat sich für das NATO-Mitglied Deutschland auf Grund der militärischen Einsätze und der Erweiterung der Organisation eine neue Situation ergeben. Die großen weltpolitischen Umwälzungen haben



auch für die außenpolitische Linie der SPD neue Fragen aufgeworfen, die nun Themen im P07 sind. Trotz der großen Umwälzungen, lässt sich feststellen, dass die außenpolitische Linie der Annäherung in beiden Programmen sehr ähnlich ist.

Abschließend kann gesagt werden, dass das P89 und das P07 im Großen und Ganzen vom gleichen ideologischen Kurs geprägt sind. Im P07 lässt sich allerdings eine geringfügige Neuorientierung der Partei erkennen, die sich auch in ihrer Realpolitik als Regierungspartner widergespiegelt hat. Die Partei scheint im P07 eine pragmatischere Politik zu verfolgen. Diese politische Linie zeichnet sich besonders in den Programmpunkten über die Sozialpolitik ab. Während im P89 die Rolle eines aktiven Staates hervorgehoben wird, der Bürger mit sozialen Problemen durch staatliche Mittel unterstützt, werden im P07 der aktive Bürger und seine Eingedenkverantwortung stärker betont. Es kann also behauptet werden, dass die SPD mit dem P07 – fast zwanzig Jahre nach dem Fall der kommunistischen Regime in Osteuropa – näher an die politische Mitte gerückt ist.

## 7 Literatur und Quellenverzeichnis

### Quellenliteratur

**SPD:** *Berliner Programm, Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.*

[http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/spd\\_berlinerprogramm.pdf](http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/spd_berlinerprogramm.pdf)

(9. 11. 2008)

**SPD:** *Hamburger Programm, Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.*

[http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm\\_final.pdf](http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm_final.pdf)

(22.11. 2008)

### Sekundärliteratur

**Baumann, Tage:** *Europas tyske bygmester - Forbundsrepublikken gennem 50 år.* København: Fremad, 1998.

**Bernstein, Eduard:** *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie.* Stuttgart: J. H. W. Dietz, 1899.

**Dinan, Desmond:** *Europe Recast, A History of European Union.* Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2004.

**Flechtheim, Ossip Kurt:** *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945.* Berlin: Dokumenten-Verlag H. Wendler, 1962.

**Gabriel, Oscar W., Oskar Niedermayer und Richard Stöss:** *Parteiendemokratie in Deutschland.* In Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 338, 1997.

**Gebauer, Annetrin:** *Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.

**Grebing, Helga:** *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert.* Berlin: vorwärts buch, 2007.

**Gröf, Wolfgang:** *In der frischen Tradition des Herbstes 1989: die SDP/SPD in der DDR: Von der Gründung über die Volkskammerarbeit zur deutschen Einheit.* Bonn-Bad Godesberg: AdsD, 3. Auflage, Dezember 1996.

**Kaden, Albrecht:** *Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46.* Mit einem Vorwort von Fritz Sänger. Bonn: Dietz (Internationale Bibliothek; 121), 3. Auflage, 1990.

**Kahrs, Johannes und Sandra Viehbeck:** *In der Mitte der Partei: Gründung, Geschichte und Wirken des Seeheimer Kreises.* Berlin: Die Seeheimer e. V., 2005.

**Kieseritzky, Wolther von:** *Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974.* Bonn: J. H. W. Dietz, 2001. Bd. 7

**Lafontaine, Oscar:** *Das Herz schlägt links.* München: Der Econ Verlag, 1999.

**Lammers, Karl Christian:** *Det ny Tyskland, Fra sammenbrud til genforening.* København: Akademisk Forlag, 1992.

**Lösche, Peter und Franz Walter:** *Die SPD: Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung.* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992.

**Meyer, Thomas, Susanne Miller und Joachim Rohlfes:** *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1984. Teil 2.

**Meyer, Thomas:** *Theorie der sozialen Demokratie.* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 1. Auflage, April 2005.

**Münel, Daniela:** *Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Auf dem Weg nach vorn: Willy Brandt und die SPD; 1947-1972.* Bd. 4, Bonn: J. H. W. Dietz, 2000.

**Neumann, Wolfgang:** *Welche Zukunft für den Sozialstaat? Reformpolitik in Frankreich und Deutschland.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 1. Auflage, September 2004.

**Niedermayer, Oskar.** *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2007.* Freie Universität Berlin: Arbeitsheft aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 11, 2007.

**Patterson, William E:** *The SPD and European Integration.* Farnborough: 1976.

**Ritter, Gerhardt A. und Merith, Niehuss:** *Wahlen in Deutschland 1946-1991.* München: 1991.

**Rudolph, Karsten:** *Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Die Partei der Freiheit: Willy Brandt und die SPD; 1972-1992.* Bd. 5, Bonn: J. H. W. Dietz, 2002.

**Schmidt, Manfred G.:** *Demokratietheorien, Eine Einführung.* Wiesbaden: VS Verlag, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2008.

**Schmidt, Manfred G.:** *Sozialpolitik in Deutschland, Historische Entwicklung und internationaler Vergleich.* Wiesbaden: VS Verlag, 3. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, 2005.

**Scholz, Arno und Walther G. Oschilewski:** *Turmwächter der Demokratie: Ein Lebensbild von Kurt Schumacher.* Reden und Schriften von Kurt Schumacher, Bd. 2. Berlin-Grünwald: arani-Verl.- Ges., 1953.

**SPD:** *Organisationsstatut, Wahlordnung, Schiedsordnung, Finanzordnung, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.* 26. Oktober 2007.

**Tabacsek, Martin und Johannes Altenberend:** *Deutschland nach 1945 Teilung und Einheit im internationalen Kräftefeld.* Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh, 1993.

**Wesemann, Fried:** *Ein Leben für Deutschland.* Frankfurt a. M.: Herkul, 1952.

## Internet

**AG Friedensforschung an der Uni Kassel:** *Bundeswehr nach Afghanistan? Es wird ernst.*  
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Aussenpolitik/krieg.html>  
(16.4.2009)

**Archiv Bundesregierung:** *Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder am 14. März 2003 vor dem Deutschen Bundestag.*  
<http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/regierungserklaerung/79/472179/multi.htm>  
(25.8.2009)

**ARD:** *Landtagswahl Berlin 1963.*  
<http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/wid133/index.shtml>  
(17.4.2009)

**Auswärtiges Amt:** *Strategische Partnerschaft mit Russland.*  
<http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Russland/Russland.html>

(9.6 2009)

**Bundesministerium für Gesundheit:** *Beitragsbemessungsgrenze.*

[http://www.bmg.bund.de/cln\\_100/nn\\_1445054/SharedDocs/Standardartikel/DE/AZ/B/Glossar/begriff-Beitragsbemessungsgrenze.html](http://www.bmg.bund.de/cln_100/nn_1445054/SharedDocs/Standardartikel/DE/AZ/B/Glossar/begriff-Beitragsbemessungsgrenze.html)

(27.8. 2009)

**Bundeswahlleiter:** *Wahl zum 1. Deutschen Bundestag am 14. August 1949.*

[http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1949.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1949.html)

(14.10.2008)

**Bundeswahlleiter:** *Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. September 1953.*

[http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1953.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1953.html)

(7.11. 2008)

**Bundeswahlleiter:** *Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961.*

[http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1961.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1961.html)

(25.3.2009)

**Bundeswahlleiter:** *Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969.*

[http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1969.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1969.html)

(10.4.2009)

**Bundeswahlleiter:** *Wahl zum 7. Deutschen Bundestag am 19. November 1972.*

[http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1972.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1972.html)

(10.4. 2009)

**Bundeszentrale für politische Bildung:** *Mitgliederentwicklung der Parteien.*

<http://www.bpb.de/themen/1YML48,0,0,Mitgliederentwicklung.html>

(18.7. 2009)

**Destatis:** *Ausländische Bevölkerung.*

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/Migration/Integration/AuslaendischeBevoelkerung/Tabellen/Content75/Geschlecht.psm1>

(18.4.2009)

**Destatis:** *Elterngeld, Erziehungsgeld.*

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Sozialleistungen/KindergeldElterngeld/Aktuell.psm1>

(1.10.2009)

**Destatis:** *Entwicklung der Gesundheitsausgaben.*

[http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Grafiken/Gesundheit/Diagramme/AnteilBIP\\_templateId=renderPrint.psm1](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Grafiken/Gesundheit/Diagramme/AnteilBIP_templateId=renderPrint.psm1)

(19.8.2009)

**Destatis:** *Entwicklung des deutschen Sozialstaates – Daten der Amtlichen Statistik.*

[http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/WirtschaftStatistik/Sozialleistungen/EntwicklungSozialstaat\\_property=file.pdf](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/WirtschaftStatistik/Sozialleistungen/EntwicklungSozialstaat_property=file.pdf)

(14.7.2009)

**Destatis:** *Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit.*

[http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Grafiken/Arbeitsmarkt/Diagramme/ErwerbErwerbslos\\_templateId=renderPrint.psm1](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Grafiken/Arbeitsmarkt/Diagramme/ErwerbErwerbslos_templateId=renderPrint.psm1)

(12.8.2009)

**Deutsche Sozialversicherung:** *Pflegeversicherung.*

<http://www.deutsche-sozialversicherung.de/de/pflegeversicherung/index.html>

(2.9.2009)

**Dokument Archiv:** *Resolution des UN-Sicherheitsrats 1368 (Übersetzung) vom 12. September 2001.*

[http://www.documentarchiv.de/in/2001/res\\_un-sicherheitsrat\\_1368.html](http://www.documentarchiv.de/in/2001/res_un-sicherheitsrat_1368.html)

(11.7.2009)

**Focus Online:** *CDU überholt SPD bei Mitgliedern.*

[http://www.focus.de/politik/deutschland/parteien-cdu-ueberholt-spd-bei-mitgliedern\\_aid\\_320243.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/parteien-cdu-ueberholt-spd-bei-mitgliedern_aid_320243.html)

(14.3.2009)

**Focus Online:** *SPD kritisiert Vertragsabschluss.*

[http://www.focus.de/intern/archiv/us-raketenschild-spd-kritisiert-vertragsabschluss\\_aid\\_326389.html](http://www.focus.de/intern/archiv/us-raketenschild-spd-kritisiert-vertragsabschluss_aid_326389.html)

(24.7.2009)

**Focus Online:** *Steinmeier mahnt Israel zu Zwei-Staaten-Lösung.*

[http://www.focus.de/politik/deutschland/konflikte-steinmeier-mahnt-israel-zu-zwei-staaten-loesung\\_aid\\_397076.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/konflikte-steinmeier-mahnt-israel-zu-zwei-staaten-loesung_aid_397076.html)

(5.9.2009)

**Glasnost archiv:** *Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten.*

<http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html>

(27.8.2009)

**Handelsblatt:** „Deutschland gerät in die Sackgasse“. In Georg von Holtzbrinck-Schule, <http://www.holtzbrinck-schule.de/pshbs/fn/holtzbrinckschule/sfn/bp/nv/11,25/bk/128/> (31.8. 2009)

**Heinrich, R., u.a.:** *Parteimitglieder*. In Bundeszentrale für politische Bildung, [http://www.bpb.de/themen/TNI0LF,0,0,SPD\\_Mitgliederzusammensetzung.html](http://www.bpb.de/themen/TNI0LF,0,0,SPD_Mitgliederzusammensetzung.html) (17.3. 2009)

**N-tv:** *Der vorsorgende Sozialstaat – Runderneuerung für die SPD*. <http://www.n-tv.de/politik/Runderneuerung-fuer-die-SPD-article196794.html> (26.8.2009)

**SPD:** *Godesberger Programm, Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. [http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/spd\\_godesbergerprogramm.pdf](http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/spd_godesbergerprogramm.pdf) (26. 11. 2008)

**SPD:** *Mitgliederbestand; Stichtag: 30.9. 2009*. [http://www.spd.de/de/pdf/mitglieder/090930\\_Mitgliederbestand.pdf](http://www.spd.de/de/pdf/mitglieder/090930_Mitgliederbestand.pdf) (20.7. 2009)

**Spiegel Online:** *Steinmeier gegen rasche Mitgliedschaft von Georgien und der Ukraine*. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,592923,00.html> (18.8.2009)

**Statista:** *Anzahl der Rentner in Deutschland von 1992 bis 2007 in Millionen*. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/6968/umfrage/anzahl-der-rentner-in-deutschland-von-1992-bis-2007/> (22.8. 2009)

**Statistisches Bundesamt Deutschland:** >Bevölkerung, *Geburtenentwicklung*. <http://statistischesbundesamt.de> (25. 5.2009)

**Thierse, Wolfgang:** *Einführungsrede zum Änderungsantrag Grundsatzprogramm auf dem Bundesparteitag in Leipzig am 17.4.1998*. <http://www.april1998.spd-parteitag.de/thierse.html> (4.3.2009.)

